Tarnen und Tricksen beim Euro S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 7 – 19. Februar 2011

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Flüchtlinge aus dem Osten erreichen im Frühsommer1945 Berlin: Ihr Leid wird bis heute nicht angemessen gewürdigt. Bild: pa

Versöhnung mit sich selbst

Schwarz-Gelb: Regierung soll 5. August als Vertriebenen-Gedenktag prüfen

Mit der Mehrheit der Regierungsfraktionen hat der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, den 5. August als möglichen nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung zu prüfen. Es ist der Jahrestag der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ von 1950.

In der Debatte traten scharfe Gegensätze zwischen Regierung und Opposition zutage. Sprecher von Union und FDP hoben hervor, dass die Vertriebenen mit ihrer Charta den Teufelskreis von Rache und Vergeltung durchbrochen hätten, indem sie schon fünf Jahre nach dem Krieg die Hand zur Versöhnung reichten. Stephan Mayer (CSU) nannte die Charta einen „Akt der Selbstüberwindung“ und sprach von einem „herausragenden historischen Dokument“. Patrick Kurth (FDP) sagte: „Die Charta war und ist wegweisend.“

Ähnlich äußerten sich noch weitere Politiker der Koalition.

Im Antrag wird unter anderem dazu aufgefordert, die „Stigmatisierung der Opfer von Flucht und Vertreibung zu beenden“. Die Antragsteller wollen neben Versöhnung mit den östlichen Nachbarn nun auch die „Versöhnung der Deutschen mit sich selbst“ voranbringen.

> Opposition will offenbar Vertriebene ausgrenzen

Der SPD-Abgeordnete Wolfgang Thierse hielt dagegen, die deutschen Opfer der Vertreibung hätten nach den NS-Verbrechen sowieso kein „Recht auf Rache“ gehabt. Darauf zu verzichten sei seiner Meinung nach daher eine Anmaßung. Wie ein „legitimes Recht auf Rache“ begründet wäre, ließ Thierse offen. Grünen-Politiker Volker Beck zeigte sich generell bereit, über einen Gedenktag zu reden, nicht aber über den 5. August, den Tag der Charta.

Offenkundig ging es Grünen, SPD und Linkspartei vor allem darum, die Vertreter der Vertriebenen auszugrenzen. So schossen sich die Redner der Opposition sowohl auf die Unterzeichner der Charta von 1950 ein wie auf heutige Repräsentanten der Vertriebenen. Einige Unterzeichner seien NS-belastet gewesen, so SPD und Grüne. Überdies sei in der Charta das Leid anderer Völker nicht gewürdigt worden.

Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) und CDU-Abgeordnete, warf der Opposition einen „Mangel an Mitgefühl“ sowie eine „heutige, überhebliche Sicht“ auf die Charta vor. Zudem wies die BdV-Präsidentin darauf hin, dass die Vertriebenen nicht mehr Schuld an den NS-Verbrechen gehabt hätten als andere Deutsche. München habe als „Hauptstadt der Bewegung“ gegolten, trotzdem seien die Münchener nicht vertrieben worden.

Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), erklärte, nachdem es für nahezu jede andere Opfergruppe einen oder mehrere Gedenktage beziehungsweise Gedenkstätten gebe, gebe es für die Vertreibungsopfer Nachholbedarf. Von der Bundesregierung verlautet, man werde dem Prüfauftrag nachkommen. Regierungssprecher Steffen Seibert verwies jedoch auf die „zurückhaltende“ Praxis der Regierung hinsichtlich neuer Gedenktage. *(s. Seite 2, Seite 8)* *Hans Heckel*

WILHELM V. GOTTBERG:

Johann G. Fichte bleibt aktuell

Der Weckruf durch Thilo Sarrazin, den er mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ an die Adresse der Politik gesandt hat, droht ungehört zu verhallen. Die schleichende Islamisierung Deutschlands wird mehr denn je tabuisiert. Die Medien bezeichnen mit wenigen Ausnahmen Sarrazin herabsetzend als umstrittenen Autor. Was eine absolute Mehrheit der Deutschen als existentielle Bedrohung vorwiegend durch muslimische Immigranten erlebt, wird uminterpretiert und (oder) beschönigt. Die schleichende Aufweichung der deutschen Rechtskultur durch islamische Rechtsauffassung wird nicht thematisiert. Niemand kritisiert das Hineinregieren der zentralen türkischen Religionsbehörde Ditib in die



Philosoph J. G. Fichte

wachsende Zahl der Moscheegemeinden in Deutschland.

Deutschland schafft sich ab! Kein deutsches Vaterland mehr! Keine deutsche Wehrpflichtarmee mehr! Keine Deutsche Mark mehr! Keine umfassende deutsche Gesetzgebung mehr!

Was würde der Philosoph Johann Gottlieb Fichte, einer der wichtigsten Vertreter des Deutschen Idealismus, dazu sagen? Hier ein Auszug aus seiner Rede an die deutsche Nation Berlin 1808:

„Sagt nicht: Lasst uns noch ein wenig ruhen, noch ein wenig schlafen und träumen, bis die Besserung von selbst komme. Sie wird niemals von selbst kommen. Jeder Verzug macht uns noch träger und wiegt uns nur noch tiefer in freundlicher Gewöhnung an unseren elenden Zustand.

Geht Ihr ferner so hin in Eurer Dumpfheit, so erwartet Euch zunächst alle Übel der Knechtschaft, Entbehrungen und Demütigungen. Ihr werdet herumgestoßen werden in allen Winkeln, solange, bis Ihr durch Aufopferung Eurer Nationalität und Sprache Euch irgendein untergeordnetes Plätzchen erkauft und bis auf diese Weise allmählich Euer Volk ausgelöscht wird. Bedenkt, dass ihr die Letzten seid!“

Die Rede blieb nicht ungehört. Große Preußen handelten (siehe *PAZ* 5, Seite 5).

Medien sind schuld

Käßmann lehnt Preis wegen Kritik ab

Margot Käßmann, frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), und die Kulturstiftung Pro Europa sahen sich aufgrund der Berichterstattung genötigt, von einer Preisverleihung in der Frankfurter Paulskirche Abstand zu nehmen.

> Afghanistan-Fauxpas nicht eingesehen

Käßmann, die von der 1993 in Basel gegründeten kleinen Stiftung den Europäischen Kulturpreis für Zivilcourage erhalten sollte, bedauerte, dass der Eindruck entstanden sei, man wolle sie nur für ihre Entscheidung zum Rücktritt von ihrem EKD-Posten nach ihrer Alkoholfahrt ehren. Dabei sei es doch um ihr Lebenswerk als Seelsorgerin, Bischöfin und Vorsitzende der EKD gegangen. Außerdem sollte ihr Mut, unbequeme Positionen zu vertreten, wie „Nichts ist gut in Afghanistan“, gewürdigt werden. Doch gerade dieser Satz, der das gesamte deutsche Afghanistan-Engagement verurteilt, hatte für Aufregung gesorgt. Dass die kleine Stiftung, die angibt, ihr Patron René van der Linden sei der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, obwohl er das seit 2008 nicht mehr ist, derartiges nicht repräsentativ bewerten kann, ging im Medientrubel um die Preisverleihung unter. *Bel*

Ägypten »verdauen«

Iran biegt sich den Umsturz zurecht – Syrien zittert

Während der Westen anfänglich mit Verlegenheit bis hin zur Schockstarre auf die Aufstände in Tunesien und Ägypten reagierte und um andere befreundete Potentaten zu bangen begann, freute man sich im Iran. Aber musste man die Beispielwirkung nicht auch im eigenen Land befürchten?

Da Totschweigen angesichts der elektronischen Medien sinnlos ist, entschloss man sich zur Vorwärtsverteidigung: Man berichtete von Anfang an, meist in Echtzeit unter Übernahme der Bilder von Al-Dschasira, vollumfänglich über die Demonstrationen und Zusammenstöße. Überraschend insofern, als wie bei den Unruhen nach den iranischen Präsidentschaftswahlen 2009 die Demonstranten in Ägypten primär aus städtischen und jungen Bevölkerungskreisen kamen. Allerdings wurde die

> Umdeutung zur islamischen Revolution

Volkserhebung zu einem Sieg des Islam umgedeutet – was gerade in Ägypten ziemlich fragwürdig ist. Auch die großen Feiern am 12. Februar zum Jahrestag der iranischen Revolution von 1979 standen ganz im Zeichen der Umdeutung. Die von Oppositionellen am 14. Februar angesetzten Demonstrationen fanden aber trotz Verbots statt. Die Regierung reagierte mit gewaltsamem Einschreiten und Verhaftungen, Ausgang ungewiss.

Im befreundeten Syrien hingegen hält sich das durchaus weltliche Regime eher zurück, denn mit einer Umdeutung kann man wenig anfangen. Es weist zwar strukturelle Ähnlichkeiten mit dem in Ägypten auf, doch scheint es vorerst weniger gefährdet. Denn wirksamer als jede Zensur und Propaganda sind die vielen irakischen Flüchtlinge im Lande, die den religiös und ethnisch gemischten Syrern tagtäglich vor Augen führen, was auch ihnen nach einem Sturz des Regimes drohen könnte. *R. G. Kerschhofer*

MELDUNGEN

Aus WestLB wird RestLB

Berlin – Da der mit dem Verkauf der nordrhein-westfälischen Landesbank beauftragte Friedrich Merz keinen Käufer für das Unternehmen gefunden hatte, sehen sich die Eigentümer, das Land NRW und die regionalen Sparkassen, zur Zerschlagung des Unternehmens genötigt. EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia hatte für den 15. Februar einen Plan für die Neustrukturierung eingefordert. Doch bis *PAZ*-Redaktionsschluss hatten sich die Sparkassen in NRW nur bereit erklärt, die Risiken und Kosten für die Schaffung einer Nachfolgebank zu übernehmen, die mit einer Bilanzsumme von 50 Milliarden Euro aber nur noch über 25 Prozent der bisherigen Größe verfügen soll. Was mit den verbleibenden Mitarbeitern des 5000 Angestellte zählenden Institutes und mit den abgestossenen Geschäftsfeldern geschehen soll, war genauso ungewiss wie die Antwort auf die Frage, wer bei einer Abwicklung über eine Bad Bank die Garantien stellt. *Bel*

Die Schulden-Uhr:
Teure West-LB

Alle spielen Mikado, keiner will sich bewegen." So beschrieb ein Verhandlungsteilnehmer die Gespräche über die Zerschlagung der nordrhein-westfälischen West-LB. Sparkassen, Landesregierung und Bund sahen sich vor Kosten in Milliardenhöhe, die von irgendjemandem getragen werden mussten. NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) gab zu, dass er befürchtet, dass die Zerschlagung der WestLB das finanziell absolut überschuldete Land bis zu zehn Milliarden Euro kosten könne. Doch egal, wer zahlt, am Ende bleibt sowieso alles am Steuerzahler hängen. *Bel*

1.724.075.885.038 €

Vorwoche: 1.722.699.634.804 €
Verschuldung pro Kopf: 21102 €
Vorwoche: 21086 €

(Dienstag, 15. Februar 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Wir stehen am Scheideweg«

EU-Parlamentarier warnt davor, leichtfertig zu viel Einfluss nach Brüssel abzugeben

Der CSU-Politiker Markus Ferber (46) ist Diplom-Ingenieur der Elektrotechnik und gehört seit 1994 als Abgeordneter der Fraktion der Europäischen Volkspartei dem Europaparlament an. Dort ist er Vorsitzender der CSU-Europagruppe. Die Finanzpolitik gehört für ihn grundsätzlich auf den Prüfstand. Von der EU verlangt er ein klares Zeichen bei der Aufsicht über die Finanzmärkte. Das Interview führte Jan Heitmann.

PAZ: *Bei der gegenwärtigen Euro-Krise handelt es sich nicht um ein nationales Problem. Befürworten Sie grundsätzlich ein gemeinsames und harmonisiertes Vorgehen der Euroländer?*

Markus Ferber: Es handelt sich sowohl um eine nationale als auch europäische Krise. Auf nationaler Ebene haben wir die hohen Staatsverschuldungen – die griechischen Haushaltslöcher und die irische Bankenkrise sind nationale Probleme. Da wir eine gemeinsame Währung haben, wurde daraus auch ein europäisches Problem.

Ein gemeinsames Problem muss auch gemeinschaftlich bekämpft werden. Deswegen befürworte ich, um das weitere Auseinanderdriften der Politik der Staaten zu stoppen, grundsätzlich ein kollektives Vorgehen der Euroländer. Die Wirtschaftspolitik muss unter den Regierungen aller Nationalstaaten enger und stärker abgestimmt werden, um künftig im Kampf gegen die Krise schnell und effektiv handeln zu können. Ich fordere deshalb eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung untereinander.

PAZ: *Sie kritisieren aber, dass der von Bundeskanzlerin Angela Merkel geplante „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit" weder „Fisch noch Fleisch" sei. In welcher Hinsicht müsste das Vorhaben konkreter werden?*

Ferber: Es geht doch im Moment darum, Maßnahmen einzuleiten, die der Überschuldung und der Auseinanderentwicklung der Mitgliedsstaaten entgegenwirken. Die Instrumente, die bisher eingesetzt wurden – wie die strukturpolitischen Maßnahmen oder Stabilitätskriterien –, die zur ökonomischen Angleichung der Mitgliedsstaaten hätten führen sollen, haben nicht gegriffen. Im Gegenteil, sie führten dazu, dass sich die ökonomischen Spannungen zwischen den Mitgliedsstaaten eher noch vergrößerten. Zudem hat sich gezeigt, dass nicht in allen Euro-Ländern eine gemeinsame Stabilitätskultur vorhanden ist.

Sogar dem deutschen Handwerk droht Gefahr

Jetzt stehen wir vor einem Scheideweg: Wählen wir ein Modell, bei dem jedes Land im Wettbewerb zu den anderen Staaten steht und eigenverantwortlich handelt oder entscheiden wir uns für eine komplette Vergemeinschaftung. Der Vorschlag der Bundeskanzlerin liegt irgendwo dazwischen. Deswegen sind die Vorhaben im „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit" für mich halbherzig und weder Fisch noch Fleisch.

PAZ: *Welche Auswirkungen wird die Anpassung der Strukturen auf die nationalen Kompetenzen haben?*

Ferber: Der Maßnahmen-Katalog hätte gravierende Auswirkungen auf die nationalen Kompetenzen. Es würde auf eine schleichende Kompetenzübertragung nach Brüssel hinauslaufen. Wir würden ohne Zustimmung des Bundestages – also ohne demokratische Legitimation – immer mehr Kompetenzen abgeben und am Ende könnte es sogar zu einer Fiskalunion kommen.

PAZ: *Demnach wäre der Begriff einer „Europäischen Wirtschaftsregierung" also zutreffend?*

Ferber: Nein, eben nicht. Denn die Europäische Wirtschaftsregierung wäre keine Regierung. Sie wäre nur ein weiteres Treffen der Staats- und Regierungschefs der 17 Eurostaaten, wo ein Gedankenaustausch stattfinden würde. Als Regierung kann dieses Gremium nicht bezeichnet werden, denn es fehlen ihr die Strukturen dafür – wie zum Beispiel einen Regierungschef, der für die 17+ sprechen würde. Außerdem brauchen wir dieses neue Gremium auch nicht. Eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung untereinander muss gemeinsam von den Regierungen aller Nationalstaaten im Rat der Europäischen Union geleistet werden. Auf wirtschaftliche Fehlentwicklungen oder externe Schocks wie eine Finanz- und Wirtschaftskrise müssen die Staaten auch weiterhin flexibel und mit Rücksicht auf nationale Besonderheiten reagieren können. Deshalb ist eine Zentralisierung der Wirtschaftspolitik auf absehbare Zeit nicht realisierbar, geschweige denn für uns als Steuerzahler wünschenswert.

PAZ: *Sie warnen davor, dass die geplante wirtschaftliche Koordinierung auch zur gegenseitigen Anerkennung von Handwerksabschlüssen führen würde. Welche negativen Auswirkungen befürchten Sie für Deutschland?*

Ferber: Die geplante Koordinierung würde auch die gegenseitige Anerkennung der Bildungsabschlüsse zur Folge haben. Der deutsche Meisterbrief zum Beispiel ist außer in Deutschland nirgends in Europa in dieser Form bekannt. Wenn es zu einer Anpassung tatsächlich kommen sollte, würde ein erfolgreiches deutsches Modell wegharmonisiert werden.

PAZ: *Sie fordern die rechtzeitige Befassung des Bundestages mit dieser Frage. Was verstehen Sie unter „rechtzeitig"?*

Ferber: Der Bundestag muss sich noch vor dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs im März mit den Fragen befassen, ob und welche Bereiche dieses Vorschlags auf europäischer Ebene diskutiert werden sollen.



Markus Ferber (CSU): Mitglied des EU-Parlaments Bild: L. Preiss/dapd

Dokumentation: Konkrete Forderungen im Antrag von CDU/CSU und FDP zum Gedenktag für Vertriebene:

Der Deutsche Bundestag möge die Bundesregierung auffordern:

- die Aussöhnung der Deutschen mit sich selbst beim Kapitel Vertreibung zu unterstützen, die Versöhnung mit den östlichen Nachbarn voranzubringen und sich im Geiste der Charta (der deutschen Heimatvertriebenen von 1950, d. Red.) weiter für ein geeintes Europa einzusetzen;
- im Hinblick auf die immer weniger zur Verfügung stehenden Zeitzeugen nicht nur deren Berichte systematisch zu erfassen, wie es gegenwärtig in einem Projekt am Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im Östlichen Europa geschieht, sondern auch vorhandene Forschungslücken durch Interviews zeitnah zu schließen;
- die akademische Förderung der Kultur und Geschichte im östlichen Europa auf eine Basis zu stellen und ein Konzept für die Nachwuchsförderung vorzulegen, wie etwa mit den in Deutschland ausgelaufenen Stiftungsprofessuren zu verfahren ist;
- darüber zu berichten, ob und in welchem Maße sich die Geschichte der ehemaligen deutschen Ostgebiete aus bundesdeutschen Archiven erschließen lässt und zu prüfen, ob entsprechende Archivalia in das dem Kulturgutschutz dienende Programm des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zur Sicherungsverfilmung einbezogen werden beziehungsweise werden können;
- die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung" zügig voranzubringen, um in einem überschaubaren Zeitraum die vorgesehene Dauerausstellung präsentieren zu können und darüber hinaus einen Beitrag zur Vermittlung von Forschungsergebnissen und wissenschaftlichen Erkenntnissen zu leisten;
- zu prüfen, inwiefern für die Besucher der Dokumentationsstätte des Bundes eine Gedenkmöglichkeit eingerichtet werden kann, deren Angehörige bei Flucht und Vertreibung an namenlosem Ort verstarben;
- zu prüfen, wie dem Anliegen der Initiative des Bundesrates (Bundesratsdrucksache 460/03) Rechnung getragen werden kann, den 5. August zum bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Vertreibung zu erheben.

Chaos im Kreistag von Lüchow-Dannenberg

Atomares Endlager im Salzstock Gorleben noch möglich – Norbert Röttgen stellte sich Abgeordneten und wurde beschimpft

Immer wenn ein Zug mit radioaktivem Abfall gefüllten Castor-Behältern nach Gorleben rollt, blickt die Republik zum Landkreis Lüchow-Dannenberg. Hier, in Ost-Niedersachsen, an der Elbe liegt Gorleben. Auf dem Gemeindegebiet befindet sich in einem großen Waldgebiet das atomare Zwischenlager für die Castoren und hier wird auch schon seit Jahren in einem Salzstock ein Bergwerk gebaut und erkundet, das bei Eignung als Endlager für den Jahrtausende strahlenden Kernenergieabfall dienen soll. Das Bergwerk wäre schon lange fertig erkundet, wenn nicht Rot-Grün unter Kanzler Gerhard Schröder im Jahr 2000 einen zehnjährigen Erkundungsstopp für Gorleben durchgesetzt hätte. Die schwarz-gelbe Regierung Merkel/Westerwelle wird nun nach Ablauf des Moratoriums den Salzstock Gorleben im Hinblick auf seine Eignung als „Endlagerstätte" weiter erkunden.

Dagegen erhebt sich massiver örtlicher Protest. Meinungsbildner beim Protest sind die rot-grünbunte Kreistagsmehrheit, verstärkt durch zwei FDP-Kreistagsabgeordnete, die Umweltschutzverbände, die bäuerliche Notgemeinschaft und die Mehrheit der vor Ort tätigen evangelischen Pastoren. Am 14. Februar war Bundesumweltminister Norbert Röttgen bei einer öffentlichen Kreistagssitzung des Kreistages Lüchow-Dannenberg zu Gast, um sein Konzept für die weitere Erkundung des Salzstockes vorzustellen und um für einen

Der Minister wollte fürs Endlager werben

ständigen umfassenden Dialog seines Hauses mit den Menschen vor Ort zu werben.

Hitzacker, 14. Februar: Pünktlich um 9.40 Uhr betritt Umweltminister Röttgen den Sitzungssaal der öffentlichen Kreistagssitzung des Landkreises Lüchow-Dannenberg in Hitzacker. Schon vor dem Gebäude hatte er sich mühsam durch ein Spalier von aufgefahrenen Traktoren und Transparenten haltenden Landwirten Zugang zum Gebäude verschafft. Röttgen weiß, was ihn hier erwartet. Unter „Buh"- und „Pfui"-Rufen sowie Pfeiflärm geht er zum Podium. Der Kreistagsvorsitzende begrüßt den Minister artig. Zunächst spricht der Landrat. Er nennt für den vom Minister angekündigten umfassenden Dialog mit allen politischen Gruppierungen und Menschen im Landkreis Bedingungen. Dabei blickt er weit in die Vergangenheit zurück. Landrat Schulz verhehlt nicht, dass er der Gruppe der Gorlebengegner zuzurechnen ist. Dann spricht der Minister. Der Kreistag hat dem Gast 15 Minuten Redezeit zur Vorstellung seines Dialogkonzeptes zugebilligt. Dies, obwohl der Kreistag die Einladung an Röttgen ausgesprochen hat. Seine Rede wird ständig von starken Unmutsäußerungen gestört. Zeitweise hat der Minister Mühe, sich Gehör zu verschaffen. Der Kreistagsvorsitzende gibt sich Mühe, kommt aber gegen den Lärm auch nicht an und wirkt etwas hilflos.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende erhält vom Sitzungsleiter als Erster das Wort. Er ist in dieser Funktion das erste Mal im Einsatz. Ein wenig spürt man seine Aufregung. Ihm gelingt ein befriedigender Auftritt, obwohl ein Teil seiner Rede wegen der ständigen Störung der Zuhörer untergeht. Dann spricht der SPD-Fraktionsvorsitzende. Rhetorisch geschickt – er ist ehemaliger Landtagsabgeordneter – bezweifelt er die Glaubwürdigkeit des Ministers und geht auf das Dialogkonzept des Ministeriums nicht ein. Der Saal ist ganz still und der Redner erhält viel Zustimmung. Nacheinander sprechen dann zwölf Kreistagsabgeordnete, vier davon gehören zur CDU-Fraktion. Obwohl die CDU mit Abstand die stärkste Fraktion stellt – 18 Kreistagsabgeordnete –, erlaubt die mit der bunten Mehrheit in Kraft gesetzte Geschäftsordnung diese unausgewogene Rednerliste. Alle Redner der bunten Gruppe beenden ihren Redebeitrag mit einem flammenden Appell an den Minister, Gorleben wegen Nicht-Eignung sofort aufzugeben. Tatsächlich aber ist der Beweis der Nichteignung bisher

Den Anwohnern Mitsprache zugesagt

wegen unvollständiger Erkundung des Salzstockes nicht erbracht. Der Minister nimmt zu den einzelnen Redebeiträgen kurz Stellung.

Die CDU-Redner weisen nachdrücklich darauf hin, dass in den politischen Gremien der betroffenen Kommunen – Gemeinde Gorleben, Gemeinde Gartow und Samtgemeinde Gartow – die CDU seit Jahren die absolute Mehrheit innehat. Die Gremien, darunter auch SPD-Abgeordnete, befürworten die weitere Erkundung des Salzstockes. Die Redebeiträge der CDU-Redner werden ständig erheblich gestört.

Resümee: Erstmalig hat ein Mitglied der Bundesregierung vor dem Kreistag in Lüchow-Dannenberg eine umfassende Einbeziehung und Mitbestimmung der Menschen vor Ort bei allen weiteren Erkundungsarbeiten im Salzstock Gorleben zugesagt. Der Minister hat sich für die Ergebnisoffenheit der Untersuchung verbürgt. Er will ein Gremium mit Entscheidungsfunktion installieren, das zu 50 Prozent mit Mitgliedern aus der Region besetzt sein wird. Er wird auch einen nationalen Expertenrat „Endlager" nach dem Vorbild der Schweiz ins Leben rufen. Der schon bestehende Internet-Dialog „Endlager" wird ausgeweitet. Der Minister versprach, alle kritischen Fragen zur Nichteignung des Salzstockes umfassend zu beantworten.

In der Tat, diese Bürgerbeteiligung bei der Gorleben-Problematik wäre neu. Röttgen ist zu wünschen, dass sein angebotener Dialog zumindest von Teilen der Kreistagsmehrheit angenommen wird. *Wilhelm v. Gottberg*

Quartiersmanager und anderer Unsinn

Von Vera Lengsfeld

Berlin, weiß man seit dem berühmt gewordenen Spruch des Regierenden Bürgermeisters Wowereit, ist „arm, aber sexy“. Damit der Sex-Appeal bleibt, wird an der Verstetigung der Armut hart gearbeitet. Und das geht so: Ende der 90er Jahre wurde in der Hauptstadt der „Problemkiez“ erfunden. Im Beamtendeutsch sind das Viertel „mit besonderem Entwicklungsbedarf“. Für solche Gebiete wurden „Quartiersmanager“ eingesetzt, die vor allem die Aufgabe hatten, das zusätzlich aus dem Länderfinanzausgleich bereitgestellte Geld unter die Leute zu bringen.

Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Es gibt Kiez-Rapper, Kiez-Läufer, Kiez-Zeitungen und Kiez-Schreiber. Auf letzteren Posten habe ich mich spaßeshalber mal beworben, im Problemkiez Soldiner Straße im Wedding. Früher durch die Mauer von meinem Wohnort getrennt, heute keine zehn Laufminuten entfernt. Die Stelle war auf ein Jahr befristet und mit 1000 Euro monatlich dotiert.

Was nicht in der Ausschreibung stand: Bewerber mussten mindestens zwei Jahre arbeitslos und Arbeitslosengeld-II-Empfänger sein. Das Geld sollte nur nicht durch Schreiben von Artikeln und einer längeren Abhandlung über den Kiez verdient werden, sondern durch Teilnahme an allen Veranstaltungen und „Höhepunkten“ im Kiez.

Davon gibt es in einem Problemgebiet jede Menge: „Kiezkaraoke zu Nikolausi“, Operettenförderung für Liebhaber, denen die „Komische Oper“ in Mitte zu weit oder zu teuer ist, Lauftreffs für Gesundheitsfreaks und solche, die es werden wollen, Christbaumparaden mit Preisen für die bestgeschmückten Exemplare. Der kürzlich herausgegebene „Sozialbericht“ des rot-roten Senats hält eine Fülle weiterer Beispiele bereit. Natürlich ist auch an die Mitbürger mit Migrationshintergrund gedacht. Mit einer Ausstellung von Satellitenschüsseln beweist Berlin, dass der Empfang des türkischen Fernsehens nicht nur selbstverständlich, sondern eine ästhetische Bereicherung des Stadtbildes ist.

Damit die Hundehaufen, die jede Berliner Straße reichlich zieren, nicht länger übersehen werden, ist man auf die Idee gekommen, sie mit Fähnchen zu versehen. So ist es nicht nur möglich, ihnen auszuweichen, sondern man kann die Lücken besser erkennen, wo sich der eigene Vierbeiner erleichtern kann, ohne in Kollision mit den Hinterlassenschaften seiner Mithunde zu geraten.

Kurz: der Berliner Problemkiez ist ein Erfolgsmodell. Gab es 1999 lediglich 15, sind es zehn Jahre später schon 39. Tendenz steigend.

Die Zukunft des Berliner Modells „Armut für alle“ (Henryk M. Broder) ist gesichert!

Verstopfte Hochspannung

Brandenburg produziert viel Strom, kann ihn aber nicht liefern – Bald Stromausfälle in Berlin?



Ein Sturm braut sich über Brandenburgs Zukunftsbranche zusammen: Das Bundesland gilt als „Leitstern“ der deutschen Wind- und Solarenergiebranche, doch es fehlen die Netze, um den so produzierten Strom an die Abnehmer zu liefern. Selbst gegen die Sanierung bestehender Stromleitungen gibt es Bürgerprotest.

Bild: M. Urban/dapd

Windräder durchlöchern den Himmel über Brandenburg. Die Mark ist Spitze bei den „Erneuerbaren Energien“. Doch ein veraltetes, zu kleines Stromnetz könnte den Boom bald in einen Albtraum verwandeln. Es drohen Stromausfälle, auch in Berlin.

Brandenburg darf sich Vorreiter bei den „Erneuerbaren Energien“ nennen. Im Dezember verlieh die Bundesregierung über die „Agentur für Erneuerbare Energien“ der Mark zum zweiten Mal in Folge die Auszeichnung „Leitstern“. Die Wind- wie die Solarenergiebranche freuen sich über Brandenburgs alternativ orientierte Energiestrategie. Mit der beschert die Landesregierung beiden eine starke Nachfrage. Doch das Stromnetz bleibt hinter dem ehrgeizigen Gesamtplan zurück. Die nun reichlich spät geplanten neuen Überlandleitungen stoßen zudem auf heftigen Widerstand.

Die deutschen Stromleitungen halten mit den Anforderungen der neuen Energiepolitik nicht mit: Rund 4000 Kilometer neue Leitungen seien bis 2020 nötig, so die Bundesnetzagentur. Das Bundeswirtschaftsministerium warnt vor deutlichen Störungen im Stromnetz. Fehlende Überlandleitungen, unter anderem bedingt durch den Widerstand der Bevölkerung, seien die Ursache. Die EU will gegensteuern und 200 Milliarden Euro für den europaweiten Netzausbau ausgeben.

Energiekonzerne fragen sich derweil, woher sie das Geld für neue Netze nehmen sollen. Konferenzen zum Thema sind rege besucht. Dort treffen sich die führenden Manager der Energiekonzerne. Die Auswirkungen der Krise auf den Kreditmarkt lassen sie nach neuen Finanzierungswegen Ausschau halten.

In Brandenburg ist die Lage noch etwas angespannter als im Rest der Republik. Hier stellt schon der Erhalt der bestehenden Leitungen eine Herausforderung dar. Sie sind alt und passen nicht ins Raster der „Energiestrategie 2020“, mit der die Landesregierung vor allem auf alternative Kraftquellen setzt. Lokale Experten schätzen, dass bis 2020 rund 1000 Kilometer 110-Kilovolt-Leitungen und gut 400 Kilometer 380-Kilovolt-Leitungen in der Mark gebaut werden müssen. Versäumt Brandenburg die Investition, drohen demnach auch Berlin langfristig Stromausfälle, so die Warnung. Sollte der Ernstfall eintreten, wäre es nicht einmal mehr möglich, das Netz schnell wieder hochzufahren.

Dem Netz-Ausbau kommt in Zeiten moderner Informationstechnologie als Standortfaktor generell eine Schlüsselrolle für die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs zu. Schon jetzt hemmt das unterentwickelte Telekommunikationsnetz die Standortentwicklung. Brandenburgs Internet-Verbindungen sind vergleichsweise langsam. Grund: Der grundlegende Netzausbau blieb auch in diesem Bereich zurück.

Die noch von der alten rot-schwarzen Landesregierung 2008 beschlossenen ehrgeizigen Energiepläne und der „Maßnahmenkatalog zum Klimaschutz“ stehen und fallen jedenfalls mit dem Ausbau des Stromnetzes. In der Südbrandenburger Region um Luckau und Senftenberg stehen bereits viele Windräder, deren Strom abtransportiert werden muss. Doch die Energieversorger klagen seit Jahren über Netz-Engpässe. Das Netz verkraftet die wetterabhängigen, teils starken Einspeisungen nur dank technischer Tricks. Diese werden an immer mehr Tagen im Jahr nötig, sagen Experten der Universität Cottbus.

Bürgerinitiativen blockieren den Bau neuer Leitungen

Um die Lage zumindest etwas zu entschärfen, sanierte das Land nun eigentlich zum Abriss vorgesehene Leitungen aus den Zeiten der Kohle-Verstromung. Das Problem der Aufnahmekapazität bleibt aber bestehen, bis moderne Leitungen in den neuen Stromerzeugungsgebieten entstehen. Bis dahin hält teils nur aufwändige Computertechnik das Netz betriebsfähig.

Wenn Brandenburg 2020 allein rund 7500 Megawatt Windenergie erzeugen und auch nutzen will, bedarf es dringend neuer Leitungen. Die Regierung lenkt nun mit der Planung neuer Großtrassen ein. In der Uckermark will der Vattenfall-Konzern eine 380-Kilovolt-Leitung von 115 Kilometern Länge errichten. Sie ist für die Versorgung Berlins mit Strom aus Windkraft und Biomasse bestimmt. An dem Beispiel zeigt sich, wie lang der Weg von der Planung zur Fertigstellung ist: Der Baubeginn verzögert sich, denn die Region steht „unter Hochspannung“, so lokale Zeitungen. Mehrere Bürgerinitiativen und Bewohner der angrenzenden Dörfer wollen das Projekt verhindern. Ihnen missfällt die rund 70 Meter breite Schneise. Die Leitung führt auch durch das Naturschutzgebiet Schorfheide. Die Anlieger fordern Erdleitungen statt der 50 Meter hoch geführten Freileitung.

FDP und Grüne greifen jetzt die Forderung im Landtag auf. Mit einem Gesetzentwurf setzen sie die rot-rote Landesregierung unter Druck: 110-Kilovolt-Leitungen sollen nur noch unterirdisch verlegt werden, nahe Wohngebieten sollen selbst noch leistungsstärkere Leitungen unter die Erde. Solche Erdleitungen sind um ein Mehrfaches teurer als die oberirdischen. Sie halten laut Experten zudem weniger lang und sind anfälliger für Blindstrom. Brandenburg kann darüber keine Entscheidung fällen, ohne in Bundeskompetenzen einzugreifen, fürchten Rechtsexperten. So zögert sich der Bau hinaus: Eine andere aktuelle neue 110-Kilovolt-Trasse betrifft das Potsdamer Stadtgebiet. Obwohl es sich um die Rekonstruktion einer Vorkriegsleitung handelt, regt sich Anwohnerprotest, angefeuert von Grünen-Politikern – kein gutes Zeichen für Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze. *SV*

Steuergeld für Politgruppen

Subventioniertes »Wohnprojekt« entpuppt sich als Büroadresse

Im Zuge der Räumung des besetzten Hauses in der Berliner Liebigstraße 14 (die *PAZ* berichtete) wurde von den Besetzern und ihren Unterstützern eine „friedliche“ Lösung in Form von Mietverträgen verlangt. Wie so etwas aussehen könnte, zeigt das „Wohnprojekt Reichenberger Straße 63 a“.

Nur durch Zufall wurde die Öffentlichkeit auf diesen Fall aufmerksam, der als Spitze des Eisbergs gilt. Anlass war das Bemühen des Bezirksbürgermeisters Franz Schulz (Grüne), bei den Besetzern eine mäßige Mieterhöhung durchzusetzen.

Götz Müller, der Fraktionsvorsitzende der Kreuzberg-Friedrichshainer CDU, sieht in dem „Wohnprojekt Reichenberger Straße“ ein skandalöses Beispiel für grüne Klientelpolitik. Vor rund 20 Jahren wurde folgender Kompromiss gefunden: Der Eigentümer kassiert die handelsübliche Miete vom Bezirksamt, und das Amt vermietet das Objekt zu einem Vorzugspreis weiter. Konkret bezuschusst der Bezirk das „Projekt“ mit einer Summe zwischen 21000 und 42000 Euro jährlich. Laut Götz Müller sind die Mieter „trotzdem teilweise in erheblichem Zahlungsverzug“.

Berlin zahlt, damit die Mieten niedrig bleiben

Verantwortlich für diese Praxis ist die damals zuständige Baustadträtin Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne). Der Bezirk hatte den Mietern 1990 Quadratmeterpreise von 4,94 Euro warm zugesichert – ein Preis, von dem jeder Hartz-IV-Empfänger in Hohenschönhausen nur träumen kann. Die Bewohner des „alternativen Wohnprojekts“ dürfen für die mit Steuermitteln subventionierte Mini-Miete in bester Innenstadtlage wohnen. Aber wer genau sind die Mieter der Reichenberger Straße? Fraglich ist, ob es sich hier überhaupt um „Mieter“ im landläufigen Sinne handelt: Allein am Klingelbrett des Hinterhauses sind über 60 Schilder angebracht, die nicht auf natürliche Personen schließen lassen, sondern eher auf Zellen der linksextremen Szene. Vereine und Organisationen scheinen hier ihre Operationsbasis aufgeschlagen zu haben wie etwa „RASH Berlin-Brandenburg“. Das Anliegen von „RASH“ ist nach eigenem Bekunden die Verbreitung von „antifaschistischer“ Jugend- und Subkultur.

Der Fraktionschef der Linkspartei in der Bezirksversammlung von Kreuzberg-Friedrichshain, Lothar Jösting-Schüßler, räumt selbst ein: „In dem Haus wohnen nicht nur Mieterinnen und Mieter, hier sind auch soziale Projekte verankert, die eine aktive Stadtpolitik betreiben.“ *Theo Maass*

Linke Propaganda

VVN-Schau in Schweriner Rathaus

Im Rathaus der Landeshauptstadt Schwerin hat die linksextreme „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes / Bund der Antifaschisten“ (VVN/BdA) eine Ausstellung zum Thema „Neofaschismus“ in Deutschland eröffnet. In der Schau werden Politiker verschiedener Parteien als quasi faschistoid denunziert.

Neben Außenminister Guido Westerwelle (FDP) und dem früheren hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) werden auch der frühere Bundesbanker Thilo Sarrazin (SPD) und die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, entsprechend diffamiert. An anderer Stelle hetzen die VVN-Ausstellungsmacher gegen Presseorgane wie diese Zeitung, die „Junge Freiheit“ oder die „Burschenschaftlichen Blätter“.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Christian Ahrendt, will sich mit der „Ausstellung“ nicht abfinden: „Die Diffamierung des Außenministers, weiterer Politiker, sowie kritischer Medien muss aus der Ausstellung umgehend entfernt werden!“ Der Vorsitzende der Schweriner Stadtratsfraktion der CDU, Sebastian Ehlers, selbst Politikwissenschaftler, kritisiert, die Schautafeln seien „linksextremistisch verzerrt“ und für Schulklassen „ungeeignet“. Er will nun von der Schweriner Bürgermeisterin Angelika Gramkow wissen, ob die öffentliche Hand zur Finanzierung der Schau beigetragen habe. Gramkow gehört der Partei die „Linke“ an.

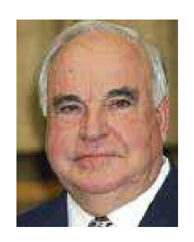
Die VVN ist nach aktuellen Berichten mehrerer Landesverfassungsschutzämter eine DKP-nahe Vereinigung, die alle nicht-marxistischen Systeme – also auch die parlamentarische Demokratie – als potenziell faschistisch, zumindest aber als eine Vorstufe zum Faschismus betrachte, die es zu bekämpfen gelte. *Hans Lody*

Wilmersdorf will Reagan ehren

In die Debatte um die Benennung eines repräsentativen Platzes in Berlin nach dem früheren US-Präsidenten Ronald Reagan (die *PAZ* berichtete) kommt Bewegung. Nachdem das offizielle Berlin in dieser Frage bislang auf Tauchstation gegangen war, hat nun der Senat alle zwölf Bezirke angeschrieben und um entsprechende Stellungnahmen gebeten, wo ein solcher Platz gefunden werden könnte. Der Baustadtrat von Wilmersdorf-Charlottenburg, Klaus-Dieter Gröhler (CDU), hat bereits großes Interesse bekundet „Reagan in meinen Bezirk zu holen“.

Während in den USA Reagan als Staatsmann weitgehend unumstritten ist, auch Präsident Barack Obama bezeichnete ihn als eines seiner politischen Vorbilder, ist er der deutschen Linken auch posthum verhasst. Vor allem seine Standhaftigkeit im Kalten Krieg und seine Forderung von 1987, die Berliner Mauer niederzureißen, werden ihm nach wie vor übelgenommen. *H.L.*

Zeitzeugen



Helmut Kohl – In allen seinen Regierungserklärungen war von dem christlich-liberalen Bündnis als der „Koalition der Mitte“ die Rede. Damit wollte er eine „griffige politische Standortbestimmung der Regierung“ schaffen und hinsichtlich der Wählerschaft „die Vertretung der Mittelschicht als sein besonderes Anliegen“ reklamieren.

Sven-Christian Kindler – Seit 2009 sitzt der 1985 geborene Grünen-Politiker als jüngster Abgeordneter seiner Fraktion im Deutschen Bundestag. Als Mitglied des „Oslo-Kreises“, dem jüngere – und nach eigener Wahrnehmung „pragmatische“ – Abgeordnete von SPD, Grünen und Linken angehören, schmiedet der „konsequente Antifaschist“ an einem rot-rot-grünen Regierungsbündnis für die nächste Bundestagswahl. Motto: „Wir sind die linke Mitte.“



Franz Müntefering – Für ihn stellt sich die Frage nach der politischen Mitte nicht: „Mitte ist da, wo die linke Volkspartei SPD ist“, stellte er 2001 als SPD-Generalsekretär fest. In seiner Partei entbrannte daraufhin eine Diskussion über die Positionierung der SPD im Parteiengefüge. Seit einigen Jahren definieren sich die Spzialdemokraten als „Partei der solidarischen Mitte“. Münteferings Vorbild Willy Brandt sah seine Partei als „Neue Mitte“, nachdem der Arbeiteranteil in der Bevölkerung gesunken war.

Tony Blair – Seine pragmatische Politik des „New Labour“ sah der britische Regierungschef als Gegenentwurf zum traditionell-nationalistischen, liberal-konservativen „Thatcherismus“. Gemeinsam mit Bundeskanzler Gerhard Schröder, der sich klar von der „Ära Kohl“ abgrenzen wollte, bewarb er eine „Neue Mitte“ als Leitbild für einen „dritten Weg“ der europäischen Sozialdemokratie.



Angela Merkel – „Die Mitte“ - so stand es 2007 auf allen Schildern beim Bundesparteitag der CDU. Was damit gesagt werden sollte, fasste die Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin in klare Worte: „Die CDU ist die einzige Volkspartei der Mitte.“ Kritiker indes werfen ihr bis heute vor, dass sie sich zu keiner klaren Linie bekennen würde, um diese Botschaft zu untermauern. Auch das Grundsatzprogramm der CDU sei in dieser Hinsicht zu unverbindlich.

Die Neuvermessung »der Mitte«

Parteien werben um sie, ohne offenbar jedoch selbst eine Definition für sie zu haben

In den sieben Landtagswahlkämpfen in diesem Jahr wird um „die Mitte“ hart gerungen. Irgendwie versucht jede Partei, diesen Begriff für sich zu besetzen. Doch wo liegt eigentlich „die Mitte“ und ist der Begriff nun ideologisch oder gesellschaftlich zu deuten?

Nach dem Debakel bei der letzten Bundestagswahl versuchte die SPD sich darauf zu verständigen, dass die Zukunft in der „linken Mitte“ liege. Damit wurden zwar fürs erste die aufgebrachten und enttäuschten Gemüter der verbliebenen Parteianhänger beruhigt, aber die Formel zeigte wenig Perspektiven. Seit Oskar Lafontaine die SPD verließ und die Links-Partei gründete und ebenfalls den Begriff der „linken Mitte“ für sich reklamierte, haben die Sozialdemokraten ein Identitätsproblem. Der Spagat zwischen der kleiner und älter werdenden Arbeitnehmerschaft einerseits und der sogenannten Mittelschicht anderseits will nicht mehr so recht gelingen.

Ungeniert torpediert die Links-Partei die sozialdemokratischen Reformprojekte mit Slogans wie „Weg mit Hartz-IV“, „Reichensteuer einführen“ oder „Reichtum für alle“. Damit wandeln die Linken ein altes Motto der Christdemokraten ab. 1957 hatte Ludwig Erhard mit seinem Buchtitel „Wohlstand für alle“ für die damalige Mitte geworben. Heute behauptet der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Volker Kauder, dass die Bundesrepublik ein „Land der Mitte“ sei. Jeder müsse hier seine Chance bekommen“, und dafür solle die Politik die Voraussetzungen schaffen. Das christliche Menschenbild verpflichte dazu, gute Bildung und Chancengleichheit anzubieten.

> Zählt Geisteshaltung oder die Höhe des Einkommens?

Etwas weniger allgemein antwortet der CSU-Landesgruppenchef des Bundestages, Hans-Peter Friedrich, auf die Frage nach der Mitte. Weder die „polyglotten Großverdiener“ noch die „Empfänger von Transferleistungen“ (Arbeitslose, Kinder, Rentner) seien die Mitte, sondern diejenigen, die „arbeiten und Steuern zahlen und den Sozialstaat finanzieren“. Ähnlich würde es auch die FDP ausdrücken können. Die Freien Demokraten berufen sich, versichert die Fraktionschefin Birgit Homburger, nicht auf ein Schema von „links“ und „rechts“, sondern auf eine bestimmte Geisteshaltung. Als Kennzeichen dieser liberalen Gesinnung nennt sie „Leistungsbereitschaft, Fleiß und Aufstiegswillen“. Die „Menschen der Mitte“ würden sich um die Ausbildung der Kinder kümmern, für die Familie sorgen und Solidarität in der Gesellschaft leben.

Wer diesen Stellungnahmen führender Politiker folgt, wird nicht unbedingt schlauer. Das liegt wohl auch daran, dass es generell schwierig ist, die genaue Mitte zwischen zwei Punkten oder Lagern zu lokalisieren. Die Herbert-Quandt-Stiftung hat sich mit diesem Problem gleich mehrere Jahre lang befasst. Ziel der jährlichen Tagungen war es, zusammen mit hochkarätigen Referenten den gesellschaftlichen Wandel zu erfassen und das „Potenzial der Mitte“ auszuloten. Die Tagungsbände „Zukunft der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland“ (2006) oder „Die Mitte als Motor der Gesellschaft – Spielräume und Akteure“ (2007) zeigen die Denkanstöße. Der letzte Band hieß: „Aspekte gesellschaftlicher Mitte in Europa“ (2009).

Im Zuge der Europäisierung und Globalisierung geraten die bisherigen national gefärbten Definitionen von Mitte in ein neues Licht. Eine alternde Gesellschaft, Staatsschulden, Umweltfragen oder der internationale Wettbewerb bringen neue Konfliktpotentiale mit sich. Die Bürger fragen sich dabei, ob die Parteien mit dem Schlagwort der „Mitte“ darauf wirklich eine Antwort wissen. Dass ausgerechnet Altkommunist Gregor Gysi, Fraktionschef der Linken, vor dem Verlust der Mittelschicht warnt und über die „lebenswelttlichen Gemeinsamkeiten von Langzeitarbeitslosen und Superreichen“ philosophiert, wird dabei nur die wenigsten über die „Mitte“ täuschen können. *Hinrich E. Bues*



Foto: plainpicture

Mitte ist chic: Parteien, die nicht die Mitte im Visier haben, gelten als anrüchig, vor allem, wenn sie „Rechte“ oder die „oberen Zehntausend“ im Blick haben.



Die geschminkten Grünen

Im Hamburger Wahlkampf kann man derzeit lesen: „Grüne Mitte für Hamburg“. Das klingt schön, denn die Hansestadt ist, aus dem Flugzeug betrachtet, in ihrer Mitte eine relativ grüne Stadt. Doch die Erfahrungen mit einer grünen Regierungsbeteiligung waren in den letzten 15 Jahren eher desaströs. Die Multikulti-Ideologie der Grünen führte in Hamburg bis 2001 zu einer Verharmlosung islamistischer Umtriebe; die wirtschaftsfeindliche Haltung der Elbgrünen zu steigenden Staatsschulden und hoher Arbeitslosigkeit. Ähnliches setzte sich ab 2008 in der schwarz-grünen Koalition fort. Die Blockadepolitik gegenüber Handel und Industrie verbunden mit steigenden öffentlichen Ausgaben sorgten für neue Rekordschulden der Hansestadt.

Vom linken Extrem in die Mitte

Gegenüber diesen aktuellen Auswirkungen grüner Politik zeigt sich die Chefin der Bundestagsfraktion der Grünen, Renate Künast, immun. Sie behauptet, dass „die gesellschaftliche Mitte heute sehr stark wertgeleitet“ sei. Die linksextreme Vergangenheit ihrer Partei scheint sie gar nicht mehr zu kennen. Stattdessen redet sie von der „solidarischen Verantwortung und der Sorge um das Gemeinwohl“. Man dürfe nicht auf Kosten anderer leben und so sei der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ein Anliegen der Mitte. Die alten Rollenbilder (Mann und Frau) würden gar in der Mitte der Gesellschaft in Frage gestellt. Die ehemalige Sozialarbeiterin propagiert das Modell einer „ökologischen Wirtschaft“ und stellt fest: „Die Mitte denkt und fühlt grün.“

Wer das linke Soziologen-Deutsch ein wenig durchschaut, erkennt die alten sozialistischen Formeln in neuem Gewand. Rote Politik mit grüner Schminke. *Hinrich E. Bues*

Mehr als Gesäßgeographie

Geschichte der politischen Definition von links, rechts und Mitte

Rechts, links und Mitte werden gern als „politische Gesäßgeographie“ verspottet. Tatsächlich bringt man die Bezeichnung erst seit der französischen Nationalversammlung von 1789 mit weltanschaulichen Richtungen in Zusammenhang. Dort saß links die revolutionär-republikanische Richtung, aus der später die Verantwortlichen für den Blutrausch hervorgehen sollten. Rechts plazierten sich die moderaten Kräfte, die eine demokratisch und rechtsstaatlich eingehegte Monarchie anstrebten.

In der Sitzordnung spiegelte sich eine gesellschaftliche Umwälzung in der Tat revolutionären Ausmaßes: Zuvor spiegelte die Sitzordnung in Parlamenten die Standesgesellschaft wider. In Frankreich wie in Deutschland: Im „Immerwährenden Reichstag“ seit 1663 saßen die Vertreter der geistlichen und weltlichen Macht im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation nach ihren Ständen genau verteilt. Ihr Sitzplatz gab dabei auch Auskunft darüber, welche Mitbestimmungsrechte sie besaßen.

Erst mit dem Übergang zum modernen Parlamentarismus hatten alle Abgeordneten das gleiche Stimmrecht. So gruppierten sie sich nun nach der politischen Richtung, wobei zunächst ein großer Teil ohne feste Bindung an einen der beiden Flügel blieb.

Nach und nach aber verfestigten sich die Lager, die lagerunabhängigen Abgeordneten wurden zur Ausnahme. Während indes die Parteien aufkamen und verschwanden, blieben die großen Lager erhalten und passten sich immer wieder an die Herausforderungen ihrer Zeit an.

> Erst seit 1789 sitzen Parlamentarier nach Ideologie sortiert

Die grundsätzlichen Ausrichtungen blieben dabei erstaunlich konstant: Auch heute setzt die Linke vor allem auf Gleichheit, die Rechte auf Sicherheit. Daneben gesellt sich der Liberalismus, der oftmals daher als „Mitte“ definiert wird. Der konservativen Rechten gegenüber setzt er die Freiheit vor die Sicherheit, der sozialistischen oder sozialdemokratischen Linken gegenüber gibt er der Gleichberechtigung den Vorrang vor der Gleichstellung. Somit kann Liberalismus im europäischen Sinne sowohl als rechter wie als linker Liberalismus auftreten, je nachdem, in welchem Themenfeld er gerade seinen Schwerpunkt setzt.

In jüngerer Zeit ist indes vor allem in Deutschland etwas völlig Neues zu beobachten: bis mindestens in die 1970er Jahre waren rechts, links und Mitte bloße Zuordnungen politischer Lager, denen der Betrachter je nach persönlichem Standpunkt mit mehr oder weniger Sympathie begegnete, die aber sämtlich als legitim angesehen wurden. Lediglich die extremistischen Ränder wurden, und zwar von allen moderaten Kräften gemeinsam, strikt abgelehnt.

Seit den 1980ern jedoch wurde „rechts“ zunehmend stigmatisiert, schließlich gar kriminalisiert. Infolge dessen scheuen selbst Konservative und Rechtsliberale die Bezeichnung „rechts“, gegen die sie zuvor nichts einzuwenden hatten. Kritiker sehen darin eine gefährliche Erosion des Pluralismus. *Hans Heckel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper. **Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1673**

Was Kurt Beck treibt

Hartz-IV: Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident handelt unter dem Druck bankrotter Kommunen

Nun müssen es die Alten richten: Nachdem die siebenwöchigen Verhandlungen zur Sozialhilfe-Reform unter Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und SPD-Vize Manuela Schwesig krachend gescheitert sind, übernehmen Horst Seehofer (CSU), Kurt Beck (SPD) und Wolfgang Böhmer (CDU) das Ruder.

Es war kurz nach 9 Uhr im Preußischen Herrenhaus – in einer knappen Stunde sollte die Bundesratssitzung beginnen, auf der nach ursprünglicher Planung das neue Sozialhilfe-Gesetz verabschiedet werden sollte. Da sich keine Mehrheit abzeichnete, steckten Bayerns Ministerpräsident Seehofer und seine Amtskollegen aus Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, Beck und Böhmer, die Köpfe zusammen. Telefonisch nahm Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) an dem Gespräch teil. Wenig später lehnten die Länder eine Abstimmung über das vorliegende Paket mit Koalitions-Handschrift ab und riefen stattdessen erneut den Vermittlungsausschuss an. Seither wird an geheimen Orten weiterverhandelt – das ist einem vernünftigen Ergebnis vermutlich zuträglicher als die bisherige Form der Gespräche auf offener Bühne, mit einem gewaltigen Medienauftrieb, der mit permanenten spekulativen Wasserstandsmeldungen einer Einigung wohl eher geschadet hat.

Kompromisslinien waren bei Redaktionsschluss nicht absehbar. Einig sind sich die Beteiligten darin, dass Ende Februar ein Kompromiss stehen soll, dem CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne zustimmen können. Dann könnte der Bundesrat entweder bei einer Sondersitzung oder spätestens bei der nächsten regulären Sitzung am 18. März das Paket verabschieden.

Zuvor hatten sich die bisherigen Verhandlungsführerinnen von der Leyen und Schwesig als unfähig erwiesen, einen Kompromiss auszuhandeln. Massive Kritik von Sozialverbänden war die Folge, sogar die Worte „Profilneurose“ und „Zickenkrieg“ machten die Runde.

Die SPD hatte die Verhandlungen mit immer neuen sachfremden Forderungen nach Tausenden Schulsozialarbeitern und Mindestlöhnen überfrachtet (die *PAZ* berichtete). Zuletzt wollte sie beim Hartz-IV-Satz einen Sonderbedarf für Mobilität von 17 Euro durchsetzen, was wohl mehr als eine Milliarde Euro gekostet hätte. Beobachtern drängte sich der Verdacht auf, die SPD habe die Verhandlungen vor allem dazu benutzt, um Manuela Schwesigs Gesicht medienwirksam auf der Bundesbühne zu platzieren. Mit der schrillen Formulierung, Bundeskanzlerin Merkel sei eine „eiskalte Machtpolitikerin“, die die Reform unbedingt habe platzen lassen wollen, bewies Schwesig jedoch weder Originalität noch Glaubwürdigkeit, sondern vor allem Überforderung. Sogar der ansonsten wohlmeinende „Spiegel“ kritisierte: „Ihre Reden klingen, als läse sie aus dem Schulungsheft für Ortsvereinsfunktionäre vor. Schwesig hat noch einige Lehrjahre vor sich.“



Bild: C. Bilan/dapd

Hofft auf schnelle Einigung: Kurt Beck (l.) braucht für seinen Landtagswahlkampf dringend Erfolge.

Von der Leyen ihrerseits hatte zwei Probleme: Einmal eine FDP, die ihre wirtschaftsfreundliche Ader ausgerechnet bei der Frage des gleichen Lohnes in der Zeitarbeit demonstrieren wollte und mehrfach Kompromisse ablehnte. Zum anderen hatte sie zu Beginn einen taktischen Fehler begangen, indem sie der SPD nachgab und drei Unter-Arbeitsgruppen eingesetzt hatte, die die Themen Mindestlöhne, Bildungspaket und Regelsatz isoliert voneinander verhandelten. So wurden mehrfach bereits gefundene Kompromisse wieder einkassiert.

> Der Pfälzer, Seehofer und Böhmer sollen es nun richten

Nun also der Auftritt der alten Garde. Kurt Beck sagte der „Bild am Sonntag“: „Um zu einer zügigen Einigung zu kommen, wollen wir die Verhandlungsführung auf der Ebene der Ministerpräsidenten halten.“ Das ist eine schallende verbale Ohrfeige für Schwesig – aber auch für SPD-Chef Sigmar Gabriel, der Schwesig in diese entscheidende Position manövriert hatte.

Beck hat den höchsten Leidensdruck: Seine Kommunen in Rheinland-Pfalz sind mit am höchsten verschuldet. Das von der Regierung vorgeschlagene Paket, von den Kommunen die in Zukunft stark wachsenden Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit zu übernehmen, können sie nicht ausschlagen. Von vier Milliarden Euro Entlastung pro Jahr ist hier die Rede – ein Segen wäre das für alle leidgeprüften Kommunen. Übrigens hat den ordnungspolitischen Sündenfall, die Kosten für die alternden Sozialhilfeempfänger auf die Kommunen abzuwälzen, die rot-grüne Regierung Schröder zu verantworten – wie auch die ganze verunglückte Berechnung der Hartz-IV-Sätze, die im Februar 2010 vom Verfassungsgericht einkassiert wurde.

Wenn Beck dieses Kommunen-Entlastungs-Paket scheitern ließe, wäre ihm im Wahlkampf in Rheinland-Pfalz (Wahltag 27. März) massiver Protest der Kommunen sicher. Und das kann Beck sich nicht leisten, denn ihm sitzt die enorm aktive und populäre CDU-Spitzenkandidatin Julia Klöckner im Nacken. Nach 16 Jahren SPD-Herrschaft und zahlreichen Skandalen von Begünstigung und Vetternwirtschaft will sie den roten Filz in Mainz auskämmen – CDU und SPD liegen am Rhein bereits gleichauf. Da kommt es Beck gelegen, dass er sich im Bund als „Macher“ inszenieren kann.

Seehofer und Böhmer wiederum ist an Kompromissen gelegen, weil es sich die Union nicht leisten kann, die Reform scheitern zu lassen. Das würde die Handlungs-Unfähigkeit der Bundesregierung demonstrieren – immerhin ist es die Schuld Merkels und von der Leyens, dass die Reform überhaupt so spät auf den Tisch kam, im Herbst 2010. Bis Frühsommer hatten Union und FDP ja noch eine Bundesratsmehrheit. Außerdem wäre bei einem endgültigen Scheitern ein rechtliches Chaos programmiert, eine wahre Klageflut an den Verwaltungsgerichten: Jeder einzelne der 4,7 Millionen Hartz-IV-Empfänger könnte seinen persönlichen Bedarf reklamieren und einklagen, denn die alte Regelung ist ja für verfassungswidrig erklärt worden.

Anton Heinrich

MELDUNGEN

Pflege: Ungewisse Finanzierung

Berlin – Ein gemeinsamer Topf für alle oder jeder spart für sich? Vor dieser Frage steht die schwarz-gelbe Koalition bei der Reform der Finanzierung der Pflegeversicherung. 2050 wird mit über vier Millionen Pflegebedürftigen gerechnet, also mehr als doppelt so vielen wie heute. Die Union möchte, dass jeder Bürger weiter in einen gemeinsamen Topf zahlt, aus dem dann die Kosten für die Betroffenen getragen werden. Die FDP hingegen möchte zusätzlich zur gesetzlichen Pflegeversicherung noch eine Art „Pflege“-Riester einführen. Hier soll jeder Bürger für sich seine mögliche zukünftige Pflegebedürftigkeit absichern. Doch in der Union sieht man die kapitalgedeckte Variante aus mehreren Gründen kritisch. Erstens könne am Kapitalmarkt von Versicherungen angelegtes Geld verloren gehen und zweitens wäre die FDP-Lösung wenig solidarisch. *Bel*

Kritik am Wahlsystem

Hamburg – Für unverhoffte Spannung könnte am nächsten Sonntag, wenn in Hamburg die Bürgerschaft neu gewählt wird, das neue Wahlrecht sorgen. Selbst Akademiker zeigten sich verwirrt, als sie in der vorletzten Woche die Briefwahlunterlagen erhielten. Das durch die erfolgreiche Volksinitiative „Mehr Demokratie wagen“ veränderte Wahlsystem beschert jedem Wähler jetzt insgesamt 20 Stimmen. Je zehn Stimmen für die Bürgerschaft und die Bezirksparlamente. Die Wahlzettel sind rund 80 Seiten dick. Die Auszählung der Stimmen scheint kompliziert zu werden, wie der Wahlleiter bereits warnt. Das Ergebnis für die Landeslisten werde am Wahltag erst gegen Mitternacht erwartet; für die Auswertung der Kandidatenlisten werden die zusätzlich eingesetzten 15000 Wahlhelfer voraussichtlich vier ganze Tage brauchen (s. S.8). *H.E.B.*

Der Wind hat sich gedreht

Laut Umfragen könnte es in Baden-Württemberg doch noch für Schwarz-Gelb reichen

Noch im November sah es in Baden-Württemberg nach einer krachenden Niederlage für Schwarz-Gelb aus: Beobachter zeichneten schon das Bild einer Landesregierung unter Führung der Grünen. Das zu erwartende Desaster für die Regierung Merkel/Westerwelle wäre enorm gewesen. Die CDU hätte nach 57 Jahren eine schier uneinnehmbare Bastion verloren und die FDP wäre ausgerechnet in ihrem „Stammland“ aus dem Landtag geflogen. Mit dem 27. März, so die Auguren, wäre Westerwelles Schicksal besiegelt und dasjenige von Merkel stünde auf der Kippe.

Erst drei Monate sind solche Szenarien alt, doch der Wind hat sich gedreht. Zwar sind die Grünen in Umfragen mit 25 Prozent immer noch stark, doch ein grüner Regierungschef ist aus heutiger Sicht unwahrscheinlich. Die SPD stagniert bei knapp unter 20 Prozent, ihr Spitzenkandidat Nils Schmid ist auch fünf Wochen vor der Wahl noch bei weitem nicht jedem im Südwesten bekannt. Da die FDP wieder bei sieben Prozent steht, würde Schwarz-Gelb gegenwärtig wieder die Mehrheit der Mandate im Landtag gewinnen.

Noch ist die Wahlschlacht nicht geschlagen und doch lohnt es sich, den Ursachen dieses Stimmungsumschwungs nachzugehen. An erster Stelle steht die ge- schikkte Art und Weise, mit der die CDU unter Stefan Mappus den im Herbst auch durch eigene Fehler hochgekochten Protest gegen „Stuttgart 21“ wieder gebändigt hat. Nachdem die „harte Tour“ – sprich der rigorose Polizeieinsatz – der Regierung nur geschadet hatte, gelang es, mit der Schlichtung unter Heiner Geißler den harten Kern der Gegner von den bürgerlichen Kritikern und Skeptikern wieder zu trennen. Dass diese Schlichtung im Grunde in einem rechtsfreien Raum stattgefunden hat und der Landtag bei Geißlers teuren Vorschlägen wenig mitzureden hatte, verstößt eigentlich gegen die Prinzipien von CDU und FDP. Und doch fuhr und fährt Mappus gut mit dem weichen Kurs des „Wir haben verstanden“.



Von den Grünen bereits als Schuldiger ausgemacht: Der weitgehend ungekannte SPD-Spitzenkandidat Nils Schmid Bild: M. Latz/dapd

Für die Grünen ist es eine Falle. Denn sie sagen zwar weiter, sie seien gegen das Projekt, die klare Ansage: „Wenn wir gewählt werden, kommt es nicht“, unterlässt die Partei aber wohlweislich. Die Spatzen pfeifen ja auch von den Dächern, dass auch sie das Projekt nur verändern, nicht aber stoppen könnten. Ein modifiziertes „Stuttgart 21“ ist aber gerade das Programm von CDU und FDP.

Angela Merkel hängt sich in Baden-Württemberg inzwischen mächtig rein, denn sie weiß: Gerade weil es hier noch vor kurzem ziemlich trostlos aussah, wäre ihr persönlicher Erfolg umso größer, wenn die Verteidigung der Macht in Stuttgart doch gelänge. Nachdem aus dem S 21-Protest die Luft raus ist, zählen wieder harte Fakten, und das sind – gerade im nüchtern rechnenden Südwesten – Wirtschaft und Finanzen. Die Konjunktur blüht und das exportstarke Baden-Württemberg profitiert besonders davon. Mappus rechnet genüsslich vor, wie viel das Land über den Finanzausgleich vor allem an linksregierte Bundesländer zahlen muss. In der Auseinandersetzung mit den Grünen stimmen beide, Mappus und Merkel, mit Vergnügen die Melodie der Dagegen-Partei an. Den Vorwurf habe die Grünen sich mit ihrer Haltung vor allem in der Energie- und Verkehrspolitik redlich „erarbeitet“ und ein überzeugendes Gegenargument ist für sie noch nicht in Sicht.

Genüsslich hat die CDU vernommen, dass Fritz Kuhn, der aus dem Südwesten stammende Chef der grünen Bundestagsfraktion, schon mal der SPD die Schuld zugewiesen hat, falls es am 27. März nicht reicht: „Die SPD ist in Baden-Württemberg für den Wähler einfach nicht attraktiv. Aber wir können ja jetzt nicht anfangen, den roten Laden zu coachen, damit Rot-Grün attraktiver wird.“ Ein grün-roter Wahlerfolg wird durch solche Einlassungen nicht wahrscheinlicher. *K.B.*

Wurzeln des BND

Historiker sollen Vergangenheit erforschen

Nach dem Auswärtigen Amt und dem Bundesfinanzministerium ist jetzt der Bundesnachrichtendienst (BND) an der Reihe, seine Geschichte aufzuarbeiten. Dabei ist hinreichend bekannt, woher Reinhard Gehlen und seine Mitstreiter der frühen Jahre stammten: überwiegend aus der Abteilung „Fremde Heere Ost“ im Generalstab des Heeres der Wehrmacht. Auch ist die Geschichte des deutschen Nachrichtendienstes von in- und ausländischen Historikern umfassend untersucht und dargestellt worden. Trotzdem wünscht das Bundeskanzleramt, dass auch der BND seine Vergangenheit erforscht.

> Das meiste ist längst bekannt

Eine Historikerkommission soll nun die Geschichte des Dienstes und seines Vorläufers, der „Organisation Gehlen“, kritisch aufarbeiten – unter besonderer Berücksichtigung von dessen „braunen Wurzeln“, versteht sich. Ihr gehören der emeritierte Geschichtsprofessor Jost Dülffer, der Zeithistoriker Klaus-Dietmar Henke, der Wissenschaftliche Direktor am Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr Rolf-Dieter Müller und Wolfgang Krieger, Professor für Neuere Geschichte in Marburg, an. Dülffer ist Militärhistoriker und Mitbegründer der historischen Friedensforschung in Deutschland. Auch Müller ist ausgewiesener Militärhistoriker und war Vorsitzender der Historikerkommission zur Untersuchung der Opferzahl im Dresdener Feuersturm, die bekanntlich eine erstaunlich niedrige Zahl ermittelt hat. Henke schöpft seine Kompetenz in der Nachrichtendienstforschung aus der Tatsache, dass er von 1992 bis 1996 Leiter der Abteilung Bildung und Forschung der Gauck-Behörde war. Krieger schließlich war einige Jahre Vorsitzender des interdisziplinären, international tätigen Arbeitskreises Geschichte der Nachrichtendienste sowie Herausgeber und Autor mehrerer Bücher zu diesem Themenbereich. Alles in allem handelt es sich also um Wissenschaftler, die die bisherigen Forschungen und Veröffentlichungen zur Geschichte des BND und seiner Vorgängerorganisationen kennen. Da stellt sich die Frage, warum nun Steuergeld ausgegeben wird, wenn es doch eigentlich keine neuen Erkenntnisse mehr zu gewinnen gibt. *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

Republikaner stellen sich quer

Washington – Zwar stimmen die Republikaner den Demokraten von US-Präsident Barack Obama zu, dass der Schuldenberg in Höhe von 14 Billionen US-Dollar und die Neuverschuldung von rund elf Prozent des Bruttoinlandsproduktes 2011 reduziert werden sollen, doch Obamas Sparpläne wollen sie nicht mittragen. Dieser fordert Steuererhöhungen für Besserverdienende, Einsparungen beim Militär in Höhe von 78 Milliarden US-Dollar in fünf Jahren und will öffentliche Ausgaben kürzen. Gleichzeitig will er aber in Bildung und Infrastruktur investieren. Unter anderem soll ein Hochgeschwindigkeitsbahnnetz (siehe Artikel rechts) aufgebaut werden, was die Republikaner ablehnen. *Bel*

Sorge um Suezkanal

London – Der Suezkanal gilt als Nadelöhr des Welthandels, das jährlich von rund 15000 Schiffen passiert wird, wovon 80 Prozent zwischen Europa und Ostasien verkehren. In internationalen Schifffahrtskreisen herrscht daher Sorge, diese maritime Lebensader könnte im Zuge der Unruhen in Ägypten unpassierbar werden. Würde der Kanal blockiert oder aus Sicherheitsgründen gemieden werden, müsste die Schifffahrt den Umweg über das Kap der Guten Hoffnung nehmen. Dadurch würde sich beispielsweise der Seeweg Rotterdam-Singapur von 15400 Kilometern auf 22000 Kilometer verlängern. Gleichzeitig würde sich die durchschnittliche Fahrtzeit von 18 Tagen auf 25 Tage erhöhen. Dies würde eine erhebliche Kostensteigerung im internationalen Seeverkehr zur Folge haben. Zudem würden, wie das Londoner Analysebüro Alphaliner errechnet hat, 100 zusätzliche Schiffe benötigt, um den Verkehr im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten. *J.H.*

Die Wiederentdeckung der Eisenbahn

US-Präsident versucht gegen Widerstand der Republikaner Hochgeschwindigkeitsstrecken durchzusetzen

Während es in einigen Brennpunkten wie Stuttgart regionale Probleme beim Ausbau des europäischen Hochgeschwindigkeitsbahnnetzes gibt, befinden sich die USA noch in den Anfängen eines Aufbaus.

„Stellen Sie sich vor", warb US-Präsident Barack Obama bereits 2009, „wie schön es wäre, einfach mitten in der Stadt in einen Zug zu steigen. Keine Hetzerei zum Flughafen ... Stellen Sie sich vor, wie Sie mit fast 200 Stundenkilometern von einer Stadt zur anderen brausen und nur ein paar Straßen von Ihrem Ziel entfernt eintreffen." Ein Hochgeschwindigkeitsbahnsystem, für Europa absolut selbstverständlich, hat in den USA zu massivem Zwist zwischen Demokraten und Republikanern geführt.

Nur mit Mühe hat Obama sein Projekt gegen heftige Widerstände zumindest zum Teil retten können, obwohl es dem Land große wirtschaftliche Vorteile und den Bürgern enorme Erleichterung verschaffen soll. Doch dieser Tage konnte Vize-Präsident Joe Biden den Plan der Regierung von Präsident Obama verkünden, über die kommenden sechs Jahre 53 Milliarden US-Dollar in ein Netz von Hochgeschwindigkeitszügen zu investieren. Im laufenden Budget sind bereits 2,5 Milliarden US-Dollar genehmigt. Langfristig sollen alte Zugstrecken ausgeweitet und neue gebaut werden, die für Hochgeschwindigkeitszüge, die bis zu 370 Stundenkilometer fahren können, befahrbar sind. Die einzelnen Staaten erhalten millionenschwere Zuschüsse. Allen voran Kalifornien, das schon jetzt 898 Millionen US-Dollar erhält und Florida, das 800 Millionen US-Dollar aus dem klammen Washington bekommen soll. Die für Wisconsin und Ohio vorgesehenen 1,2 Milliarden US-Dollar wurden jedoch gestrichen, nachdem die beiden im Herbst neu gewählten Gouverneure, beides Republikaner, sich massiv gegen den Bau ausgesprochen hatten. In ihren Augen sind diese Strecken ein weiterer Schritt Richtung europäischem Sozialismus. Sie sind dagegen, dass die Washingtoner Elite, so ihre Sicht der Dinge, den Bürgern im Land ein derart umfassendes Projekt vorschreibt und das dann auch noch in Zeiten einer galoppierenden Staatsverschuldung. Doch das Nein aus Wisconsin und Ohio freut Kalifornien, denn der stark überschuldete Sonnenstaat erhält nun weitere 624 Millionen US-Dollar, die eigentlich für die anderen beiden Staaten vorgesehen waren, und kann bereits früher mit dem Bau seiner Streckenabschnitte beginnen: ein willkommenes Konjunkturprogramm.

Ein Hochgeschwindigkeitsnetz über eine Strecke von 1300 Kilometern ist dort in Planung. Der Bau soll Anfang nächsten Jahres beginnen und über 100000 Arbeitsplätze schaffen. In einigen Jahren kann man dann endlich von San Diego über Los Angeles nach San Francisco in rund vier Stunden fahren, so wie die Deutschen es mit ihren schnellen ICEs seit gut zwei Jahrzehnten gewohnt sind.

Was heute den US-Präsidenten so viel Überredungskunst gekostet hat, basiert eigentlich auf einem alten amerikanischen Traum. Bereits 1830 spielte man erstmals mit dem Gedanken vom Bau einer „Transcontinental Railroad". Und ganz besonders, nachdem man

> Konjunkturprogramm, das die Staatsschulden weiter steigen lässt

1848 in Kalifornien Gold entdeckt hatte und hundertausende Europäer in die USA drängten und von der Ostküste gen Westen in den Sonnenstaat weiterzogen. Doch es war nicht nur die wirtschaftliche Bedeutung der „Transcontinental". Es war, was Präsident Abraham Lincoln mitten im Bürgerkrieg visionär vorgeschwebt hatte, als er bereits 1862, gerade ein Jahr im Amt, die „Pacific Railroad Acts" nach heftigsten Widerständen im Kongress unterzeichnen konnte: Es war auch die menschliche und kulturelle Vereinigung der Bürger so unterschiedlicher Staaten des Riesenlandes. Durch ständigen Austausch von Menschen und Waren veränderte die „Transcontinental" das Bewusstsein der Bürger. Lincoln, der „Große Vereiniger", hatte recht behalten. Doch er erlebte seinen Triumph nicht mehr. Er wurde am 14. April 1865 erschossen. Dann, am 10. Mai 1869, war in Promontory, Utah, der große Tag: Die Eröffnung der „Transcontinental Railroad", die erstmals die Ostküste mit der Westküste durch ein Schienennetz von über 2000 Meilen verband und Amerika damit zu wirklich Vereinigten Staaten machte, „From Sea to Shining Sea". Das ganze Land erlebte mit erregter Spannung den feierlichen Augenblick, telegraphisch überall hingetragen, als der Hammerschlag des Gouverneurs von Kalifornien den berühmt gewordenen „Golden Spike", den letzten Nagel, in die verbindende Schiene schlug. (Er schlug daneben und musste zum Gelächter aller wiederholen!) In Dörfern und Städten in ganz Amerika jubelten die Menschen und läuteten die Glocken. Sechs Jahre lang hatten die „Union Pacific" Richtung Westen und die „Central Pacific" von Sacramento Richtung Osten die Schienen durch schöne, doch härteste Landschaft gelegt. Durch Bergmassive wie die Sierra Nevada, am „Great Basin" entlang, durch Wüsten und über Flüsse. Und nun feierten sie. Die Arbeiter (zu 90 Prozent chinesische Gastarbeiter wie auch Kriegsveteranen), die Politiker, die Rail-Road-Offiziellen, die Presse und die Schaulustigen. Bereits am nächsten Tag fuhr der erste Passagierzug von San Francisco nach New York, in kaum einer Woche, während es bisher nur monatelange Reisezeiten per Pferdewagen oder über den Seeweg gegeben hatte. Der Handel erblühte.

Doch dann kamen Autos und Flugzeuge und verdrängten die Bahn als Verkehrsmittel. Wer heute in Los Angeles lebt, hat gar das Gefühl, es gäbe überhaupt keine. Zu lange haben die US-Bürger die Begeisterung ihrer Vorfahren nicht geteilt. „Wir fliegen doch ... Wir fahren Auto ... Was brauchen wir Züge", war die Meinung. Doch mit den entnervenden Wartezeiten durch die neuen Sicherheitsbedingungen an den Flughäfen, den hohen Benzinpreisen, einem erwachenden Umweltbewusstsein und verstopften Freeways beginnt ein Umdenken. Und das dürfte Amerika in die Zukunft der Hochgeschwindigkeitszüge katapultieren. Wie damals die „Transcontinental". *Liselotte Millauer*



Geplante Hochgeschwindigkeitsstrecken: Aus europäischer Sicht ist die US-Schieneninfrastruktur antiquiert.

Aderlass bei Polizei

Moskau reduziert Zahl der Staatsdiener

Unter den Zaren hatte Russland eine „Polizei", seit 1917 eine „Miliz" – die ab 1. März wieder zur „Polizei" wird. Diese „Reform" ist laut russischen Medien eine „Knute", die die Truppe von „korrupten, brutalen und unfähigen Genossen säubern" soll. Umfragen besagen seit 2005, dass die Mehrzahl der Russen die Miliz mehr als Kriminelle fürchtet, denn sie ist personell aufgebläht (976 Milizionäre pro 100000 Einwohner), miserabel bezahlt (pro Monat rund 175 Euro) und „Motor" der russischen Korruption.

> Russland soll weniger korrupt werden

Im November 2010 erließ Präsident Dmitrij Medwedew seinen „Ukas", dass das Personal des Innenministeriums bis Ende dieses Jahres um 20 Prozent zu kürzen sei. Zu diesem Ministerium gehört die neue Polizei, aus der schon Ende 2010 200000 Angehörige entlassen wurden. Das ist erst der Anfang, wie derzeit in Moskau zu beobachten ist: Wladimir Kolokolzew, Polizeichef der Hauptstadt, rechnete vor, dass von seinen 98000 Polizisten bis Ende 2011 nur 78000 übrig bleiben, ein Aderlass um 22 Prozent.

Ende Januar war Medwedew in Davos beim Weltwirtschaftsforum, wo man ihm bedeutete, dass sein bürokratisches, korruptes Russland kein geeigneter Partner für Investitionen sei. Die braucht es aber, um der jährlichen Abwanderung der Intelligenz von offiziell 40000, real 350000 Russen zu stoppen. Dem dient auch ein „Ukas" des Präsidenten, den Putin jetzt umsetzt: Beginnend ab 31. März werden bis 2013 20 Prozent der „Angestellten der Staatsorgane" entlassen. Das soll eine „Optimierung" des Apparats bewirken, dessen 165000 Angehörige mit einem Durchschnittsalter von 45 Jahren überaltert sind. Auch dürfte sich der Anteil der Beschäftigten in der Staatswirtschaft, 22 von insgesamt 70 Millionen, verringern.

Kaum noch zu verringern ist die russische Armee, die unter einer Million Angehörige zählt (1994: 2,1 Millionen). Sie bekommt sogar Personal: 20000 Mann Militärpolizei und 249 Armeegeistliche, was es alles bislang nicht gab. Ein Exodus droht hingegen russischen Schulen: Vor zehn Jahren zählte Russland 22 Millionen Schüler, derzeit noch 13 Millionen. Die Zahl der Lehrer ist mit 1,2 Millionen gleichgeblieben, was im internationalen Vergleich 200000 zu viel sind, die Bildungsminister Andrej Fursenko feuern möchte. *Wolf Oschlies*

Von Washington bald im Élysée-Palast?

IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn ist der Traumkandidat der französischen Linken

In Frankreich hat der Vorwahlkampf um das Präsidentenamt begonnen. Aussichtsreichster Herausforderer von Nicolas Sarkozy wäre der Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Dominique Strauss-Kahn, der laut Aussage seiner Frau kein zweites Mal für den IWF kandidieren wird.

Der mögliche Kandidat der Linken für die Präsidentenwahl 2012 arbeitet im zirka 6000 Kilometern Entfernung von Paris. Dominique Strauss-Kahn, genannt DSK und Mitglied der Sozialistischen Partei Frankreichs (PS), ist seit 2008 Direktor des IWF in Washington. Aber wer hätte Lust, eine mit 315200 US-Dollar im Jahr gut dotierte und angesehene Stellung zu verlassen, um mit weniger Lohn mühsam den französischen Staatskarren zu ziehen? Gut Informierte behaupten, dass der Klassenprimus Strauss-Kahn auch ein Lebemann ist. Seitensprünge mit Untergebenen, die im prüden Washington publik geworden sind, sprechen dafür. Strauss-Kahn, Vater von vier Kindern aus zwei früheren Ehen, hat sich bei seiner dritten Ehefrau, der ehemaligen Starjournalistin Anne Sinclair, öffentlich für diese „Verfehlungen" entschuldigt, aber man traut dem 61-jährigen Politiker und Ökonomen zu, wie ein Sultan in seinem Palast leben zu wollen. Warum sollte sich der reiche DSK die Strapazen des höchsten Amtes im unregierbaren Frankreich überhaupt antun?

Dennoch wollen ihm seine Parteigenossen begreiflich machen, dass er der Einzige unter ihnen ist, der Chancen hat, Sarkozy (trotz dessen schlechter Umfragewerte) zu schlagen. Umfragen sehen DSK bei den sozialistischen Vorwahlen Ende 2011 an der Spitze. Zur Zeit würden ihm 41 Prozent der Anhänger der PS den Vorzug geben, um den Fehdehandschuh gegen Sarkozy aufzunehmen, während die anderen Koryphäen der Sozialisten, Martine Aubry, Ségolène Royal und François Hollande, karge 17, 14, respektive drei Prozent der Stimmen im eigenen Lager erhielten. Er ist vor allem der Einzige, der weit über die Grenzen des linken Potenzials und der „normalen Gegner" des heutigen Staatsoberhaupts Stimmen sammeln würde. Zwar ist er bei den Extremlinken unbeliebt. Er verkörpert aus deren Sicht nicht die „linken Werte". Sie bemängeln, dass er die IWF-Milliarden für Griechenland mit der Bedingung versehen hatte, dass „soziale Errungenschaften abgeschafft" werden. Aber die Anhänger von Jean-Luc Melanchon (Parteichef der „Linken") und Olivier Besancenot („Antikapitalistische Partei NPA") würden bei der Präsidialwahl im Mai 2012 den sozialdemokratisch ausgerichteten, großbürgerlichen Straus-Kahn dennoch unterstützen, weil sie Sarkozy als einen Abklatsch des Rechtsaußen Le Pen betrachten. Also würde Strauss-Kahn fast alle Linken auf seiner Seite haben.

> Trotz Luxusleben selbst von Extremlinken toleriert

Was kann DSK besser als „Sarko"? Heute, im Strudel der Krise, werden die meisten wichtigen Entscheidungen auf internationalem Parkett gefällt. Der amtierende Präsident Sarkozy ist gewiss kein Sprachgenie. Dafür spricht Strauss-Kahn perfekt Englisch (er war Gastprofessor in Stanford) und ziemlich gut Deutsch, wie der Verfasser dieser Zeilen es während einer Fahrt mit ihm zusammen vor einigen Jahren feststellen konnte. Dort vertraute DSK ihm an, dass er als Kind eine deutsche Gouvernante hatte. Als Sohn einer reichen jüdischen Familie aus dem Elsass ist er wie Sarkozy im schicken Pariser Bezirk Neuilly geboren worden. Die Familie Strauss-Kahn war gut betucht, während Sarkozys geschiedene Mutter als kleine Anwältin am Hungertuch nagte. Wirtschaft, Jura, Handel und Politikwissenschaft hat DSK in Paris studiert, wo er sich als Volkswirt habilitierte und in den drei anderen Fächern die höchsten Diplome erwarb. Sarkozy war „nur" Anwalt. Strauss-Kahn ist „auch" Anwalt.

Ségolène Royal geht derzeit wieder in die Offensive gegen die wichtigsten linken Kandidaten, ihre Nebenbuhlerin Aubry, ihren Ex-Mann Hollande und vor allem gegen Strauss-Kahn. DSK sieht, wie die PS sich selbst zerfleischt und schweigt wie die „rätselhafte Sphinx". Die Royal unterstrich vor wenigen Tagen, dass ein Mann wie er, der nicht unmittelbar in der französischen Politik aktiv ist, das Vertrauen der Sozialisten nicht haben könne. Sarkozy, mit dem DSK im Prinzip befreundet ist (beide Männer stimmen sich in Sachen Euro und Wirtschaft ab), war ein Meisterstück gelungen, als er seinen potenziellen Gegner zur Führung der IWF, also weit von Frankreich, verhalf. Die Stärke von DSK besteht darin, dass er nicht so links wie andere ist. Er hatte damals als Minister die Einführung der 35-Stunden-Arbeitswoche vorbereitet, aber dann das entsprechende Gesetz nicht mehr unterstützen wollen und er hat sich von der Kampagne der französischen Linken zur Erhaltung des Rentenbeginns mit 60 distanziert. *Jean-P. Picaper*

Tarnen und Tricksen à la Grande Nation

Euro: Vieles spricht dafür, dass Frankreichs Stabilitätszusagen an Deutschland bloßes Kalkül sind

In den EU-Ländern ist die Höhe der Staatsverschuldung bisher mit statistischen Tricks klein gerechnet worden. Die zuständige Behörde Eurostat hat Schulden verstaatlichter Banken und ausgelagerter öffentlicher Unternehmen in der Vergangenheit bei der Ermittlung der Staatsverschuldung nicht mit einbezogen. Besonders profitiert von diesem Vorgehen hat Frankreich.

Kern der bereits im Jahr 2009 getroffenen Regelung war es, dass die Aktivitäten von Zweckgesellschaften zur Bankenrettung, die in vielen EU-Staaten im Zuge der Finanzkrise gegründet wurden, bei der Ermittlung der aktuellen Staatsverschuldung nicht berücksichtigt wurden, obwohl der Staat für sie haftet. Diese Regelung – zunächst vom französischen Statistikamt INSEE angewendet – ist im Juli 2009 aufgrund massiven französischen Drucks durch Eurostat übernommen worden. Die durch Zweckgesellschaften aufgehäuften Schulden wurden seitdem in gesonderten Aufstellungen der Aufmerksamkeit entzogen. Die skurrile Begründung für dieses Vorgehen war, dass man so mehr Transparenz schaffen würde.

Allein 2009 hat Frankreich auf diesem Weg Anleihen der staatlichen Refinanzierungsgesellschaft SFEF in Höhe von rund 75 Milliarden Euro nicht in die Staatsverschuldung einrechnen müssen. Nach Berichten von österreichischen Journalisten würde sich im Falle der Alpenrepublik die offiziell ausgewiesene Verschuldung von derzeit 69 Prozent auf 79 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt erhöhen. Für Frankreich beträgt die Verschuldung selbst mithilfe der statistischen Kosmetik bereits 86 Prozent.

Nicht immer reicht der politische Einfluss von Paris allerdings aus, die wahre Lage derartig zu verschleiern. Alarmierende Zahlen hat zum Beispiel die Wirtschaftsauskunftei Creditreform in den letzten Tagen präsentiert. Von den rund 210000 Firmeninsolvenzen im Jahr 2010 innerhalb der EU entfielen über 51000 auf Frankreich. Die hohe Zahl von Firmenpleiten ist Ausdruck einer seit Jahren abnehmenden Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Die strukturelle Schwäche der französischen Wirtschaft wird auch an dem dauerhaft hohen Leistungsbilanzdefizit von zirka 1,5 Prozent deutlich – Deutschland liegt bei einem Überschuss von vier Prozent. Frankreichs Anteil am Welthandel hat sich in den letzten 30 Jahren von sechs Prozent auf nur noch drei Prozent verringert. Nur rudimentär vorhanden ist ein exportkräftiger Mittelstand wie in Deutschland. Auch was die Arbeitsproduktivität und die Lohnstückkosten anbelangt, ist Frankreich ins Abseits geraten.

Paris kann sich strenge Kriterien gar nicht mehr leisten

Der Arbeitgeberverband MEDEF geht davon aus, dass die Arbeitskosten über 23 Prozent höher sind als auf deutscher Seite. Dass Präsident Nicolas Sarkozy bis zu den anstehenden Präsidentschaftswahlen im Mai 2012 noch ein ernsthaftes Reformprogramm in Angriff nimmt, ist nahezu ausgeschlossen. Schon die im Oktober 2010 beschlossene Änderung am Rentenrecht hat zu massiven landesweiten Streiks geführt. Wie die beschlossene Pflegeversicherung oder eine Reform der Vermögenssteuer gegenfinanziert werden sollen, dazu hat Sarkozy bisher geschwiegen. Weitere Reformvorhaben innerhalb der Wahlkampfzeit hätten für ihn das sichere Scheitern bei der anstehenden Wahl zur Folge.

Umso erstaunlicher ist die derzeitige Unterstützung für die deutschen Vorschläge zu einem „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ innerhalb der EU. Die deutschen Forderungen zur Haushaltsdisziplin wurden vor kurzem noch von französischen Ministern als deutsches Spardiktat für Europa verunglimpft. Verständlich wird der scheinbare Sinneswandel mit Blick auf den Euro-Rettungsschirm EFSF und den ab 2013 als Nachfolger geplanten ständigen Rettungsfonds ESM. Die Aufstockung der Mittel und der von Frankreich gewünschte Kauf von Staatsanleihen sind nur mit deutscher Einwilligung denkbar. Das französische Kalkül dürfte lauten: Die deutsche Zustimmung zum erweiterten Rettungsmechanismus mit Entgegenkommen bei den deutschen Forderungen zu erkaufen – späteren Regelverstoß bereits einkalkuliert.

Sobald der vergrößerte Rettungsschirm installiert ist, wird eine Organisierung von Mehrheiten durch Frankreich zur „flexiblen“ Anwendung der Vereinbarungen kein Problem sein, analog zum Aufweichen der „Maastricht“-Kriterien seit der Euro-Einführung.

Nutzen von einem vergrößerten Rettungsschirm hätten nicht nur die bisher schon im Blickpunkt stehenden Staaten wie zum Beispiel Irland und Griechenland. Ein Zugriff auf den Rettungsschirm könnte für Frankreich selbst erforderlich werden: Von den Ratingagenturen gab es bisher nur Warnungen zur französischen Staatsverschuldung, die Einstufung als sicherer Schuldner wurde noch belassen. Allerdings wird das an den Märkten schon anders gesehen. Nach den Angaben von CMA Datavision haben sich die Kosten zur Absicherung französischer Staatsanleihen im Laufe des Jahres 2010 mehr als verdreifacht.

Schon bei der Installierung des derzeit existierenden Rettungsmechanismus EFSF im Mai 2010 hielten sich hartnäckig die Gerüchte, dass in den Tagen vor dem dramatischen Gipfeltreffen keine Käufer für französische Staatsanleihen mehr zu finden gewesen waren. Auf den illiquiden Märkten waren von den Anleihen der EU-Länder nur noch die deutschen „Bunds“ handelbar.

Norman Hanert



Deutsch-französische Einigung zur Euro-Rettung in Deauville im Herbst 2010: Der Alleingang der beiden europäischen Großmächte verärgerte Rest-Europa. Doch wird immer fraglicher, ob das französische Entgegenkommen, was Merkel als Zustimmung zu ihrer harten Linie wertete, dies auch wirklich sein soll. Bild: pa

KURZ NOTIERT

Rückschlag für Ungelernte: Experten haben festgestellt, dass es in den letzten zwei Jahren massive Verschiebungen zulasten der Ungelernten gegeben hat. So verloren zwischen März 2008 und März 2010 15 Prozent der einfachen Arbeitskräfte in der Automobilbranche ihren Job, während die Zahl der Ingenieure um 14 Prozent stieg. *Bel*

Schweizer Banken setzen auf Coco-Anleihe: Die Schweizer Großbank Credit Suisse hat sich entschieden, eine Coco-Anleihe herauszugeben. Hierbei handelt es sich um eine Pflichtwandelanleihe, einen sogenannten „Contingent Convertible Bond“, der schrittweise in Eigenkapital gewandelt werden kann, wenn die Kern-Kapitalquote sieben und fünf Prozent unterschreitet. Damit will die Bank die neuen Basel-III-Bedingungen zum haftenden Eigenkapital erfüllen. *Bel*

Bald Bauarbeiter aus China? Die Gewerkschaft und der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes schlagen Alarm gegen eine neue EU-Richtlinie. Diese sieht die Entsendung von Arbeitskräften aus Drittstaaten innerhalb eines Konzerns in andere EU-Länder vor. Sollte diese Regelung in Kraft treten, könnte ein rumänisches Bauunternehmen sogar chinesische Arbeiter eines Tochterunternehmens zum rumänischen Mindestlohn von 175 Euro im Monat in Deutschland einsetzen. *Bel*

Deutschland Bosniens Export-Favorit: Laut der Ranking-Agentur D&B Deutschland ist Bosnien-Herzegowina in seiner ökononmischen Bonität hochriskant und liegt unter 132 Vergleichs-Ländern weit hinten. Dennoch hat das Land 2010 aufgeholt und in seinem Außenhandel eine Export-Import-Deckung von 55 Prozent erreicht, was auf dem Balkan ungewöhnlich gut ist. Daran ist Deutschland beteiligt, das Güter im Wert von 560 Millionen Euro eingekauft hat, womit es zum führenden Außenhandelspartner Bosnien-Herzegowinas wurde. Diesen Rang nahm jahrelang Kroatien ein, das mit 500 Millionen Euro auf Platz 2 landete. *W. O.*

Deutscher Investor verzweifelt gesucht

Daimler will Engagement bei EADS reduzieren – Berlin fürchtet französische Dominanz

Beim Luft- und Raumfahrtkonzern EADS droht sich die sorgsam austarierte Machtbalance zwischen Deutschland und Frankreich zu verschieben. Anteilseigner Daimler beabsichtigt, sich auf sein Kerngeschäft, den Automobilbau, zu konzentrieren und will seine noch verbliebene Beteiligung verkaufen. Der Einfluss des französischen Staates, der Miteigentümer bei dem Unternehmen ist, würde dadurch dominierend werden, Auswirkungen könnte das nicht nur auf den Bestand der deutschen Produktionsstandorte haben, sondern auch langfristig den Fortbestand der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie existenziell gefährden.

Die Bundesregierung sucht nach einer Lösung, damit der deutsche Einfluss im Konzern nach dem Ausstieg von Daimler erhalten bleibt: Der Stuttgarter Konzern hält zurzeit noch einen Restanteil von 15 Prozent an dem Unternehmen EADS. Bereits 2007 hatte der Daimler-Konzern die Beteiligung beim Luftfahrtkonzern verringert. Der damals veräußerte 7,5 Prozentanteil wurde von einem deutschen Bankenkonsortium unter Führung der bundeseigenen KfW-Bank erworben. Zu dem Konsortium gehörten unter anderem auch die Deutsche Bank und die Commerzbank, aber auch die Bundesländer Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg sowie Hamburg mit wichtigen Produktionsstandorten. Auch für dieses Aktienpaket wird das Stimmrecht weiterhin von Daimler ausgeübt. Diesem 22,5 Prozentanteil in deutscher Hand steht ein französischer Anteil von ebenfalls 22,5 Prozent gegenüber. Frankreichs Staatsholding Sogepa hält 15 Prozent, der Lagardere-Konzern weitere 7,5 Prozent. Auch Lagardere soll die Absicht haben, sich langfristig von seiner Beteiligung zu trennen.

Die vier großen Anteilseigner haben in der Vergangenheit vereinbart, dass die Eigentumsstruktur nur einvernehmlich geändert wird. Auch ist ein Vorkaufsrecht vereinbart worden. Die Verkaufsabsichten von Daimler und Lagardere werden durch die derzeit günstige Bewertung der EADS-Aktien an den Börsen beflügelt. Probleme mit dem Großflugzeug A380 und dem Militärtransporter A400 M hatten dem Unternehmen in letzter Zeit zugesetzt. Nach dem Zuschlag für einige Großaufträge, unter anderem ein zwölf Milliarden Euro Auftrag aus Indien, befindet sich die Aktie zurzeit aber auf dem höchsten Kurs seit drei Jahren. Finanziell wäre die Situation für einen Ausstieg von Daimler zurzeit deswegen günstig. Für Investoren wäre ein Einstieg wegen des gestiegenen Kurses allerdings wenig attraktiv.

Staat erwarb bereits 2007 Anteile, findet aber keinen Käufer

In Deutschland würden Firmen wie der Triebwerkshersteller MTU, der Wehrtechnikhersteller Diehl oder der Bremer Satellitenhersteller OHB in Frage kommen. Diese Unternehmen haben allerdings auch Geschäftsbeziehungen zu EADS-Konkurrenten wie Boeing und Thales – die eine Beteiligung bei dem Mitbewerber kaum gutheißen werden. Ob die Bundesländer, in denen sich EADS-Standorte befinden, in der Lage sind, die Daimler-Anteile zu übernehmen, ist angesichts der maroden Haushalte fraglich. Schon die Weiterveräußerung der 2007 erworbenen Daimleranteile ist mangels Käufer gescheitert, sodass die Banken sich bereit erklärt haben, die erworbenen Aktienpakete zunächst bis 2012 weiter zu halten. Eine höhere Beteiligung von arabischen Staatsfonds oder russischen Investoren ist wegen der EADS-Aktivitäten im Rüstungssektor aus Sicherheitsgründen ausgeschlossen.

Zusätzlicher Druck auf Daimler kommt neuerdings auch vonseiten der französischen Justiz. In einem Verfahren wegen des Verdachts auf sogenannten „Insiderhandel“ wird seit letzter Woche durch die französische Staatsanwaltschaft ermittelt. Angeblich sollen Informationen über Schwierigkeiten beim A380 so lange zurückgehalten worden sein, bis Daimler 2007 seinen Anteil verringert hatte.

Für den 23. Februar ist ein Gespräch zum Thema EADS zwischen Kanzlerin Angela Merkel und den beteiligten Ministern im Kanzleramt angekündigt. Auch wenn die Suche nach privaten Investoren noch im Gange ist, und die FDP sich noch sträubt, läuft alles auf einen Einstieg des Bundes hinaus. Wahrscheinlich ist eine weitere Erhöhung des KfW-Engagements. Das wird der Preis dafür sein, dass auf lange Sicht eine komplette Übernahme durch den französischen Staat verhindert wird. *Norman Hanert*

Frau im Vorstand

Dax-Konzern schafft Posten für Ex-Richterin

Da haben sich wohl einige Herren im Aufsichtsrat des Autobauers Daimler das Lamento der beiden Bundesministerinnen Ursula von der Leyen und Kristina Schröder über zu wenig Frauen in den Chefetagen der Unternehmen zu Herzen genommen. Die eben aus dem Amt geschiedene Bundesverfassungsrichterin Christine Hohmann-Dennhardt wurde vom Aufsichtsrat der Daimler AG in den Vorstand des Unternehmens berufen. Für sie wurde ein neues Vorstandsressort „Recht und Integrität“ geschaffen.



Christine Hohmann-Dennhardt

Die 60-jährige ehemalige Verfassungsrichterin war beim Verfassungsgericht für Familienrecht zuständig. Die Juristin begann ihre berufliche Laufbahn als Sozialrichterin in Hessen. Über die Zwischenstationen Sozialdezernentin im Finanzministerium gelangte sie mit Hilfe des vormaligen hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel auf den Stuhl der hessischen Justizministerin. 1995 wechselte sie als Ressortchefin in das hessische Wissenschaftsministerium. Wiederum vier Jahre später gelang der Sprung in das 16-köpfige Bundesverfassungsgericht. Eine Bilderbuch-Parteikarriere. Nun die Krönung: Vorstandsmitglied eines Dax-Konzerns.

Mit Wirtschaftsrecht hatte Hohmann-Dennhardt bisher nichts zu tun. Sie gilt als linke Reformerin. Kurz vor dem Ende ihrer Laufbahn in Karlsruhe hat sie dazu beigetragen, die Rechte der Transsexuellen zu stärken. Als hessische Ministerin ist sie für die Freigabe von weichen Drogen eingetreten. Als Verfassungsrichterin hat sie – vergeblich – für das vollständige Verbot des Lauschangriffs geworben. Hohmann-Dennhardt ist verheiratet und Mutter von zwei Kindern.

Die Berufung von Hohmann-Dennhardt ist für die Daimler AG nicht ohne Risiko. Sie gilt als exzellente Paragraphenkennerin und sie hat Durchsetzungsvermögen. Es bleibt abzuwarten, wie sich das auf das Klima und die Entscheidungsfindung innerhalb des Vorstandes auswirken wird. *W. v. Gottberg*

Armut ist es nicht

Von Rebecca Bellano

Und wieder schwappen sie zu Tausenden von Afrika an Europas Küsten. Doch Stück für Stück wird klar, dass es keineswegs Armutsflüchtlinge sind, die vor Hunger und Elend fliehen, sondern dass es sich immer öfter um Menschen handelt, die sich mehr vom Leben erhoffen.

Als vor Jahren die ersten Boote mit Afrikanern in Europa landeten, wurde betont, dass man für Wachstum in Afrika sorgen müsse, um die Ströme an illegalen Zuwanderern zu stoppen. Bizarrerweise zeigt sich nun, dass Wohlstand eher zu mehr Immigration führt. Dies ist der Studie „Vor den Toren Europas? Das Potenzial der Migration aus Afrika" vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu entnehmen. Hiernach würde, wer arm ist und vor Unruhen flieht, bestenfalls bis in die Nachbarländer flüchten. Erst mit steigendem Wirtschaftswachstum würden die Ressourcen als Grundvoraussetzung für Mobilität geschaffen, denn Menschenschmuggler wollen um die 10 000 Euro. Die können selbst große afrikanische, im Armutsslum lebende Familienverbände nicht für ihre von der Familie auserkorenen Europagänger zusammenkratzen.

Die Schlussfolgerung Bootsflüchtling gleich arm stimmt also nicht mehr. Nun müssen auf diese Erkenntnis neue Lösungsansätze für dieses Problem gefunden werden.

Mehr Demokratie?

Von Hinrich E. Bues

Die Idee klingt gut: „Mehr Demokratie wagen." Wer will das nicht? 1969 elektrisierte Willy Brandt mit diesem Motto ein ganzes Land. Derzeit hoffen arabische und nordafrikanische Völker auf demokratische Zeiten. Doch der Teufel sitzt bekanntlich im Detail, was sich bei der ersten von sieben Landtagswahlen in diesem Jahr in Hamburg zeigt.

Das von einer Volksinitiative durchgesetzte neue Wahlrecht führt zu einem abstrusen Bürokratismus und zu enormen Kosten. Statt des bisher bekannten Wahlzettels erhält der Bürger nun vier dicke Wahlhefte von je 20 Seiten. Hier darf der Wähler insgesamt 20 Kreuze für die Bürgerschaft und die Bezirksparlamente machen. Die Wähler werden dabei vor dem Problem stehen, sich durch einen Berg von Unterlagen durchzuwühlen. Hilflos werden viele in den Wahlkabinen vor der Papierflut verzweifeln und für Staus sorgen.

Dass der Bürger mehr Einfluss darauf nehmen soll, welche Personen auf den Parlamentsstühlen Platz nehmen, mag jedem einleuchten. Zu lange haben Parteifunktionäre in Hinterstuben bestimmt, wer die Politik macht. Positiv ist auch, dass sich auch parteiunabhängige Bürger aufstellen lassen können. Wer es nicht scheut, eine Menge privates Geld zu investieren und Klinken zu putzen, der hat in Hamburg eine Chance, gewählt zu werden – vorausgesetzt, man findet in der Papierflut überhaupt seinen Namen, um dort ein oder auch gleich fünf Kreuze zu machen.

Recht auf Rache?

Von Hans Heckel

Die Verbrechen der Nationalsozialisten werden zurecht als einmalig in der Geschichte bezeichnet. Die Vertreibung von rund 15 Millionen Deutschen, bei der mehr als zwei Millionen den Tod fanden, wiederum steht einsam an der Spitze der größten Massenvertreibungen der Menschheitsgeschichte. Warum das Gedenken an das eine das Gedenken an das andere schmälern oder, wie es vieldeutig heißt, „relativieren" sollte, das bleibt das Geheimnis von Leuten, die immerfort von „Aufrechnung" warnen, um genau diese Aufrechnung ständig selbst zu betreiben.

Staunend stehen wir nun abermals vor einer weiteren historischen Einmaligkeit: Wohl nie in der Geschichte haben sich wesentliche Teile der politischen Klasse eines Landes mit solcher Emphase, ja solcher Wut von weiten Teilen ihres eigenen Volkes losgesagt wie jüngst wieder SPD und Grüne im Bundestag von den deutschen Opfern der Vertreibung.

Deutsche von Versöhnung mit sich selbst weit entfernt

Man sollte die Denkart, die dort gepflegt wird, nur einmal auf ein anderes Feld übertragen, um zu erahnen, wie absurd bisweilen argumentiert wird: Man stelle sich vor, jemand mordet wahllos Menschen in einer Menge. Vor Gericht gestellt, führt der Täter an, dass er gesehen habe, wie sich einzelne gesuchte Schwerverbrecher in die Menge geflüchtet hätten, weshalb seine Tat als gerechte Sühne zu betrachten sei. Die unschuldigen Opfer täten zwar schon leid, aber das müsse man „im Zusammenhang" sehen. Was würden wir dem antworten? Genau das Gleiche, was allen entgegenzuhalten ist, welche die NS-Verbrechen gegen Vertreibungsverbrechen aufrechnen wollen: Die Untaten der braunen Herren und ihrer Handlanger geben nicht auch nur den Schimmer einer ethischen Rechtfertigung her für die Massenverbrechen an 15 Millionen Deutschen.

Genau dies will Wolfgang Thierse offenbar nicht verstehen: Die Charta der Heimatvertriebenen von 1950 sei eine „Anmaßung", weil die Vertriebenen wegen der NS-Verbrechen das „Recht auf Rache" ohnehin verwirkt hätten. So erscheinen die NS-Verbrechen wieder als klammheimliche Rechtfertigung für die Vertreibungsverbrechen

Und überhaupt: „Recht auf Rache"? Nicht weil sie auf ein solches „Recht" großzügig verzichten wollten, erteilten die Vertrieben Rache und Vergeltung feierlich eine Absage, sondern weil sie die barbarische Unsitte von Rache und wieder Rache und nochmals Rache für immer begraben wollten. Sie waren, nur fünf Jahre nach dem Krieg, sittlich und zivilisatorisch weiter im Denken als ein Wolfgang Thierse, der heute noch von einem „Recht auf Rache" schwafelt. Die Bundestagdebatte über einen „Tag der Vertriebenen" zeigte, dass der Weg zur Versöhnung der Deutschen mit sich selbst noch ein sehr weiter sein wird.



Die Vertreibung der Deutschen aus den deutschen Ostgebieten 1945 und danach spaltet noch heute den Bundestag: Wolfgang Thierse (SPD) im Gespräch mit Klaus Brähmig, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Bild: pa

Gastkommentar

Polnische Übergriffe in Görlitz – Politik schweigt

Von RUDI PAWELKA

Nehmen wir an, eine Truppe deutsch-nationalistisch gesonnener Jungmannen hätte im Sturm die Altstadtbrücke genommen und wäre dann prügelnd ein paar hundert Meter auf polnisches Hoheitsgebiet vorgerückt. Welcher Aufschrei wäre durch die Welt gegangen?" Diese Frage stellte Andreas Neumann-Nochten, ein 1960 geborener Theologe, der 1999 aus Norddeutschland nach Görlitz gezogen ist und dort als Chorleiter, Publizist und Karikaturist tätig ist. Die Antwort gibt er selbst. „Wir dürfen annehmen, dass ein höchster Regierungsvertreter Polens noch in der Nacht in Görlitz den Schauplatz des Massakers in Augenschein genommen hätte, dass Bundeskanzlerin und Außenminister aus entgegengesetzter Richtung ebenfalls dem Ort des Grauens entgegengeeilt wären und dass nicht nur die polnische Presse das deutsche Unwesen auf allen Titelseiten genüsslich in Wort und Bild angeprangert hätte." In einem ganzseitigen Beitrag in der „Sächsischen Zeitung" setzte sich Neumann-Nochten mit Prügelattacken in der Silvesternacht durch eine Horde polnischer Schläger auf der deutschen Seite der Neiße auseinander und beleuchtete dabei auch, wie die Grenzziehung 1945 und ihre gedankliche Vorbereitung bis heute nachwirken.

Übergriffe von jungen Polen auf Görlitzer häufen sich

Was war in der letzten Silvesternacht geschehen? Nach einem Bericht der „Sächsischen Zeitung" versammelten sich – wie in den Vorjahren – Hunderte an der Görlitzer Altstadtbrücke, um das neue Jahr zu begrüßen. Kurz nach Mitternacht begannen polnische Jugendliche, deutsche Anwesende zu schubsen oder ihnen Raketen aus Rucksäcken zu stehlen. Schnell eskalierte das Geschehen. Eine Gruppe von etwa 30 Polen begann zu schlagen, zu treten und zu prügeln. Augenzeugen sprechen auch von Messerattacken und dem Gebrauch von Schlagringen. Die Polen trieben die Deutschen einige hundert Meter vor sich her über die Neißstraße bis zum Untermarkt. Mindestens zehn Deutsche wurden verletzt und mussten im Krankenhaus behandelt werden. Insbesondere Handys wurden den Opfern geraubt oder an Hauswänden zerschlagen.

Man muss wohl von einer schweren Polizeipanne sprechen. Obwohl auch schon 2008 und 2009 laut Zeitungsbericht Polen geprügelt hatten, war keine Polizei vor Ort. Diese sei erst zirka 40 Minuten nach Beginn der Vorfälle erschienen. Täter konnte sie nicht mehr feststellen, da diese bei ihrem Auftauchen über die Bracke auf polnisches Gebiet flüchteten. Es besteht nach Darstellung der „Sächsischen Zeitung" kein Zweifel daran, dass die polnischen Schläger die Silvesterfeier sehr gezielt genutzt haben, um gegen Görlitzer und ihre Gäste vorzugehen. In dem Blatt wird außerdem daran erinnert, dass sich Übergriffe von Polen in Görlitz häufen, so bei Altstadtfesten oder im Sommer nach 22 Uhr im Stadtpark. Ein Mord an einem Rentner in seiner Wohnung in der Innenstadt Anfang Januar, tatverdächtig sind drei Polen, ließ die Angst inzwischen weiter ansteigen.

Dabei kriselte es seit Öffnung der Grenze schon lange. Die Zeitung verwies darauf, dass allein im ersten Halbjahr 2010 fast 100 Autos gestohlen wurden und unzählige andere Diebstähle und Einbrüche zu beklagen sind. Attacken auf Deutsche gab es auch auf polnischem Gebiet. Im Bewusstsein ist noch, wie Görlitzer Kinder aus einem Freibad auf der polnischen Seite geprügelt und deutsche Gäste bei einer Party im „Dom Kultury" attackiert wurden.

Was ist zu tun? Darüber wurde den ganzen Januar über öffentlich diskutiert. Bürgermeister Michael Wieler, Leiter der deutsch-polnischen Koordinierungskommission, gesteht zu, dass bei den Görlitzer Bürgern ein Angstszenario entstanden ist. Die Wirkung des von ihm geleiteten Rates sei bisher begrenzt gewesen. Nach seiner Meinung sei der politische Wille erforderlich, um zu klären, welche Gewaltpotenziale es auf beiden Seiten gibt. Das sei aber ein Politikum, weil damit eingestanden würde, dass es ein grenzüberschreitendes Problem gibt.

Der Görlitzer Stadtrat Detlef Rauh bezweifelt in einem Gastbeitrag der genannten Zeitung, dass sich nach dem letzten Vorfall etwas ändert. Man würde weiter nach dem Motto verfahren: „Was nicht sein kann, das nicht sein darf." Man finde unter den Politikern kaum noch einen, der sich traut, auch einmal unbequeme Tatsachen öffentlich anzusprechen.

Diskutiert wird auch, wie weit denn eine Versöhnung zwischen Deutschen und Polen schon vorangekommen ist. Der Theologe Neumann-Nochten sieht viel Heuchelei und Wahrnehmungsschwäche bei denen, die durch die Vorgänge überrascht sind. Bei der Bewerbung beider Städte rechts und links der Neiße als Kulturhauptstadt Europas 2010 sei vieles schöngeredet worden. Begriffe wie Schwester-, Doppel- oder Zwillingsstadt seien verwendet worden, obwohl das deutsch-polnische Miteinander gerade erst begonnen habe. Man würde auch nie erörtern, wie die andere (polnische) Seite dazu stehe. Kulturelle Zusammenarbeit und intensives menschliches Aufeinanderzugehen sei auf die Kreise einer kleinen intellektuellen Elite beschränkt. Er erinnert daran, dass die deutsch-polnische Grenze eine erzwungene Sprachgrenze ist und der 1945 erzwungene Wechsel des Lebensraumes in diesem Ausmaß und in dieser Art und Weise einmalig ist. Nirgendwo werde die Unnatürlichkeit der Grenze sichtbarer als in der größten geteilten Stadt. Die deutsche Vergangenheit anzunehmen, wie dies in anderen Teilen Schlesiens Brauch sei, funktioniere in Görlitz nicht. Dies äußere sich schon in der Ortsbezeichnung (die Görlitzer Oststadt heißt nur noch Zgorzelec).

Versöhnung: Die Deutschen verbiegen sich, die Polen glänzen durch Desinteresse

Wer meint, die jüngsten Feindseligkeiten nährten sich noch immer aus der Wunde, die 1939 hinterlassen hat, nimmt nach Neumann-Nochten nur einen kleinen Teil der historischen Entwicklung wahr. Er verweist auf die polnische Westforschung nach dem Ersten Weltkrieg mit ihrer Suche nach slawischer Kultur, die nach 1945 auch dazu diente, die neu hinzugewonnenen Gebiete zu legitimieren. Die 2004 eingeweihte Altstadtbrücke sollte als verbindendes Symbol gelten. Allerdings war schon bei der Einweihungsfeier deutlich, dass man dies nur auf deutscher Seite so sah. Hatten sich am westlichen Ufer rund 1000 Schaulustige eingefunden, waren es auf der polnischen Seite keine hundert, mehrheitlich sogar deutscher Nationalität. Das mangelnde Interesse bei den Polen dürfte symptomatisch sein für ihr Gesamtverhalten im Verständigungsprozess. Die Deutschen drängen und verbiegen sich, aus Polen kommt kaum etwas. Das Schlesische Museum zu Görlitz gibt hierzu ein Beispiel. Während hier zwei polnische Vertreter im Stiftungsrat sitzen, gibt es in polnischen Museen keinen Deutschen.

Als Fazit lässt sich festhalten: Die deutsche Politik lässt deutsche Bürger wieder einmal im Stich. Wenn es um Polen oder Tschechien und Slowaken geht, nimmt die Bundesregierung ihre Obhutspflicht für Deutsche seit Jahrzehnten nicht wahr. Kein Wunder, dass Kanzlerin Merkel die beliebteste ausländische Politikerin in Polen ist. Ganz anders handelt dagegen Polen, das wiederholt interveniert hat, wenn es um die Belange von polnischstämmigen Bürgern in Litauen, Weißrussland oder Deutschland geht.

Rudi Pawelka ist Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien.

Das Lächeln aus der Vergangenheit

Eine außerordentliche Restaurierungsaktion ermöglicht die Präsentation der Götter vom Tell Halaf in Berlin

Als die berühmten Buddha-Statuen im afghanischen Bamiyan-Tal 2001 von den Taliban zerstört wurden, ging ein Aufschrei der Empörung durch die Welt. Zehn Jahre später ziehen marodierende Horden durch Kairo und zerstören Kulturgut der Ägypter. In der syrischen Metropole Damaskus, wo das Deutsche Archäologische Institut eine Zweigstelle betreibt, ist es noch ruhig.

Ab diesem Wochenende ist im Berliner Museum für Fotografie eine Ausstellung zu sehen, bei der Leben und Werk von Max von Oppenheim (1860–1946) im Mittelpunkt stehen. Der Orientforscher und Abenteurer hat eine einzigartige Fotosammlung hinterlassen, welche die Arbeit Oppenheims in Ägypten und Syrien dokumentiert. Die Fotosammlung mit über 70 Fotoalben und Einzelbildern konnte den Zweiten Weltkrieg wie durch ein Wunder überstehen. Sie kündete bis vor kurzem allein von der Ausgrabungsarbeit des Forschers, denn die herausragenden Artefakte, die Oppenheim freigelegt hatte, waren dem Bombenterror zum Opfer gefallen. Nun aber können sie nach neunjähriger Restauration wieder einem breiten Publikum präsentiert werden.

Im Pergamonmuseum wird derzeit unter dem Titel „Die geretteten Götter aus dem Palast vom Tell Halaf“ Oppenheims Sammlung von 3000 Jahre alten Steinbildern gezeigt. Schon die Entdeckung war eine Sensation. 1899 hatte Max von Oppenheim auf dem Tell Halaf, einem unscheinbaren Hügel im obermesopotamischen Quellgebiet des Habur, des größten Nebenflusses des Euphrats, die Reste eines aramäischen Fürstensitzes aus dem frühen 1. Jahrtausend v. Chr. entdeckt. Von 1911 bis 1913 und 1929 legte Oppenheim auf eigene Kosten Paläste, Gräber und Grüfte frei. 1927 wurde der Fund, so wie damals üblich, zwischen dem syrischen Antikendienst und dem Ausgräber aufgeteilt. Nach Abschluss der Ausgrabungen kam er nach Berlin, wurde aber nicht – wie ursprünglich vorgesehen – auf der Museumsinsel ausgestellt. Stattdessen brachte der Privatgelehrte seinen Fund in einer umgebauten Maschinenhalle in Berlin-Charlottenburg unter. Das von Oppenheim zu seinem 70. Geburtstag am 15. Juli 1930 eröffnete Tell Halaf-Museum erlangte schnell nationale und internationale Beachtung. Zu den Besuchern zählten herausragende Persönlichkeiten wie König Faisal I. von Irak, der irische Schriftsteller Samuel Beckett sowie der Archäologe Max Mallowan und seine Frau, die Krimiautorin Agatha Christie. Der Name Tell Halaf wurde damals im selben Atemzug mit den berühmten deutschen Ausgrabungen von Troja und Babylon genannt. Der Kunstmäzen und Förderer Berliner Museen James Simon betonte bereits 1912: „Max Oppenheims Berichte sind interessant. Es ist ungelogen, wenn er von ‚seinem‘ Palast spricht. Aber Glück hat er gehabt. Soviel wie wir in Babylon Pech: Was hätten wir anderweit in 14 Jahren finden können.“

Das Tell-Halaf-Museum hingegen bestand nur 13 Jahre. In der Bombennacht vom 23. November 1943 wurde es fast völlig zerstört. Die Ausstellungsstücke aus Kalkstein verbrannten. Die durch das Feuer stark erhitzten Bildwerke aus Basalt zerplatzten, als Löschwasser auf sie traf. Noch während des Krieges wurden die Trümmer in die Keller des Pergamonmuseums auf der Museumsinsel gebracht – und dort vergessen. Erst knapp 60 Jahre später machten sich Experten daran, die etwa 27 000 Basaltbruchstücke zu begutachten, identifizieren und wieder zusammenzusetzen.

Schon 1944 hatte Oppenheim die damals schier unmögliche Hoffnung geäußert: „Es wäre ja großartig, wenn tatsächlich die Stücke, in welche die einzelnen Steinbilder zerborsten sind, gesammelt nach den Staatlichen Museen gebracht und später wieder einmal zusammengefügt werden können.“ Jetzt können die Artefakte wieder besichtigt werden. Neben der Dokumentation über die dramatischen Umstände ihrer Zerstörung sind auch Paletten mit Fragmenten zu sehen. Im Mittelpunkt der Ausstellung aber stehen auf goldenen Podesten Fabelwesen und Säulen in Göttergestalt sowie Reliefs mit Darstellungen aus der Mythologie. Die Skulpturen vor goldenen Wänden dokumentieren keine Oberflächendenkmalpflege, sondern Restauratorenkunst von höchster Qualität. So manche Wunde konnte nicht geheilt werden, und so fällt der Blick auch auf rohen, ausgeglühten Basalt.

Besondere Beachtung aber dürfte auch heute eine monumentale Sitzfigur finden, die Oppenheim die „thronende Göttin“ genannt hat. Als sie am 12. März 1912 der Erde „entstieg“, war er vollends begeistert: „Welche Freude, als es sich zeigte, dass das Steinbild vollkommen unversehrt war.“

Zu seinen Freunden hat der Junggeselle Oppenheim oft im Spaß über den moslemischen Brauch, vier Frauen zu haben, gesagt: „Auch ich habe vier Frauen. Die Erste ist sehr groß und sehr heiß. Sie hat oft versucht, mir das Leben zu nehmen, aber sie ist immer noch diejenige, die ich am meisten liebe. Sie ist meine geliebte Wüste. Die Zweite ist interessant, sehr gelehrt und klug. Man nennt sie Erkenntnis oder Forschung. Die Dritte ist sehr schön. Jeder liegt ihr zu Füßen. Sie ist durchaus international. Ihr Name ist Kunst. Meine vierte Ehefrau ist die große thronende Frau vom Tell Halaf mit dem Lächeln aus der Vergangenheit.“



Nur ein Haufen Trümmer: Aus diesem Wirrwarr von Steinstücken setzten Restauratoren die Götter vom Tell Halaf wieder zusammen (rechts Kopf der „thronenden Göttin“). Bilder: smb

Oppenheim hatte Glück, seine „Frauen hielten ihm – dem Abenteurer, Entdecker, Forscher und Sammler – auch nach seinem Tod die Treue“, so Nadja Cholidis, wissenschaftliche Leiterin des Tell-Halaf-Projektes und Kuratorin der Ausstellung. Dafür stünden unter anderem die erfolgreiche Wiederherstellung der Tell-Halaf-Denkmäler, die Fortsetzung der Ausgrabungen am Tell Halaf sowie die Veröffentlichung von Oppenheims Fotoalben in der Bilddatenbank Arachne.

Wie es nach der Ausstellung weitergeht, ob die Exponate in anderen europäischen Metropolen zu sehen sein werden, vielleicht sogar Syrien „einen Besuch“ abstatten, bleibt abzuwarten. Dass Oppenheims Werk auch dort geschätzt wird, betonte der syrische Kulturminister Riad Ismat in einem Interview: „Baron von Oppenheim ist in Syrien in archäologischen Kreisen wohl bekannt. Seine Ausgrabungen und Beobachtungen der Natur und der lokalen Bräuche der Beduinen haben bei vielen deutschen Wissenschaftlern das Interesse an Syrien geweckt. 2006 hat eine deutsch-syrische Mission mit neuen Grabungen im gleichen Gebiet begonnen – da sieht man, dass der Geist von Baron von Oppenheim immer noch inspirierend wirkt.“

Silke Osman

Die Ausstellung „Von Kairo zum Tell Halaf“ im Museum für Fotografie, Jebensstraße 2, Berlin, ist bis zum 15. Mai dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 22 Uhr zu sehen.

Die Ausstellung „Die geretteten Götter aus dem Palast vom Tell Halaf“ sind im Vorderasiatischen Museum (Pergamonmuseum) auf der Museumsinsel, Berlin, bis 14. August täglich von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 22 Uhr zu sehen.

Der Traum der Frau

Weibliche Aktfiguren von Waldemar Grzimek in Bremen

Eine Figur hat ganz andere Dimensionen [als eine abstrakte Struktur], weil wir auch geübt sind, solche Dinge differenziert zu empfinden. Wir sind jeden Tag von morgens bis abends auf den Menschen fixiert. Daher ist in einer Figur viel mehr Tiefe, als wenn wir nur eine schöne Form sehen“, hat der Bildhauer Waldemar Grzimek 1982 gesagt.

Der in Rastenburg geborene Grzimek (1918–1984) gehört zu den wichtigsten Bildhauern des 20. Jahrhunderts, die sich in ihrem Schaffen konsequent mit der menschlichen Figur auseinandergesetzt haben. Von seinem Werkkomplex befinden sich rund 100 Plastiken im Besitz der Gerhard-Marcks-Stiftung. 2006 wurde dieser Bestand durch die Schenkung eines umfangreichen Konvoluts an Grafiken ergänzt.

Die damit ermöglichte Zusammenschau von Grafiken und Plastiken, die derzeit im Gerhard-Marcks-Haus zu sehen ist, erlaubt einen umfassenden Blick auf das künstlerische Schaffen von Grzimek.

Unter dem Thema „weibliche Aktfigur“ spürt die Ausstellung mit Werken aus den 1940er bis 70er Jahren der Entwicklung des Künstlers nach.

Nach autodidaktischen Anfängen knüpfte Grzimek schon bald erste Kontakte zur Berliner Bildhauerschule: Richard Scheibe (1897–1964) und Gerhard Marcks (1889–1981) wurden fortan zu seinen wichtigsten Mentoren und lebenslang geschätzten Kollegen. Beide erkannten und förderten früh das Talent des jungen Bildhauers. Auf Anraten Scheibes studierte Waldemar Grzimek bei Wilhelm Gerstel (1897–1963) an der Hochschule für bildende Künste in Berlin. Dem konstruktiven Naturstudium seines Lehrers Gerstel geschuldet, zeichnen sich die frühen Werke Grzimeks durch eine statuarische Strenge aus.

Mit dem Beginn der 60er Jahre vollzieht sich ein eklatanter künstlerischer Wandel: Weniger die äußere Konstruktion einer Figur als vielmehr ihre innere Befindlichkeit fordert Grzimeks Aufmerksamkeit. Tanz und Bewegung werden zu seinen bevorzugten Themen, die gestalterischen Möglichkeiten von Körper und Raum auszuloten. In zahlreichen Zeichnungen nähert sich Waldemar Grzimek seinen plastischen Ideen. Modellstudien und Entwurfsskizzen werden vor allem im Spätwerk zunehmend wichtiger, als das eigentliche Modellieren nach dem lebenden Modell wegen der starken Verdrehungen seiner Figuren nahezu unmöglich wird. Die Weiterentwicklung der Zeichnungen im Medium der Lithografie macht jedoch auf ihre künstlerische Eigenständigkeit aufmerksam.

Bettina Berg

Bild: Gerhard-Marcks-Haus

Waldemar Grzimek: Schwebende III (Bronze, 1978)

Die Ausstellung „Der Traum der Frau“ im Gerhard-Marcks-Haus, Am Wall 208, Bremen, ist bis zum 25. April dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 3,50 / 2,50 Euro.

Rausch der Farben

Anka Kröhnke zeigt Tapisserien und Objekte

Ihre Arbeiten faszinieren immer aufs neue – die strahlende Farbigkeit, der Einfallsreichtum, aus ausgefallenen Materialien Neues zu schaffen. Anka Kröhnke als Textilkünstlerin zu bezeichnen fällt schwer, sind doch ihre Schöpfungen bei weitem nicht mehr nur aus textilem Material. Aluminiumdrähte und -gitter, Kunststoffe und Acrylglasstäbe, Getränkedosen und CDs findet der aufmerksame Betrachter. „Für solche Materialien eine ihren spezifischen Eigenschaften angemessene ‚Webverwendung‘ herauszufinden und sie zu verwandeln, ist für mich eine anregende Herausforderung“, sagt die Künstlerin.

Die heute im Ostseebad Kühlungsborn lebende Tochter der Malerin Louise Rösler und Enkelin der Maler Waldemar Rösler und Oda Rösler-Hardt gibt ihren Arbeiten Titel wie „Sparkling Water“ (Sprudelwasser) oder „Rainy Weather“ (Regenwetter). Mit „Las Vegas on my Mind“ erinnert sich die Künstlerin an einen Amerika-Aufenthalt in den 90er Jahren. Bunt und turbulent stürzen die Eindrücke auf den Betrachter ein und scheinen ihn mitziehen zu wollen in das lebendige Treiben des amerikanischen Spielerparadieses.

„Schon als Kind war ich eine chronische Sammlerin“, sagt sie, „denn in den kargen Nachkriegsjahren war alles ‚wertvoll‘, konnte wahrscheinlich irgendwann gebraucht werden. Ich erlebte, wie meine Mutter aus gefundenen Bonbon-Papieren sehr komplexe, in ihrem Formenreichtum ungemein kostbare Collagen kreierte. Später beeindruckten mich Dada, Popart und Readymades. Möglicherweise sind es all diese Einflüsse, die in mir den Wunsch entstehen ließen, mich mit heutigen Fundsachen auseinanderzusetzen und sie mit Hilfe textiler Techniken in einen anderen Zusammenhang zu bringen.“



Anka Kröhnke: Leuchtende Farben Bild: Museum

Wie sehr ihr das gelingt, davon kann man sich im Atelierhaus Rösler-Kröhnke in Bad Kühlungsborn überzeugen, wo sie noch bis Mitte März Tapisserie und Objekte zeigt. Farbe, Transparenz, aber auch das Spiel von Licht und Schatten sind die Hauptthemen ihrer Arbeiten. „Im Laufe der Zeit habe ich einige Techniken entwickelt, die es mir ermöglichen, stabile, durchbrochene Flächen zu konstruieren“, so Anka Kröhnke. „Mit ein wenig Abstand von der Wand verstärkt der schimmernde Effekt, der durch das Spiel von Licht und Schatten entsteht, die Farbigkeit. Die hinter dem Gewebe liegende Wand wird nicht zugedeckt, sondern bleibt in ihrer Struktur sichtbar.“

Kröhnkes Arbeiten mit Lichtsammelstäben, die, von UV-Licht angestrahlt, eine besonders intensive Farbigkeit entwickeln, faszinieren ebenso wie ihre Tapisserien. Immer ist es ein Rausch aus Farben, atemberaubend manchmal, fesselnd auf jeden Fall. *os*

Die Ausstellung im Atelierhaus Rösler-Kröhnke, Schlossstraße 4, Ostseebad Kühlungsborn, ist bis Mitte März freitags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung (038293/15339) geöffnet.

Das Kalenderblatt

Am 19. Februar 1945 griff eine Kampfgruppe der 1. (ostpreußischen) Infanterie-Division unter Führung von Hauptmann Herbert Singer aus der Festung Königsberg die stark verschanzte russische Schlüsselstellung Metgethen an. Die Kampfgruppe warf den Feind unter schweren eigenen Opfern aus der Stellung und stieß bis an den Landgraben vor. Dadurch wurde der sowjetische Einschließungsring um Königsberg aufgebrochen und die Verbindung nach Pillau wieder hergestellt. Zehntausende ostpreußische Flüchtlinge, die in der Stadt eingeschlossen waren, konnten nun über Pillau die Ostsee erreichen und mit Schiffen in den Westen transportiert werden.

Herbert Singer wurde am 9. August 1919 in Usballen, Kreis Stallupönen als Sohn eines Lehrers auf dem Hof seines Großvaters geboren. Nach dem Abitur trat er in die Wehrmacht ein. In der 1. Infanterie-Division hat er den gesamten Krieg gekämpft und überlebt. Hauptmann Singer wurde für die Einnahme von Metgethen mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet.

Singer gehörte zu jenen Männern, die entscheidenden Anteil am wirtschaftlichen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland hatten. Hierfür ist ihm das Verdienstkreuz erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden. Am 21. März 1998 war sein irdischer Lebensweg beendet. *v. G.*

Die italienische »Gorch Fock«

Was für die deutschen Seestreitkräfte die „Gorch Fock“, ist für die italienischen die „Amerigo Vespucci“. Vor 80 Jahren, am 22. Februar 1931, lief das auf der seinerzeit königlichen Marinewerft Castellammare di Stabia in der Bucht von Neapel gebaute Vollschiff vom Stapel. Die fünf Jahre früher gebaute „Cristoforo Colombo“ ging 1945 als Reparationsleistung an die UdSSR. *M. R.*

Seidel soll vor Strauß gewarnt haben

Vor 60 Jahren erfolgte der dritte Wechsel an der Spitze der Christlich Sozialen Union in Bayern

Vor einem halben Jahrhundert erfolgte an der Spitze der Christlich Sozialen Union in Bayern ein Stabwechsel. Der Unterfranke Hanns Seidel legte nach dem bayerischen Ministerpräsidentenamt am 16. Februar 1961 auch das Amt des CSU-Vorsitzenden nieder. Am 18. März 1961 folgte ihm als neuer Parteivorsitzender der Oberbayer Franz Josef Strauß.

Hinter Hanns Seidels Rücktritt als Ministerpräsident und Parteivorsitzender stand keine politische Intrige, auch nicht des zu solchen Streichen durchaus fähigen Bundeskanzlers Konrad Adenauer, mit dessen CDU die CSU damals in Bonn an der Regierung war. Nein, Hanns Seidel litt schwer an den Folgen eines Autounfalles. Am 6. Juli 1958 war sein Dienstwagen auf einer Baustelle der Autobahn München–Nürnberg mit einem entgegenkommenden Lastkraftwagen zusammengestoßen. Seitdem litt Seidel an der Wirbelsäule, was ihn immer wieder aufs Krankenbett zwang. Am 5. August 1961 starb er.

Hätte ihn das Schicksal nicht auf diese Weise ereilt, er hätte seine beiden Spitzenämter noch länger behalten können. Denn sowohl seine politische Kompetenz als auch seine persönlichen Eigenschaften wurden in der Partei rundum anerkannt. Er trat stets ruhig, ohne Haschen nach publikumswirksamer Theatralik und vermittelnd auf. Von 1947 bis 1954 war er bayerischer Wirtschaftsminister gewesen, ein guter Organisator, der zuverlässig zu den Prinzipien der „Sozialen Marktwirtschaft“ stand, die das Credo des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard (CDU) waren.

Die Landtagswahl von 1954 hatte der CSU eine herbe Niederlage und die Opposition eingebracht. Das hatte zum Rücktritt des Vorsitzenden Hans Ehard geführt und zur Wahl Hanns Seidels am 22. Januar 1955 zu dessen Nachfolger. Seidels Konkurrent war Franz Josef Strauß gewesen. Der verkörperte die bundespolitische Seite der CSU, saß seit 1949 im Bundestag und war 1953 zum Bundesminister für besondere Aufgaben ernannt worden. Aber in Bayern hatte man damals den ausgewiesenen Landespolitiker vorgezogen. Denn nach der Schlappe von 1954 bestand die Notwendigkeit, die Partei aus dem bisherigen Honoratioren-Wahlverein heraus straffer zu organisieren, mit einer durchorganisiert arbeitenden Landesleitung und flächendeckender Präsenz durch Funktionäre.

Adenauer schätzte Hanns Seidel sehr. Als der Kanzler 1959 mit der Idee umging, den ungeliebten Ludwig Erhard, damit der keine Chancen mehr als Nachfolger des „Alten“ hatte, auf das Amt des Bundespräsidenten abzuschieben, bot er dem Bayern das Wirtschaftsressort an. Eine Reaktion Hanns Seidels darauf ist nicht überliefert. Dem Bundespolitiker Strauß hingegen begegnete Adenauer mit Misstrauen, und erst nach langem Zögern machte er ihn 1956 zum Verteidigungsminister.

In diesem Amt sammelte Strauß Lorbeeren (bis zur „Spiegel“-Affäre vom Herbst 1962), so dass ihm nach dem Rücktritt Seidels der Parteivorsitz der CSU kaum streitig gemacht werden konnte. Einen Konkurrenten hatte Strauß in einem anderen CSU-Bundespolitiker, dem Finanzminister Fritz Schäffer, der sich dann mit Adenauer anlegte und in das Justizministerium abgeschoben wurde. Aber Schäffer verdarb sich selbst seine Chancen, da er hinter dem Rücken Seidels auf die Übernahme des Vorsitzes hingearbeitet hatte und sich, von dem Kranken zur Rede gestellt, damit herauszureden versuchte, dass er ihn nur seiner Krankheit wegen nicht kontaktiert habe.

Gegen Strauß kam auch Rudolf Eberhard als Kandidat in Frage, Finanzminister im Kabinett Seidel, ferner der Fraktionsvorsitzende im Landtag, Franz Heubl. Beide zogen sich aber sehr schnell aus dem Rennen zurück. So wurde am 18. März 1961 auf einer außerordentlichen Landesversammlung der Partei Strauß mit 546 von 572 Stimmen klar gewählt.



Ein CSU-Vorsitzender und zwei, die seine Nachfolge antreten wollten: Hanns Seidel (vorne) sowie die beiden Gesprächspartner Fritz Schäffer (mitte) und Franz Josef Strauß (rechts) Bild: Ullstein

In seinen Memoiren schreibt Strauß: „Es gab für mich keinen Gegensatz zu Seidel und – ich glaube, ich darf das sagen – von ihm aus keinen Gegensatz zu mir.“ Jedenfalls waren die beiden Persönlichkeiten grundverschieden, und es geht das Gerücht, Seidel habe vor Strauß als seinem Nachfolger gewarnt. Der Erfolg der CSU in Bayern aber sprach klar für die Dynamik von Strauß. Denn mochten seine vielen Skandale, seine speziell bayrisch-barocke und bewusst polarisierende Rhetorik ihm den Weg ins Bundeskanzleramt versperren – erst unter seinem Vorsitz gewöhnte sich die Partei daran, bei jeder Landtagswahl mehr als 50 Prozent der Stimmen einzufahren, und erst unter seinem Vorsitz wurde Bayern vom Agrarland mit klerikalen Bindungen zum High-Tech-Standort.

Strauß schreibt auch: „Es ist meine große Sorge, dass nach mir der Abstieg der CSU unter die 50-Prozent-Grenze kommen könnte.“ Strauß starb am 3. Oktober 1988. Es sollte immerhin bis zu den Landtagswahlen vom 28. September 2008 dauern, bis die CSU nur noch 43,4 Prozent der Stimmen bekam und sich, zum ersten Mal seit der Landtagswahl 1962, einen Koalitionspartner suchen musste.

Bernd Rill

Rebellion am anderen Ende der Welt

Vor 100 Jahren endete auf der Karolineninsel Ponape der Aufstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft in der Südsee

Noch bis vor gut 100 Jahren kannte kaum ein Deutscher die Insel Ponape, die seit 1990 Pohnpei heißt. Erst als sich der Stamm der Sokehs vor 100 Jahren gegen die deutsche Kolonialverwaltung erhob, rückte die Karolineninsel in das Blickfeld der deutschen Öffentlichkeit. Am 22. Februar 1911 endete der Aufstand. Damit war zugleich die größte deutsche Militäraktion in der Südsee beendet.

Um ein zusammenhängendes deutsches Kolonialgebiet im Pazifik zu schaffen, kaufte die deutsche Regierung Spanien Anfang 1899 die Marianen und die Karolinen einschließlich Ponape für 17 Millionen Mark ab. Dank der umsichtigen Politik des Bezirkshauptmanns Albert Hahl verhielten sich die sonst eher widerspenstigen Ponapesen friedlich und kooperativ. Die deutsche Verwaltung vermied es, in die Belange der einheimischen Bevölkerung einzugreifen, so dass sie zunächst kaum Auswirkungen auf deren Alltagsleben hatte.

Dies änderte sich im Jahre 1907, als das Reichskolonialamt anordnete, dass die deutschen Auslandsbesitzungen zukünftig ihren Etat weitgehend selbst erwirtschaften sollten, um von Reichszuschüssen unabhängig zu werden. Das feudalistische Lehnssystem auf Ponape galt als Grund für die geringe Produktivität der Insel. Deshalb wurde eine Bodenreform angeordnet, die allerdings nur schleppend vorankam. Außerdem übten die Ponapesen gegen ihre Beschäftigung im Wegebau, mit dem die unwirtliche Insel erschlossen werden sollte, passiven Widerstand.

Unbewaffnete wurden niedergemetzelt

Am 17. Oktober 1910 kam es auf dem kleinen, nur durch einen Meeresarm von der Hauptinsel getrennten Eiland Dschokadsch zu einem folgenschweren Zwischenfall. Nachdem der seit Ende 1909 amtierende Bezirkshauptmann Gustav Boeder einem jungen Sokeh, der sich bei Straßenarbeiten den Anweisungen des deutschen Aufsehers widersetzt hatte, zehn Stockhiebe hatte verabreichen lassen, legten die Sokehs die Arbeit nieder. Als Boeder von den Ereignissen hörte, ließ er sich nichts Böses ahnend und deshalb unbewaffnet nach Dschokadsch rudern. Er und seine Begleiter wurden niedergemetzelt, ihre Leichen geschändet und ins Meer geworfen.

Als ranghöchster Vertreter des Reiches übernahm der Regierungsarzt Max Girschner das Kommando und ließ Ponapes damalige Hauptstadt Kolonia zur Verteidigung herrichten. Es gelang ihm, durch geschickte Verhandlungen die vier anderen ponapesischen Stämme auf seine Seite zu bringen. Die Sokehs allerdings zogen sich auf die schwer zugänglichen Felskuppen in den Bergen zurück und verschanzten sich. Das Reichskolonialamt in Berlin erfuhr erst Ende November von den Vorgängen in der Südseekolonie, nachdem ein Postdampfer die Insel angelaufen hatte. Bis Anfang Januar 1911 trafen fünf Kriegsschiffe zur Durchführung einer Strafexpedition ein.



Die Insel Pohnpei: Das ehemalige Ponape gehört mit seiner neuen Hauptstadt Palokir zum Karolinenarchipel im Westpazifik.

Der deutsche Angriff begann am 13. Januar mit einem konzentrierten Feuer aus den Schiffsgeschützen. Anschließend konnten die Landungstruppen ohne eigene Verluste einige der Aufständischen gefangen nehmen, aber dem Gros gelang es, sich auf die Hauptinsel abzusetzen. In den darauffolgenden Wochen verfolgten die Deutschen ihre Gegner, die immer wieder überraschend aus dem Hinterhalt angriffen, über die ganze Insel. Durch die ständige Hatz und den Hunger zermürbt, legten immer mehr Rebellen die Waffen nieder und am 22. Februar ergaben sich die letzten Sokehs.

Gericht würdigte entlastende Momente

Obwohl die Gefechte auf beiden Seiten nur geringe Verluste gefordert hatten, wurde in der deutschen Öffentlichkeit der Ruf nach Vergeltung laut. 36 Sokehs, die an der Tötung Boeders und seiner Begleiter beteiligt gewesen waren, wurden in Kolonia vor Gericht gestellt. Während der Verhandlung wurden auch entlastende Momente gewürdigt und den Angeklagten zugestanden, nicht aus niederen Motiven getötet zu haben. Dennoch sprach das Gericht 17 Todesurteile, wovon allerdings nur 15 durch Erschießen vollstreckt wurden. Zwölf Sokehs wurden zu einer Freiheitsstrafe und Zwangsarbeit verurteilt, sieben freigesprochen. Um weiteren Aufsässigkeiten vorzubeugen, wurden die rund 450 Sokehs auf die 2000 Kilometer entfernten Palau-Inseln umgesiedelt.

Die Verbannung währte allerdings nur kurz, denn im Oktober 1914 besetzten japanische Truppen die deutschen Besitzungen in der Südsee. Die Sokehs, von denen 50 im Exil an Nahrungsmangel und Krankheiten gestorben waren, konnten in ihre Heimat Ponape zurückkehren.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Insel des Öfteren vom US-Militär wegen seiner japanischen Stellungen bombardiert oder beschossen. Nach Kriegsende wurde Ponape Teil des Treuhandgebietes Pazifische Inseln der USA. 1986 erlangte die Insel nach 100 Jahren Fremdherrschaft als Hauptinsel der Föderierten Staaten von Mikronesien die Unabhängigkeit.

Jan Heitmann

Zusammenhalt nach doppelter Vertreibung

Vor 100 Jahren gründeten die 1731/32 aus Salzburg nach Ostpreußen ausgewanderten Protestanten den Salzburger Verein

Der „Salzburger Verein e.V." will sein 100-jähriges Bestehen Ende Mai im Rahmen eines Stadtfestes seines Gründungsortes Gumbinnen und im September in Bielefeld, dem Sitz des Vereins seit der Wiedergründung 1954, denkwürdig und feierlich zugleich begehen. Die Vorgeschichte des Vereins reicht bis in das 18. Jahrhundert zurück.

Im Jahre 1740 wurde in Gumbinnen als dem zentralen Ort der Ansiedlung der evangelischen Salzburger in Preußisch-Litauen das „Salzburger Hospital" zur Betreuung von Alten, Siechen und Waisen errichtet. Daraus entstand alsbald als eigenständige, karitative Einrichtung die noch heute bestehende und mittlerweile in Gumbinnen wieder tätige Stiftung „Salzburger Anstalt Gumbinnen".

Die 1752 erstmals gebaute und bald erweiterte „Salzburger Kirche" war dazu bestimmt, dem evangelischen Glauben und freien christlichen Bekenntnis in der neuen Heimat Ostpreußen ein Gotteshaus zu geben. Dieses erste „Kirchlein" wurde 1838 wegen Baufälligkeit abgetragen und 1840 durch einen Neubau nach einem Entwurf Karl Friedrich Schinkels ersetzt.

In der Generation der Salzburger vor dem Ersten Weltkrieg wurde offensichtlich, dass das Gefühl der Zusammengehörigkeit deutlich rückläufig war. Daraufhin trat ein Komitee von Persönlichkeiten Salzburgischer Nachkommen zusammen. Man lud folgerichtig alle preußischen Salzburger zum 22. Februar 1911 zur allerersten Gründung eines ostpreußischen „Salzburgervereins" nach Gumbinnen ein.

Der Verein zählte in Ostpreußen bis zu 1800 Mitglieder in elf Kreisgruppen und außerhalb Ostpreußens auch Gruppen in Berlin und Dresden. Er erfreute sich eines regen Vereinslebens mit Salzburger Nachkommen in der achten bis zehnten Generation, wenn auch bereits die 1914 unternommene erste Fahrt einer Delegation des Vereins nach Salzburg in die Wirren des beginnenden Weltkrieges geriet und abgebrochen werden musste.

Zur Unterstützung der Anliegen der Familienforschung war der Verein ab 1925 personell verknüpft mit dem „Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen". Auch ab 1925 wurden erholungsbedürftige Kinder aus dem Land Salzburg von den Vereinsmitgliedern nach Ostpreußen eingeladen.

Ein herausragendes Ereignis im Verein war die 200-Jahrfeier der Einwanderung nach Ostpreußen, die im Juni 1932 in Gumbinnen mit Umzügen, Festspielen, einem Festgottesdienst und vielen Ansprachen sehr festlich und mit vielen Ehrengästen gefeiert wurde. In der Folge konnte noch im Jubiläumsjahr die Renovierung der Anstaltsgebäude und der Salzburger Kirche – Glasfenster über dem Kanzelaltar und Heizung – stattfinden.

Dank starker Persönlichkeiten im Vorstand wurde die Arbeit des Vereins durch das NS-Regime nicht wesentlich beeinträchtigt. Allerdings wurde die genealogische Auskunftsstelle erweitert und das Vereinsblatt erschien nur noch unregelmäßig, bis „Der Salzburger" im April 1939 mit der Nr. 73 ganz eingestellt wurde. Bei einem Luftangriff im August 1944 wurde die wichtige Auskunftsstelle des Vereins total zerstört, unersetzbares Material für die Familienforschung ging verloren. Schließlich nahm der Zweite Weltkrieg den ehemaligen Salzburgern in Ostpreußen ein zweites Mal ihre Heimat.

Nachdem die Salzburger Landesregierung beschlossen hatte, eine entsprechende Patenschaft zu übernehmen, wurde in der Nachkriegszeit die Wiederbegründung des Vereins in die Wege geleitet. Sie wurde in einem Festakt am 15. Mai 1954 verkündet. Am folgenden Tag wurde der „Salzburger Verein e.V." in Bielefeld neu gegründet. Ab Ostern 1963 lebte das Mitteilungsblatt „Der Salzburger" wieder auf und erscheint seitdem vierteljährlich. Im darauffolgenden Jahr begann die Gründung von Landesgruppen. Es finden regelmäßige Jahrestreffen statt und alle zwei Jahre trifft man sich im Salzburger Land. Die kleine Wiedervereinigung von 1990 hat dann auch die Einbeziehung der Salzburger Emigranten von 1731/32 in Mitteldeutschland ermöglicht.



Salzburger Kirche und Diakoniezentrum „Haus Salzburg" in Gumbinnen: Mit der Wiedererrichtung der 1840 gebauten Kirche im Jahre 1995 und dem Bau des „Hauses Salzburg" 1998 sind dem Salzburger Verein beispielgebende Aufbauwerke im Königsberger Gebiet gelungen.

Bild: Salzburger Verein

Von Anbeginn der Neugründung bestand der Wunsch, auch die Tradition der alten „Salzburger Anstalt Gumbinnen" in der neuen Patenstadt Bielefeld fortzuführen. Durch unermüdliches Bemühen verdienstvoller Mitglieder des Salzburger Vereins konnte im Jahre 1976 das „Wohnstift Salzburg" in Bielefeld feierlich eröffnet werden. Damals entstanden ein Altenkrankenhaus und ein Altenheim – inzwischen ausgiebig modernisiert und komfortabel erweitert.

In Gumbinnen wurde auf Initiative der Stiftung „Wohnstift Salzburg e.V.", der Förderprojekte im Salzburger Verein und der Landesregierung Salzburg die Stiftung „Salzburger Anstalt Gumbinnen" erneut ins Leben gerufen. Mit dem Wiederaufbau der weitgehend zerstörten Salzburger Kirche, die 1995 am Reformationstag eingeweiht werden konnte, und dem Aufbau des Diakoniezentrums „Haus Salzburg" sind beispielgebende Aufbauwerke im Königsberger Gebiet gelungen.

Der „Salzburger Verein e.V." präsentiert sich heute in mehreren Museen, so im Schloss Goldegg, im Deutschordensschloss Ellingen, im Preußenmuseum Minden und im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Gute und freundschaftliche Kontakte hält der Verein mit dem Land Salzburg sowie den Schwestervereinen im US-Bundesstaat Georgia und den Niederlanden, der „Georgia Salzburger Society" und der Stiftung „Salzburger Emigranten Nederland".

Neben der genealogischen Auskunftsstelle nimmt die sogenante Marschrouten-Forschung, sprich die Erforschung der Route, welche die Vorfahren der Vereinsmitglieder einst von Salzburg nach Ostpreußen genommen haben, heute einen bedeutenden wissenschaftlichen Stellenwert ein. Eine nachhaltige, enge Zusammenarbeit mit den Landesarchiven und wissenschaftlichen Bibliotheken sowie den Franckeschen Stiftungen zu Halle bereichern die Arbeit im Verein.

Die wieder gewonnenen Freiheiten im gegenwärtigen Europa ermöglichen nun allen eine „Spurensuche", mit Überwindung der „Stolpersteine" in der gemeinsam erlebten Geschichte und mit Freude an einer friedlich vereinten europäischen Zukunft.

Eckhard Schlemminger

Der Festakt der Gründung vor 100 Jahren

„Der Salzburger – Mitteilungen des Salzburger Vereins Gumbinnen" dokumentiert im Heft Nr. 1 vom 18. März 1911 das Gründungsfest in allen Einzelheiten: Festschmuck der Regierungshauptstadt Gumbinnen – etwa 500 Teilnehmer und Gäste – Eröffnungsgedicht-Vortrag – Festgottesdienst in der Salzburger Kirche mit Predigt von Superintendent Ernst Trincker aus Lötzen über den symbolträchtigen Bibeltext „Habt Salz bei Euch, und habt Frieden untereinander".

Unmittelbar nach dem Gottesdienst traten die Wahlmänner zusammen und wählten den neuen Vorstand der Salzburger Anstalt. Im Anschluss an den Wahlakt erfolgte sogleich die Gründung des geplanten „Salzburgervereins" mit Annahme einer Satzung und Wahl des Vorstandes: Zum Ersten Vorsitzenden wurde Carl Schweiger, Stadtrat aus Insterburg, gewählt.

Danach ging es zum Denkmal König Friedrich Wilhelms I. Nach den Festansprachen wurde ein Lorbeerkranz niedergelegt mit der Widmung „Ihrem väterlich fürsorgenden König – die dankbaren Salzburger".

Ein Festmahl gab es auch. Es bestand aus „Knödel mit Sauerkohl". Dazu gab es zahlreiche Festreden und das obligate „Kaiserhoch" auf Wilhelm II., dem ein „Huldigungs-Telegramm" nach Berlin geschickt wurde.

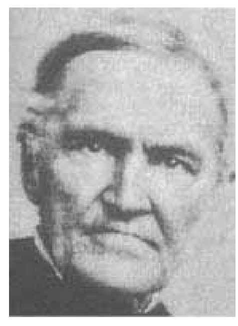
„Evangelischer Glaubensmut, überzeugungsvolle Treue und herzliche Eintracht in allen Salzburger Herzen" – das waren die zum Gründungsfest feierlich ausgesprochenen Tugenden für die Zukunft eines „alle Salzburger in einem Bund zusammenschließenden Vereins". *E. S.*

Seiner Zeit voraus

Friedrich Strehlke war einer der Vorväter des Realgymnasiums

Heutzutage gelten die Geisteswissenschaften als brotlos, die alten Sprachen als tot. MINT ist angesagt. Gemeint ist in diesem Falle nicht die englische Übersetzung von Minze, sondern die neudeutsche Abkürzung für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Absolventen dieser Fachrichtungen verdienen vergleichsweise gut und genießen ein hohes Sozialprestige. Sind es doch vor allem ihre Entwicklungen, Erfindungen und Ingenieurleistungen, auf denen Deutschlands Exporterfolg beruht. Und der ist für die Bundesbürger nicht nur Quelle des Wohlstandes, sondern auch des rudimentären Nationalstolzes. Gerade auch wegen dieser großen Bedeutung des Exportes gilt es als ideal, wenn der MINT-Absolvent zusätzlich dann auch noch Kenntnisse in modernen Fremdsprachen besitzt.

Das war nicht immer so; die Reihenfolge war vor gar nicht allzu langer Zeit noch umgekehrt. Erst allmählich gelang den mathematisch-naturwissenschaftlich-neusprachlichen Disziplinen die Gleichstellung mit den klassischen Schwerpunktfächern des humanistischen Gymnasiums. Wichtige Fortschritte gelangen hier in der Kaiserzeit.



Friedrich Strehlke Bild: Archiv

Vorreiter und Pioniere gab es aber auch schon vor der Reichsgründung, wie das Beispiel des Naturwissenschaftlers und Pädagogen Friedrich Strehlke zeigt, dessen Todestag sich kommende Woche jährt. In 33 Amtsjahren trug der am 11. Dezember 1797 im westpreußischen Funkenmühle, Kreis Konitz geborenen Direktor der Danziger St. Petrischule erheblich zu den Bestrebungen bei, die Realgymnasialbildung jener der humanistischen Gymnasien gleichzustellen. Bereits in seinem ersten Amtsjahr 1838 beantragte er erfolgreich die Einführung von Englisch als dritter Fremdsprache, die physikalische Schulsammlung wurde erheblich ausgebaut. Als führende Anstalt für Mathematik und Naturwissenschaften in Ost- und Westpreußen wurde seine Schule noch unter König Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) für die Einrichtung von Preußens erster Hoher Volksschule, dem späteren Realgymnasium, vorgesehen. Preußens Einführung des Realgymnasiums als fast gleichberechtigte Alternative zum humanistischen Gymnasium im Jahre 1882 durfte Strehlke noch erleben. Er starb am 25. Februar 1886. *Manuel Ruoff*

Der Erfolgreichste

U-Bootkommandant Lothar von Arnauld de la Perière

Lothar von Arnauld de la Perière gilt mit 194 versenkten Schiffen von zusammen 453716 Bruttoregistertonnen als der erfolgreichste U-Bootkommandant der Seekriegsgeschichte. Der am 18. März 1886 in Posen geborene Spross einer Hugenottenfamilie trat bereits mit 17 in die Kaiserliche Marine ein, fand allerdings erst im Ersten Weltkrieg zur U-Bootwaffe. Nach einer Grundausbildung auf dem Segelschulschiff „Stein" absolvierte er noch vor der Ernennung zum Offizier Spezialkurse für die Torpedowaffe und die Artillerie. Es folgten Dienstjahre auf Überwassereinheiten.

Bei Beginn des Ersten Weltkrieges war der Oberleutnant Adjutant beim Chef des Admiralstabs. Statt in der Adjutantur nun ein sicheres Leben in der Etappe zu führen, meldete er sich zu den Marinefliegern. Erst im April 1915 kam der Kapitänleutnant zur U-Bootwaffe. Nach einem Kommandantenkurs erhielt er im November 1915 das Kommando auf U 35. Mit dem im österreich-ungarischen Polei (Pula) stationierten U-Boot unternahm er bis zum März 1918 14 Feindfahrten im Mittelmeer. Seine und die erfolgreichste Feindfahrt dieses Krieges überhaupt war die im Sommer 1916 unternommene sechste, als er in 26 Tagen 54 Schiffe mit über 90000 Bruttoregistertonnen versenkte. Im letzten Kriegsjahr wechselte er auf U 139, doch konnte er mit diesem U-Kreuzer-Neubau nur noch eine Feindfahrt unternehmen.



von Arnauld de la Perière Bild: Archiv

Nach dem Krieg gehörte er zu den wenigen, die in die Reichsmarine übernommen wurden. Da Deutschland U-Boote verboten waren, tat er nun wie vor dem Krieg wieder auf Überwassereinheiten Dienst und im Stabsdienst. Im Range eines Kapitäns zur See trat er 1931 in den vorzeitigen Ruhestand. Die folgenden Jahre unterrichtete er an der türkischen Marineakademie.

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde er reaktiviert. Nacheinander war er Marinebevollmächtigter in Danzig sowie Marinebefehlshaber Belgien-Niederlande, Bretagne und Westfrankreich. Auf dem Weg zur Übernahme des Kommandos als Admiral Südost verunglückte der U-Bootmann am 1. Februar 1941 mit seinem Flugzeug bei Le Bourget nahe Paris tödlich. *M. R.*

Die Geschichte des Euros ist von gebrochenen Versprechen durchzogen

Zu: „Marsch in die Planwirtschaft“ (Nr. 6)

CSU-Generalsekretar Dobrindt schrieb im Dezember: „Wir haften nicht für Schulden, die anderswo gemacht wurden.“ In den Informationen der CDU zur Einführung des Euro heißt es dazu: „Eine Übernahme der Schulden anderer Euro-Teilnehmerstaaten schließt der Maastrichter Vertrag ausdrücklich aus.“ Das Bulletin der Bundesregierung vom 29. April 1998 stellt fest: „Jedes Land haftet allein für seine Schulden. Es wird in der Währungsunion keine zusätzlichen Finanztransfers geben“ (Finanzminister Dr. Waigel).

Diese Versprechen (und der Maastrichter Vertrag) sind von den danach verantwortlichen Politikern gebrochen worden. Deutschland zahlt! An Betrüger, Fälscher (Griechenland), für die Risiken, die verantwortungslosen Bankvorstände in Irland, Frankreich und in anderen Ländern aufgehäuft haben. Und Deutschland lässt sich dafür auch noch von Bürgern und Politikern der betroffenen Länder öffentlich beschimpfen.

Inzwischen kamen neue Forderungen (zum Beispiel die Euro-Bonds). Bis jetzt haben die deutschen Politiker immer wieder nachgegeben (und dadurch gegenüber dem eigenen Volk jede Glaubwürdigkeit verloren). Deshalb rechnet man in Europa damit auch jetzt: Der deutsche Steuerzahler wird am Ende für alles zahlen! Und schließlich – wenn der Euro doch zusammenbricht, wie das viele Wissenschaftler voraussagen – auch noch seine Ersparnisse und den früheren Wohlstand durch korrupte ausländische Politiker und unfähige und/oder verantwortungslose Banker verlieren. Verantwortlich dafür sind die Politiker in Deutschland, die ihren Amtseid (Schaden vom Deutschen Volk abzuwenden) gebrochen haben!

Es gibt nur eine sinnvolle Lösung: Umschuldung für die Bankrotteure mit entsprechendem Forderungsverlust für die leichtfertigen Gläubiger und gegebenenfalls Austritt dieser Länder aus der Euro-Zone.

Ludwig Klock, Langenlonsheim

Auf Lüge geeinigt

Zu: „Vertreibung, nicht Migration“ (Nr. 5)

Zu den Überlegungen zum geplanten deutsch-polnischen Geschichtsbuch fällt mir spontan ein Ausspruch des französischen Kaisers Napoleon Bonaparte ein, der folgendes gesagt haben soll: „Geschichte ist die Lüge, auf die sich alle geeinigt haben.“

Erich Stanzick, Bad Rothenfelde



Mauertote

Zu: Leserbrief „Die NVA war nicht besser oder schlechter als andere Armeen“ (Nr. 3)

Ex-NVA-Offizier Günter Flügel vergisst bei seinem Vergleich seiner ehemaligen Armee mit der Bundeswehr einen wichtigen Tatbestand: Die Bundeswehr hat niemals auf deutsche Landsleute geschossen.

Anders die NVA, deren vierter Truppenteil die Grenztruppe der DDR war. Sie führte jahrzehntelang einen Krieg an der Grenze gegen das eigene Volk.

Hunderte von Toten gehen auf das Konto von Minen, Selbstschussanlagen und automatischen Gewehren dieser Grenzwächter.

Ingeborg Pohl, Lüneburg



Gegen den Euro: Mit Plakaten „Auf Wiedersehen D-Mark“ und „Kohl, Waigel und Konsorten wollen unsere D-Mark morden“ protestieren 1998 Bürger in Frankfurt. Bild: pa

Dank Erfindergeist nicht verhungert

Zu: „Notzeit“ (Nr. 3)

In Ihrer Ausgabe berichteten Sie, wie die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg bei vielen Deutschen einen ungeahnten Erfindergeist freisetzten. So auch bei meinem Vater, der mit seiner Kochtopfreparatur in eine große Bedarfslücke der mecklenburgischen Bauern stieß und so ein dringend benötigtes Zubrot für unsere große, soeben aus Ostpreußen vor der Roten Armee geflüchteten Familie verdiente. Das lief so ab:

Es galt also, die vielen durchgebrannten Emaillekochtöpfe zu reparieren. Das dazu benötigte Blech besorgte sich mein Vater von den in der Landschaft herumliegenden zeppelinähnlichen zirka drei Meter langen Zusatztanks, die die alliierten Terror-Bomber abgeworfen hatten, sobald das darin enthaltene Benzin verbraucht war. Mein Vater brachte das Kunststück fertig, mit einfachen Mitteln den löchrigen Boden der Töpfe abzutrennen und einen neuen Boden aus dem 1 mm Stahlblech der „Zeppeline“ mit Doppelfalz einzubördeln. Alles bewerkstelligt nur mit Hammer, Meißel und Zange, wir hatten nicht einmal eine Blechschere. Ich war damals gerade 14 Jahre alt und bin bei meinem Vater in die Lehre gegangen, mit einigem Erfolg, wie ich meine, denn bald habe ich in die löchrigen Kochtöpfe alleine die neuen Böden einbördeln können.

Wolf Scheuerbrandt, Ludwigshafen

Ost-West: Nicht spalten, sondern einen

Zu: Leserbrief „Die NVA war nicht besser oder schlechter als andere Armeen“ (Nr. 3)

Ich bin hochzufriedener Abonnent der *PAZ* und bin froh, dass der Zufall mich zu Ihrer Zeitung führte. Die Tatsache, dass Sie den oben genannten Leserbrief abgedruckt haben, bestärkt mich in dem Gefühl, das richtige Blatt zu beziehen – distanziert von der allgemeinen „political correctness“, die ich als übergreifend von „FAZ“ über „Spiegel“ bis zum „ND“ auszumachen glaube. Bei Ihnen wird eine deutliche Sprache gepflegt, die Politik aus berechtigter deutscher Sicht darbringt, ohne dabei nationalistisch zu sein oder gar in rechtsextreme Nähe zu geraten.

Der genannte Leserbrief zeigt mir, dass Ihr journalistisches Spektrum hinausgeht über das traditionelle westdeutsche und vielfach angloamerikanisch geprägte Verständnis von Zeitgeschichte. Selbstverständlich sollen verschiedene Ansichten und Empfindungen auch in Ihrer Zeitung veröffentlicht werden.

Ein Grundziel sollte aber im Auge behalten bleiben: die auch geistig gespaltenen Deutschen wieder zusammenzuführen zu einem Nationalbewusstsein, mit dem wir alle leben können. Konservative Betrachtungsweisen empfinde ich inzwischen dabei als durchaus hilfreich. Nicht hilfreich hingegen sind Beiträge, in denen 40 Jahre DDR ausschließlich als Mauer und Stacheldraht geschildert werden. Da hat sich noch mehr im Lande abgespielt. So wie Frau Lengsfeld haben durchaus nicht alle gedacht.

Ihre traditionelle Leserschaft dürfte sich um Menschen erweitert haben, die in der DDR gelebt haben und 1990 gerne in Deutschland angekommen wären, stattdessen aber in der BRD gelandet sind – mit allen positiven und negativen Konsequenzen. Kurz zu mir: Seemann bei der Deutschen Seereederei Rostock von 1960 bis 1990, Kapitän auf Großschiffen im Asien- und Amerikadienst von 1969 bis 1990. Ich bin Berliner und lebe jetzt im Brandenburgischen.

Preußische Tugenden täten unserem Lande gut. Viele gutwillige Menschen aus unterschiedlichen politischen Orientierungen empfinden das so. Ihre Zeitung könnte dabei eine bedeutende Rolle spielen. Dazu wünsche ich Ihnen weiterhin einen offenen Blick und viel Erfolg.

L.M. Spiewok, Teupitz

Gewerkschaften verraten Arbeitnehmer

Zu: „Hochtief und die Ehre retten“ (Nr. 52)

Und man kann Gewerkschaften doch nicht trauen. Das muss man zweifellos feststellen, wenn man die neuesten Entwicklungen bei der IG Bau verfolgt. Die Gewerkschaft hat einen rechtswidrigen Vertrag mit dem feindlichen Übernehmer ACS geschlossen, der für die Beschäftigten so gut wie gar nichts, für die Gewerkschaft aber Posten, Privilegien und nicht zuletzt auch Geld bringt. Was zum Teufel soll das?

Die Gewerkschaft, die eigentlich Sprachrohr der Arbeitnehmer sein soll, hat Politik gegen sie gemacht. Der Betriebsrat erhebt schwere Vorwürfe und wirft der IG Bau Verrat vor. Zu Recht! Die IG Bau hat die ehrlichen Arbeiter des Baukonzerns für Führungspositionen und Macht mit einem, zu allem Übel, rechtswidrigen Vertrag verraten.

Nun folgt jedoch die Strafe auf dem Fuß. Reihenweise Arbeiter und Betriebsräte treten aus der korrumpierten Bonzengewerkschaft aus. Währenddessen macht der Vorstand unter seinem Führer Wiesenhügel gute Miene zum bösen Spiel. Entgegen den Darstellungen des Betriebsrates habe man angeblich mittlerweile alle Missverständnisse beseitigt und es sei doch alles nicht so passiert und so weiter und so weiter.

Wieso sollte der kleine Arbeiter noch einer Gewerkschaft trauen, die statt sich hinter die Beschäftigten zu stellen zu ihrem eigenen Vorteil gemeinsame Sache mit dem feindlichen Übernehmer macht? Dieses Vorkommnis zeigt jedoch eins erneut ganz deutlich. Egal ob Verdi seine Machtzentrale in der Hauptstadt von bulgarischen Subunternehmern statt von deutschen Kollegen bauen lässt, Herr Bsirske Stinkefinger zeigt und Journalisten beschimpft oder sich die Gewerkschaftsvorsitzenden wie Spitzenmanager gebaren und eben solche Gehälter einstreichen, das sind keine echten, authentischen Arbeiterführer mehr.

Die deutschen Gewerkschaften müssen sich neu konstituieren und es muss endlich eine echte überparteiliche Einheitsgewerkschaft geschaffen werden. In Österreich klappt es, warum nicht in Deutschland?

Christian Bürger, Stadtilm

Von Polen bekämpft

Zu: Leserbrief „Copernicus war Deutscher“ (Nr. 52)

Zum Leserbrief: Nikolaus Koppernigk, latinisiert „Copernicus“, entstammt der fränkischen Familie Köppernigk, die im gleichnamigen Dorf bei Neiße ansässig wurde. Seine Mutter Barbara war die Schwester Lucas Watzelrodes, Bischof des Ordens auf der Marienburg. Copernicus war dort Sekretär des Bischofs und Marienritter, also Mitglied des Deutschen Ordens, den Polen bekämpfte. Copernicus sprach nur Deutsch und Lateinisch.

Karin Teltschik, Wilhelmsfeld

Verzicht auf rückhaltlose Aufklärung gefordert

Zu: „Uns bleibt nicht mehr viel Zeit“ (Nr. 3)

Die Haltung des Interviewten ist typisch für seine Partei und fast alle, welche den Vertriebenen Verständnis signalisieren. Schließlich ist 2011 ein wichtiges Wahljahr. Was geboten wird, ist eher dürftig. Es sind Versprechungen. Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ soll eröffnet werden, aber frühestens 2014 und der 5. August soll Gedenktag werden. Im Gegenzug sollen die Vertriebenen „Frieden schließen“ (waren sie bisher etwa aggressiv?), wohl, damit die Politik das furchtbare Jahrhundertereignis Vertreibung abhaken kann. Übrigens ist die Vertreibung mitnichten nur „Teil der deutschen Geschichte“ – noch nicht einmal ein bedeutender, Herr Brähmig? –, sondern auch der europäischen und der Weltgeschichte. Sie ist Ausfluss des totalen Krieges aller Seiten und sie ist eine moralisch-völkerrechtliche Katastrophe der Siegermächte und Vertreiberstaaten.

Nun sollen die Vertriebenen unter Verzicht auf rückhaltlose Aufklärung – Stichwort: Massengrab an der Marienburg – etwas höchst Anspruchsvolles leisten: Sie sollen auf die Nachfahren der Vertreiber zugehen und sich versöhnen, was sie auch begonnen haben. Das ist gut, aber es ist naiv, wenn es zu wenig politische Rückendeckung gibt (siehe Kaltstellung von Erika Steinbach) und wenn die polnische oder tschechische Seite nicht ebenso motiviert ist. Hierzulande sind die öffentlich-rechtlichen Sender gerade soweit gekommen, 60 Jahre später die Vertreibung als Tragödie der Betroffenen anzuerkennen. Nach wie vor weigern sie sich oder sind unfähig, sie als nationale Katastrophe aller Deutschen zu sehen, die Menschen-, Land- und Kulturverluste ungeschminkt zu benennen. Wer kennt heute noch die Mindestzahl von 2,1 Millionen Vertreibungsopfern, wer weiß um die Folterlager in ihrer ganzen Dimension? Bekannt ist der NS-Germanisierungswahn, aber vergessen gemacht der Panslawismus. Auf Wahrheiten und auf Gerechtigkeit wird gepfiffen. Deutschland schafft sich ab, denn die Geschichte rechnet genauer ab als selbst die preußische Oberrechnungskammer, wie Bismarck wusste.

Rudolf Krattzick, Hainau

Wir sind die Herren!

Zu: „Kostenspirale“ (Nr. 6)

Wenn man diese Politiker hört, kann einem das große K... kommen. Milliarden im Ausland verpulvert, aber für Deutschlands Kinder nur fünf Euro übrig und das dumme Volk lässt es sich gefallen. Wann zeigen die Deutschen endlich den Herrschaften, dass sie nur Angestellte des Volkes sind und nicht seine Herren. Aber solange das Volk so dumm ist und sich alles gefallen lässt, wird sich nichts ändern, da kann man nur noch sagen, armes Deutschland.

Horst Polakowski, Gernsheim

Volksentscheide sind nur für den Ausnahmefall geeignet

Zu: Demokratie

Bei den in diesem Jahr anstehenden sieben Landtagswahlen wird zu Recht wieder an das demokratische Verantwortungsbewusstsein der wahlberechtigten Bürger appelliert, mit eigener Stimme indirekt über Partei und Mandatsträger an den politischen Entscheidungen mitzuwirken. Diese sind es, die repräsentativ in unserer grundgesetzlich verfassten parlamentarischen Demokratie stellvertretend für den Bürger auf begrenzte Zeit legitimiert politische Verantwortung wahrnehmen. Auf der anderen Seite haben wir im Herbst des vergangenen Jahres bei den in Gewalt ausgearteten Demonstrationen um das Bahnprojekt „Stuttgart 21“, aber auch um das Atomzwischenlager Gorleben wieder einmal mehr erfahren, die Option eines Volksentscheids als alternative Problemlösung entgegen allen rechtsstaatlich getroffenen Entscheidungen zu präjudizieren.

Alle, die sich mit den besagten Demonstrationen identifizieren, berufen sich auf die Artikel 5 und 8 des Grundgesetzes, welche die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zwar regeln, nicht aber einseitig von den Demonstranten unbegrenzt unter Missachtung gesetzlicher Schranken als Garantie für einen rechtsfreien Raum verstanden werden dürfen. So sind beispielsweise Sitzblockaden, die nur den Zweck verfolgen, andere Rechtsträger in ihrer Rechtsposition zu beeinträchtigen, eben nicht durch die Verfassung gedeckt, sondern erfüllen den Straftatbestand der Nötigung. Wenn es zudem, wie in „Stuttgart 21“ oder Gorleben geschehen, letztlich um den Selbstvollzug gewünschter Maßnahmen oder um bloße Schädigung Dritter geht, dann handelt es sich um Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung oder Landfriedensbruch, bei Attacken auf Polizeibeamte sogar um Straftaten, die den Straftatbestand der Körperverletzung beziehungsweise des Widerstandes gegen die Staatsgewalt erfüllen. In allen diesen Fällen stoßen die Demonstranten auf rechtsstaatlich gezogene Grenzen.

Wenn zudem, um eine Konfrontation zwischen der Staatsmacht und dem Grundrecht des Bürgers auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit auszuschließen, ein Volksentscheid als Alternativlösung favorisiert wird, stellt sich die Frage, inwieweit die grundgesetzlich verfasste repräsentative parlamentarische Demokratie in unserer Republik noch für alle Bürger das Primat der Politik durchsetzen kann. Darüber hinaus stößt ein Volksentscheid nicht nur bei parlamentarisch getroffenen Mehrheitsentscheidungen, sondern auch bei vertraglich geregelten politischen Vereinbarungen an seine Grenzen. Nein, ein Volksentscheid allein als Alternative einer Konfliktlösung lässt sich nur im Ausnahmefall als Ultima ratio in Betracht ziehen. Um dem entgegenzuwirken, ist eine frühzeitige und kontinuierliche Einbeziehung der Öffentlichkeit in den politischen Entscheidungsprozess unabdingbar.

Mit der Beteiligung an den Landtagswahlen bietet sich für den mündigen Bürger also die Möglichkeit, zumindest indirekt an der politischen Willensbildung mitzuwirken und sein Votum einzubringen.

Peter Fünning, Lübeck

War auch dabei!

Zu: „Französische Kriege mit deutschen Soldaten“ (Nr. 3)

Ich beglückwünsche die *PAZ* für den sehr gut verfassten Bericht über die Fremdenlegion. Ich war selbst von 1985 bis 2002 bei den Fallschirmjägern der Legion.

Thomas Gast, Pirmasens

Das Ostpreußenblatt

Nr. 7 – 19. Februar 2011

MELDUNGEN

Russische Initiative

Königsberg – Eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages unter Leitung des Ausschussvorsitzenden Ruprecht Polens (CDU/CSU) wird kommenden Montag in Königsberg mit Abgeordneten des polnischen Sejm und der russischen Staatsduma zu einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch zusammentreffen. Auf der Tagesordnung stehen Themen wie Russlands Beziehungen zur Europäischen Union, die europäische Sicherheit, die Beziehungen Polens und Deutschlands zu Russland und die gemeinsame Haltung gegenüber Weißrussland. Die Initiative zu diesem Treffen ging vom Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Russischen Föderation aus. *MRK*

Betten für Lötzen

Krefeld/Neuss/Lötzen – Das Hospiz in Lötzen hat rund zwei Dutzend Betten aus einem Senioren-Zentrum in Krefeld erhalten. Hinter der Hilfsaktion steht die Kreisgruppe Neuss der Landsmannschaft Ostpreußen, die vorher schon mit Geldspenden die Einrichtung in der Heimat unterstützt hatte. Bei einem Besuch in Lötzen im März vergangenen Jahres hatte die Bürgermeisterin der ostpreußischen Kreisstadt, Jolante Piotrowska, den Vorsitzenden der Gruppe Neuss, Peter Pott, mit dessen Ehefrau Henrica zu einem Besuch empfangen. Aus dem geplanten Kurzbesuch wurden fast zweieinhalb Stunden, denn die Führung der Caritas, welche die Leitung des Hospizes übernehmen sollte, war auch eingeladen. Zur Einweihung des Hospizes am 3. Juli vergangenen Jahres wurde der Kreisgruppenleiter samt Ehefrau dann persönlich eingeladen. Im Gespräch mit dem Direktor der Caritas, Pfarrer Darius Kruczynski, wurde klar, dass es an Betten fehlt. In Neuss wurde Pott aktiv und setzte alle Hebel in Bewegung, um Betten aufzutreiben. Eines Tages meldete sich die ehemalige stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Neuss Angelika Quiring-Perl telefonisch und teilte mit, dass sie über die Lebenshilfe Neuss Betten für Lötzen habe. Bei seinem nächsten Besuch in Lötzen vom 15. bis 18. Mai dieses Jahres will Pott sich dann ein Bild von der aktuellen Verwendung der mittlerweile nach Ostpreußen verbrachten Betten machen. *P. P.*

Subventionierte Flüge

Königsberg/Moskau – Die russische Regierung hat beschlossen, Flüge von unter 23- und über 60-Jährigen zwischen Königsberg und den beiden größten Städten Russlands, Moskau und St. Petersburg, zu subventionieren. Die Höhe der Subventionen soll zwischen 1700 und 2500 Rubel (etwa 43 und 63 Euro) pro Flug und Passagier betragen. *PAZ*

Kampf um Allensteins Stadtbild

Ambitioniertes Bauprojekt spaltet die Bewohner der Woiwodschaftshauptstadt

In der Nähe des Allensteiner Planetariums soll ein neues, hochmodernes Büro- und Einkaufs- sowie Hotel- und Appartementzentrum entstehen. Der Bauherr dieser „Centaurus“ getauften Investition ist das Unternehmen „Warmia-Investment“ von der Gruppe „Eurostyl“.

Der höchste Turm des Bürohauses soll mit 17 Stockwerken 55 Meter hoch sein. Die Bürofläche würde etwa 17 500 Quadratmeter einnehmen, dazu kämen noch 107 Hotelzimmer und 105 Wohnungen. Mehr als 5000 Quadratmeter sollen dort auch die Handels- und Dienstleistungsflächen einnehmen.

Das Stadtamt prüfte Ende des letzen Jahres die Bauvoraussetzungen. Der Bauherr glaubte, auf Grund dessen eine endgültige Baugenehmigung zu bekommen. Doch die Allensteiner Abteilung des Polnischen Architektenbundes hat diese Entscheidung vor kurzem beanstandet. Die Mitglieder werfen den Beamten vor, sie hätten die Ansichten der örtlichen Architekten über eines der wichtigsten Bauvorhaben in der Stadt missachtet.

Große Befürchtungen gibt es wegen der nur 400 Parkplätze in der geplanten Tiefgarage. Laut Ansicht des Architektenbundes sind es viel zu wenige, wodurch die Umgebung des Bürohauses unweigerlich in einen Riesen-Parkplatz umgewandelt würde. Weitere Vorbehalte gibt es, weil durch den Bau Grünfläche in der Innenstadt verschwindet.

Die Sorge in Allenstein vor überdimensionierten Bauvorhaben ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass aufgrund der boomenden Wirtschaft in anderen polnischen Großstädten wie Warschau oder Gdingen sich deren Stadtbild erheblich verändert hat. Der Stadtkern Warschaus rund um den Zentralbahnhof ist kaum wiederzuerkennen. Vor kurzem wurde in der Hauptstadt ein Bauprojekt von einer Bürgerinitiative verhindert.



Allensteins Altstadt: Dass Investitionen notwendig sind, weiß jeder, Streit gibt es um das „Wie“. Bild: pa

Andererseits benötigt Allenstein für seine Infrastruktur Handels- und Gewerbeflächen und zudem soll der Neubau außerhalb des historischen Stadtkerns Allensteins entstehen. Darüber hinaus sollen die geplanten Hochhäuser die Höhe von 20 Stockwerken nicht überschreiten. Moderne Gebäude, wie die im Bau befindliche Philharmonie, sind in einer Großstadt wie Allenstein einfach nicht wegzudenken.

Dabei muss jedoch beachtet werden, dass vor allem die Altstadt, die ungefähr von der Johannis-Brücke bis zum Neuen Rathaus reicht, entweder pietätvoll restauriert oder stilvoll rekonstruiert beziehungsweise ausgebaut werden soll. Doch gerade hier passierten in den letzten Jahren und sogar Monaten Fehler, wie beispielsweise die stilbrüchige Gestaltung des zentral gelegenen Platzes vor dem Rathaus. Die terrassenförmige Treppenanlage wurde dort von stählernen Straßenlaternen, die möglicherweise einer Industriebeleuchtung nachempfunden wurden, umsäumt. Dieser noch nicht ganz ausgeführte Bauentwurf stieß auf allgemeine Kritik der Stadtbewohner, ähnlich wie der dort benachbarte Neubau mit einer undurchdachten Marmorverkleidung. Im Volksmund erhielt der Bau die verächtliche Bezeichnung „Schwarze Perle“.

Widerstreitende Interessen

Viele Allensteiner fürchten die architektonischen Neuerungen so sehr, dass sie ein modernes Bauvorhaben in ihrer direkten Nachbarschaft rundherum ablehnen. Ein Bauherr aus Allenstein erklärte sich bereit, anderswo ein ähnliches, wenn auch viel kleineres Objekt zu errichten, was sofort massive Kritik der Mieter von den umliegenden Plattenbausiedlungen hervorrief. Nicht ohne Grund erinnerte der Sejmabgeordnete Ryszard Górecki daran, dass die jetzigen Schwierigkeiten mit dem Bau einer Ringstrasse um Allenstein in Zusammenhang stehen. Die Unfähigkeit, sich mit den benachbarten Gemeinden in Sachen Straßenverlauf zu verständigen, hätten in den vergangenen Jahren zu langwierigen Streitigkeiten zwischen den Straßenbauplanern und den Bewohnern von frisch angelegten Anwesen im Grünen geführt. So konnte bislang kein Kompromiss über den Verlauf der Ringstraße und ihrer Zufahrtswege gefunden werden. Dabei würden die notwendigen Investitionen Arbeitsplätze schaffen und zur Entwicklung der gesamten Region beitragen.

Grzegorz Supady

»Ein Haus für Menschen«

Winter in Königsberg: Sozialbehörde und Bürger versuchen, den Nichtseßhaften ihr Los zu erleichtern

Wie bereits im vergangenen hilft die Sozialbehörde auch diesen Winter Obdachlosen und Landstreichern. Dafür wurde das „Königsberger Zentrum für Wiedereingliederung in das Berufsleben“ eingerichtet. Es leistet materielle Hilfe in Form von Lebensmitteln, Hygieneartikeln, Kleidung, Schuhen und Waschmitteln, die teils aus Haushaltsmitteln, teils mit Spenden finanziert werden.

Auf der Waldburgstraße/Samitter Allee (Gorkijstraße) gegenüber dem Zentralmarkt stehen seit kurzem Armee-Zelte. Schon im vergangenen Jahr wurden hier an zentraler Stelle Sammelpunkte eingerichtet, an denen warme Speisen und Kleidung ausgegeben wurden. Mitarbeiter des Projekts „Ein Haus für Menschen“ helfen Obdachlosen, indem sie Spenden entgegennehmen und weiterverteilen. Die Menschen bringen Lebensmittel, Jacken, Hosen, warme Sachen und Geld zu diesen Sammelstellen. Einige beteiligen sich auch bei der Suppenverteilung.

Die Unterstützung ist vielfältig

Der Standort für das Zeltlager wurde im Zentrum gewählt, da sich am nahegelegenen Bach häufig Obdachlose aufhalten. Neben der Suppenvergabe machen sich die Helfer auch Gedanken darüber, wie sie den Armen ein Dach über dem Kopf verschaffen können, wenn auch nur ein zeitlich befristetes. Die Mitglieder von „Ein Haus für Menschen“ helfen ihren Schützlingen aktiv bei der Arbeitssuche. Ziel ist es, den Menschen zur Eigenständigkeit zu verhelfen und den Teufelskreis „Keine Arbeit, kein Geld, keine Wohnung“ zu durchbrechen. Stehen die Obdachlosen erst wieder in Lohn und Brot, sind sie auch in der Lage, eine Wohnung, Kleidung und Nahrung bezahlen zu können. Bei Bedarf kümmern die Helfer sich um all das gleichzeitig.

Das Projekt „Ein Haus für Menschen“ wird von der Königsberger Diözese der Russisch-Orthodoxen Kirche, der Sozialbehörde, dem Roten Kreuz und dem russischen Projekt „Technologie des Guten“ unterstützt.

Jurij Tschernyschew



Einer der Sammelpunkte: Umfunktioniertes Armee-Zelt Bild: J.T.

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist schon erfreulich zu erfahren, was manche Beiträge in unserer Ostpreußischen Familie bewirken können. Da werden Erinnerungen wach, da tauchen Vorgänge aus der Vergangenheit auf, die man vergessen glaubte, da merken die Älteren, dass sie als Zeitzeugen gefragt sind, da wenden sich jüngere Leser an uns, weil sie in unserer Kolumne auf für sie interessante Themen gestoßen sind. Aus den unterschiedlichen Reaktionen spürt man die ganze Bandbreite einzelner Fragen und Wünsche. Nehmen wir die in Folge 2 erschienene Veröffentlichung der Zuschrift von Frau **Hannelore Müller** aus Löhne, die uns auf den Bericht eines belgischen Kriegsgefangenen hinwies, in dem er seine Erlebnisse als Kriegsgefangener in Königsberg in den letzten Kriegsjahren und während der russischen Okkupation schildert. Frau Müller übersandte uns eine Kopie dieses Berichts, konnte aber nicht angeben, wo und wann dieser gehalten oder veröffentlicht wurde. Das Exemplar, das wir erhielten, ist mit „Das Ende Ostpreußens“ betitelt und umfasst 16 eng beschriebene Schreibmaschinenseiten. Dieser authentische Bericht hat für unsere Arbeit einen wichtigen dokumentarischen Stellenwert, und ich werde auf ihn zurückgreifen, wenn eines der darin angesprochenen Themen in Leserzuschriften aufgeworfen wird. Eine erste Reaktion kam von Herrn **Manfred Rattay** aus Hannover. Er schreibt: „Ende 1960 hatte die Landsmannschaft Ostpreußen im BdV Göttingen Kontakte zu ehemaligen französischen und belgischen Kriegsgefangenen, die im Krieg in Ostpreußen arbeiteten und darüber berichteten. Einer davon soll später Polizeichef in Brüssel gewesen sein.“ Damit bekräftigt Herr Rattay die Annahme, dass es sich um einen vor Heimatvertriebenen und ehemaligen Wehrmachtsangehörigen gehaltenen Vortrag handelt, zumal auch eine direkte Ansprache an diesen Zuhörerkreis aus dem Manuskript erkennbar ist. Da der Bericht mit „Erinnerung an den Beginn des sowjetischen Angriffes vor 35 Jahren“ untertitelt ist, müsste dies allerdings um 1980 geschehen sein. Konkrete Hinweise auf die Göttinger Veranstaltungen kamen dann von anderen Lesern. So von Frau **Gerda Nasner** aus Erftstadt, die diesen Bericht ebenfalls besitzt. Und zwar in Form einer Broschüre, so dass ich jetzt auch den vollen Namen des Autors angeben kann: **Arthur Keppenne**. Frau Nasner teilte uns auch mit, dass er diesen Vortrag auf einem Treffen der Gumbinner in Bielefeld gehalten habe, weist aber darauf hin, dass dies wahrscheinlich auch im Göttinger Rosengarten erfolgt sei – eine Bestätigung der von Herrn Rattay gegebenen Information.

Ihn hat der kurze Bericht veranlasst, über seine in der Kindheit gemachten Erfahrungen mit Kriegsgefangenen in Ostpreußen zu schreiben, und die bestätigen nur, warum sich noch heute Kinder jener Männer an uns wenden, um Verbindung mit den Menschen aufzunehmen, in deren Betrieben ihre Väter damals gearbeitet haben. Ob und wie die Suche erfolgreich war, bleibt zumeist unbekannt – was vor allem auf Sprachschwierigkeiten zurück zu führen ist –, in einem Fall hat sich allerdings eine echte Freundschaft zwischen den Nachkommen entwickelt. Was verständlich ist, wenn man den Bericht von Manfred Rattay liest: „Ich wuchs in Neuhausen –Tiergarten auf. In der Fasanenallee, unweit vom Gasthaus **Ruske**, hatte der Milchbauer **Wiemer** seinen Hof. Außerdem soll er in Königsberg in der Passage am Roßgärter Markt ein Weinlokal besessen haben. Er hatte einige Gefangene zugeteilt bekommen. Einer von ihnen war Kaufmann und fühlte sich nicht wohl bei den Kühen. In Neuhausen – Ort hatte die Gastwirtschaft **Schalt** mit Landhandel und Kohlenhandel auch Gefangene. Einer davon war Bauer und ließ sich gern gegen seinen Kameraden bei Wiemer austauschen. Wer das entscheiden durfte, weiß ich nicht. Jedenfalls fuhr der Bauer künftig voller Freude mit dem Pferdewagen zur Weide, um die vollen Milchkannen zu holen, und der Kaufmann war bei der Firma Schalt für den Kohlenhandel zuständig und verwaltete auch zuverlässig die Kohlenkarten und das Geld. Als der NSDAP-Gruppenleiter einmal zu Schalts kam, beanstandete er, dass die Gefangenen zusammen mit der Familie an einer großen Tafel das Abendessen einnahmen. Frau Schalt antwortete: ‚Die Männer arbeiten gemeinsam mit uns, also können sie auch gemeinsam mit uns essen.‘ Der Ortsgruppenleiter hat den Vorgang nicht nach oben verpetzt!“ Vielen Dank, lieber Landsmann, für diese Erinnerung als Ergänzung zu dem Bericht von Arthur Keppenne.



Wer kennt diese Signatur? Bild: privat

Und der muss ähnliche Erfahrungen gemacht haben, denn der Belgier kommt in seinem Erlebnisbericht auf Königsberger zu sprechen, die ihm geholfen haben, das Leben leichter zu machen. Da er auch Namen erwähnt, will ich diesen kurzen Ausschnitt aus seinem Manuskript bringen: „Es gab viel Nächstenliebe von Mitgefangenen, manchmal von der Wachmannschaft, aber auch von der ostpreußischen Bevölkerung. Trotz Verbot! Trotz der Strenge der Zeit! Durch Zeitung lesen und Wehrmachtbericht übersetzen, lernte ich Deutsch sprechen und hatte das Glück, gute Menschen zu treffen, die mir und meinen Kameraden geholfen haben, ja, mit Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Schuhen, aber hauptsächlich mit menschlichen Kontakten. Dabei möchte ich ein paar Namen erwähnen: **Tobien**, **Schmidtke**, **Preuß**, **Demuss**, **Wirthmann**, **Burgschat**, **Weiberg**, **Neumann**, **Pferr**, **Herdel**, **Rehahn**, **Mordas**, **Herrmann**, **Zimmermann**, **Hoyer**, **Seelent**, und noch viele andere ...Weil: ein Händedrücken, ein gutes Wort oder das Lächeln eines Kindes – das konnte schon Sonne geben für einen ganzen Tag. Dadurch kam ich im Laufe der Jahre zu einer ganz anderen Meinung über die Deutschen. Sie können mir glauben, wenn ich Ihnen sage, dass die Freundschaft von damals heute noch lebt!“ Gesagt 35 Jahre nach Kriegsende!

Familienforschung ist eines der Hauptanliegen unserer Ostpreußischen Familie. Und da kommt unser alter Freund **Knut Walter Perkuhn** aus Wriedel wieder ins Gespräch. In seinem Familien-Puzzle wollen sich durchaus nicht die Lücken schließen. Selbst nach der erneuten, recht umfangreichen Suche nach „Perkuhns“ aller möglichen Familienzweige herrscht Funkstille. Das tut mir für den eifrigen Namensforscher sehr leid. Nun legt er mir eine neue Frage vor, und da kann ich zum Glück weiter helfen. Bei seinen Nachforschungen stieß er auf den Namen **Robert Gisevius**, 1822–1891, aus der Ansiedlung Drutischken. Diesen Ortsnamen konnte Herr Perkuhn allerdings in seinen Registern nicht finden. Er nimmt an, dass es ein alter Ortsname ist, der irgendwann einem neuen weichen musste, und da hat er Recht. Es handelt sich um eine sehr frühe Ansiedlung, denn die ersten Bezeichnungen, die bis auf die Ordenszeit zurückführen, lassen auf prussische Bewohner schließen: Drutschkemen, Drutzkaimen. Dann tauchen schon Jahreszahlen auf: 1557 Drutzkiem, 1590 Drutzkemen, 1736 Drutisken, schließlich Drutischken. Bei der großen Umtaufe 1938 erhielt das Dorf am Ostufer der Rominte den Namen Pfälzerort, wohl auf Grund pfälzischer Siedler, deren Nachfahren vielleicht noch bis zur Flucht auf einem der weit verstreuten Höfe saßen. Herr Perkuhn hat nun einige Fragen zu dieser Ortschaft, von denen ich die meisten beantworten kann. Regierungsbezirk? Gumbinnen! Kreis? Gumbinnen! Lage? Am Ostufer der Rominte! Kirchspiel? Großwalterkehmen! Besitzernamen? Also da muss ich nun doch passen. Es ist auch fraglich, ob sich durch diese Veröffentlichung ehemalige Einwohner melden, denn die Ortschaft verzeichnete zuletzt nur 70 Personen! Warum ich diese kleine Frage so ausführlich bearbeitet habe? Weil sie ein schönes Beispiel für ostpreußische Familienforschung ist, wie sie mit großer Akribie geführt wird. Und zugleich die Schwierigkeiten durch den Namenswechsel aufzeigt, der immer wieder zu Anfragen an unsere Ostpreußische Familie führt. (Knut Walter Perkuhn, Bergstraße 25 in 29565 Wriedel/Brockhöfe, Telefon 05829/1668.)

Unsere Ostpreußische Familie ist aber auch eine Fundgrube, und diesmal liegen in ihr etliche ältere Mitteilungshefte der Internationalen Ernst-Wiechert-Gesellschaft, die noch im Besitz von Frau **Bärbel Spitz** aus Nortorf sind. Sie möchte diese gerne interessierten Lesern oder einem Heimatarchiv zukommen lassen und bat uns um Vermittlung. Es handelt sich um die Ausgaben Nr. 3/1992, Nr. 4/1953, Nr. 5/1994 und Nr. 6/1995/6. Anrufe nimmt Frau Spitz unter der Telefonnummer (04392) 5392 entgegen.

Das Angebot von **Thomas Wegener** aus Norderstedt ist erheblich umfangreicher, denn es handelt sich um 25 Sonderschriften des Vereins für Familienforschung in Ost- und Westpreußen und drei Bände „Altpreußische Geschlechterkunde“. Herr Wegener hat keine ostpreußischen Wurzeln, aber er fühlt sich der „Bekenntnisgeneration“ zugehörig, liest deshalb ständig die *PAZ/Das Ostpreußenblatt* und besonders aufmerksam unsere Kolumne. Darum wendet er sich an uns, weil er glaubt, dass die Schriften und Bände bei unseren Lesern am besten aufgehoben sind. Da vielleicht auch Sammler interessiert sind, denen noch einige Ausgaben fehlen, geben wir die Nummern der angebotenen Sonderschriften bekannt: 1, 4, 7, 10, 37, 62, 63 (Teil 1 und 2), 64, 66, 68, 69, 70, 72, 73, 74, 77, 82/1, 83/1, 83/2, 84, 87, 92, 103 und 104. Bei den drei Bänden „Altpreußische Geschlechterkunde“ handelt es um die Ausgaben 20, 23 und 29 aus dem 38. Jahrgang. Wir danken Herrn Wegener für dieses Angebot und glauben, dass es auf reges Interesse stoßen wird. (Thomas Wegener, Ulzburger Straße 683A in 22844 Norderstedt, Telefon 040/94368633, E-Mail: t.wegener@bauermeister.de)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Unser heutiges Bild wird manchem auf den ersten Blick etwas rätselhaft erscheinen, ist es aber nicht, wenn man erklärt, dass es sich um die Signatur des Malers auf seinem Werk handelt. Und trotzdem ist eine Frage mit ihm verbunden, auf die eine Lösung erwartet wird. Lebt der Maler noch und kann er sich an die Nachkriegszeit als Flüchtling in Dänemark erinnern? Vermittelt hat uns den Wunsch einer Dänin der Vorsitzende des Kreisverbandes der vertriebenen Deutschen Rendsburg-Eckernförde, Herr **Helmut Feilscher** aus Fockbek, der, als er ihren Leserbrief in der örtlichen Zeitung fand, sofort erkannte: Das ist was für die Ostpreußische Familie. Denn da stand Folgendes zu lesen: „Bei uns im Kopenhagener Vorort Vedback am Öresund gingen in den ersten Jahren nach dem Krieg Flüchtlinge ein und aus. Obwohl wir selbst nicht viel hatten, verdienten sie sich in der Gärtnerei meines Vaters etwas Taschengeld. Ich erinnere mich an einen Mann, den ich ‚Tarzan‘ nannte und besonders lieb hatte, weil er mir immer Süßigkeiten gab. Mein Vater sprach perfekt Deutsch und diente in unserer Familie als Dolmetscher. Die Schicksale der Flüchtlinge haben meine Mutter oft zum Weinen gebracht. In unserer Stube hier in Alt-Duvenstedt hängt ein wunderschönes Gemälde von der Moor- und Wiesenlandschaft vor unserer Gärtnerei, gemalt von einem Maler unter ‚unseren Flüchtlingen‘, **S. Stepe**, und dies sicherlich nicht aus Hass, sondern aus Dankbarkeit. Zu gern hätte ich gewusst, was aus ihm und aus meinem geliebten ‚Tarzan‘ geworden ist.“ Geschrieben hat diese Zeilen Frau **Dagny Geppert** geborene **Thaysen** aus Alt-Duvenstedt. Da anzunehmen ist, dass beide – Maler wie „Tarzan“ – aus den Vertriebenengebieten des deutschen Ostens stammten, meint Herr Feilscher, dass es aus unserem Leserkreis einen Hinweis geben könnte. Ob der von Frau Geppert angegebene Name des Malers so lautet, ist fraglich. Herr Feilscher vermutet „Stepe“ oder „**Stelse**“. Ich lese die Signatur eher als „**Stepat**“, dann hätten wir den Namen auch geographisch eingeordnet: Ostpreußen. Mit Sicherheit fängt der Vorname mit „**L**“ an. Vielleicht erinnern sich nun Leser, die zu jener Zeit in Kopenhagen waren, an den Maler, der wohl damals noch weitere Bilder geschaffen hat, oder an die Gärtnerei Thaysen in Vedback? „Tarzan“ zu finden dürfte weitaus schwieriger sein: der müsste sich schon persönlich melden, weil ja nur er den Namen kennt, den ihm damals die kleine Dagny gegeben hat. Zuschriften bitte an Herrn Helmut Feilscher, Rosenstraße 6 in 24787 Fockbek, Telefon (04331) 61760.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

»Nicht Deutscher, nicht Pole – Schlonsake!«

Die »Bewegung für die Autonomie Schlesiens« – Was die neue Regierungspartei kurz-, mittel- und langfristig will

Jedes deutsche Bundesland bietet mehr auf, als in Polen Jerzy Gorzelik und seine „Bewegung für die Autonomie Schlesiens“ (RAS) fordern: eigener Haushalt, Parlament, Regierung und Polizei. Auf dem Papier haben sie das seit dem 1. Januar 1999, als die neugeschaffene „schlesische Woiwodschaft“ – 12 334 Quadratkilometer Fläche mit rund 4 637 700 Einwohnern – laut Statut volle parlamentarische, exekutive und budgetäre Eigenkompetenz bekam. Der Wahlerfolg der RAS spricht dafür, dass die Schlesier dieses nun auch in der Realität wollen. Bei den letzten Kommunalwahlen wählten mit 122 781 Wahlberechtigten doppelt so viele die RAS wie noch 2006. Diese 8,5 Prozent der abgegebenen, gültigen Stimmen brachten ihr drei Sitze im Woiwodschaftsparlament ein. Das reichte für eine Koalitionsregierung mit der Bürgerplattform (PO) und der Polnischen Volkspartei (PSL). In ihr ist die RAS mit ihrem Vorsitzenden Gorzelik vertreten, der das Ressort Bildung und internationale Kooperation führt.

Unversehens in der Regierungsverantwortung steht die RAS vor der Herausforderung, ihre Wünsche und Vorstellungen konkretisieren zu müssen. Bis zu ihrem Parteikongress am 5. März soll ein Programm vorliegen. Umgehend wollen sie eine vollgültige Autonomie, die dem polnischen Staat nur noch die Verteidigungs-, Außen- und Geldpolitik lässt. Mittelfristig fordern sie die Restitution der „Großregion Schlesien“, also mindestens eine Wiedervereinigung von Ober- und Niederschlesien. Und in weiter Zukunft folgt noch die Anerkennung als eigenes Volk mit eigener Sprache: „Nicht Deutscher, nicht Pole – Schlonsake!“

„Schlesien wird ein zweites Kosovo“, orakelte unlängst eine Moskauer Zeitung, was nicht wenige Polen auch fürchten. Als 1997 RAS-Mitglieder eine „Union schlesischer Nationalität“ anmelden wollten, bekamen sie Ärger mit dem „Amt für Staatsschutz“. Die Staatsschützer beruhigten sich, andere Polen regen sich weiter auf und vergleichen Schlonsaken mit Kosovaren, Flamen, Basken und Katalanen, sehen schlesische Pendants von ETA- und UCK-Terroristen. Solche Ängste amüsieren Jerzy Gorzelik: „Ist Polen so unattraktiv, dass ganze Regionen von ihm fortstreben, oder bringt nach deutschem Beispiel Föderalismus Wohlstand für alle? Nur der übertriebene Zentralismus der 2007 abgewählten Kaczynski-Regierung war eine wahre Gefährdung für den Zusammenhalt des Staates.“

Neuer Hoffnungsträger der Nicht-Polen

Doch nicht nur von polnischer, sondern auch von deutscher Seiten erwächst der RAS Kritik, fürchtet man in der Deutschen Minderheit doch, aus der eigenen Klientel Wähler an den neuen Hoffnungsträger der Nicht-Polen zu verlieren. Vor diesem Hintergrund warnt Gorzelik vor einer Selbstzerfleischung der Nicht-Polen: „Die Deutschen hegen panische Angst, denn in der kommenden Autonomie der Schlonsaken werden sie keine privilegierte Gruppe mehr sein. Darum sind sie als Organisation gegen uns, nur privat stehen manche zu uns.“

Unter polnischer Verwaltung wurde das rohstoffreiche Schlesien ökologisch in einer Weise verwüstet, dass die Gewerkschaft „Solidarnosc“ es 1985 in einer Expertise als „eines der am meisten verschmutzten Länder der Welt“ bezeichnete. Ein Jahr später nannte der Bischof von Katowice Horrordaten. So wies er darauf hin, dass die Säuglingssterblichkeit in der Region um ein Mehrfaches höher war als im Rest der Volksrepublik, die Häufigkeit von Krebserkrankungen 50 Prozent über dem Landesdurchschnitt lag und die Lebenserwartung nicht nur gering, sondern trotz medizinischen Fortschritts sogar rückläufig war.

Nichtsdestotrotz sind Polen überzeugt, dass erst sie nach dem Ersten Weltkrieg den Schlonsaken Kultur und Identität gegeben hätten – dass in Schlesien in Jahrhunderten ein slawisches Regionalbewusstsein, gefördert durch eigene Kultur und eigene Eliten, herangewachsen war, wird bis heute das Gros der Polen bestreiten. Dass Polen Schlesien im Juli 1920 ein Autonomiestatut gab und von dem Ökonomen Jozef Buzek (1873–1936) eine Föderal-Verfassung entwerfen ließ, wissen heute nur noch die Aktivisten der RAS, die überlegen, ob sie vor dem Verfassungsgericht gegen die am 6. Mai 1945 von Kommunisten verfügte Aufhebung der Autonomie von 1920 klagen sollen.

Jeden Januar marschieren Schlonsaken nach Zgoda, wo 1945 Tausende Schlonsaken in kommunistischen Vernichtungslagern umgebracht wurden. Jeden Juli marschieren sie zum Gedenken des Autonomiestatuts von 1920. Die Mörder von 1945 blieben unbehelligt, die Mahnungen an 1920 ohne Resonanz. *Wolf Oschlies*

Wir gratulieren …

ZUM 102. GEBURTSTAG

Buttgereit, Auguste, geb. **Seller**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Richrather Straße 63, 40723 Hilden, am 24. Februar

Kowalzik, Herta, geb. **Schmidt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Mühlenweg 1, App. 54, 21521 Aumühle, am 24. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Balschun, Ernst, aus Augstupöhnen-Hochfließ, Kreis Gumbinnen, jetzt Sonnenweg 18, 35745 Herborn, am 20. Februar

Lange, Antonie, aus Groß Rautenberg, Kreis Braunsberg, jetzt Alexandrastraße 24, 06844 Dessau, am 25. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gerwien, Franz, aus Peyse, Kreis Samland, jetzt Ritter-Burkhard-Straße 21, 88471 Laupheim, am 21. Februar

Reinhardt, Hertha, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Kacheltor 20, 06268 Lodersleben, am 23. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Podzuweit, Irmgard, geb. **Klimaschewski**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, jetzt Spannskamp 20 B, 22527 Hamburg, am 25. Februar

Voesch, Emma Martha, geb. **Gorski**, aus Lyck, jetzt In der Sasse 12, 58730 Fröndenberg, am 23. Februar

Winter, Erna, geb. **Gerull**, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Pöppinghauser Straße 17, 32756 Detmold, am 25. Februar

Wisch, Konrad, aus Kumehnen, Kreis Samland, jetzt Brunnenstraße 7, 47228 Duisburg, am 26. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Drozdowicz, Anna, geb. **Wölk**, Zawroty / Schwenkendorf, PL 14-300 Morag / Mohrungen, am 24. Februar

Hermann, Hilde, geb. **Lopens**, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Musfeldstraße 64, 47053 Duisburg, am 2. Februar

Nadrowski, Otto, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, jetzt Acher de Möhl 33, 24955 Harrislee, am 24. Februar

Scheppukat, Frida, geb. **Reimann**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Große Straße 81 A, 28270 Ottersberg, am 25. Februar

Trawny, Wilhelm, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, jetzt Wiesenweg 9, 29588 Oetzen-Stökken, am 22. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hoppe, Hildegard, geb. **Bilicki**, aus Ortelsburg, jetzt Am Heimathaus 1, 49809 Lingen/Ems, am 23. Februar

Julke, Herta, geb. **Widder**, aus Kirschdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Neustadt 9, 17440 Lassan, am 24. Februar

Kohnert, Rudolf, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, jetzt Richthofenstraße 36, 53117 Bonn, am 22. Februar

Nitsch, Liselotte, geb. **Weißfuß**, aus Altenberg/Steinbeck, Kreis Königsberg, jetzt 31020 Ahrenfeld, Kreis Hameln, am 21. Februar

Schmakeit, Arno, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken, Forst, Kreis Elchniederung, jetzt Dorfstraße 22A, 39624 Packebusch, am 25. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dobrick, Hildegard, aus Neidenburg, jetzt Liebigstraße 39, 30163 Hannover, am 26. Februar

Gogoll, Anna, geb. **Helten**, aus Seefrieden, Kreis Lyck, jetzt Bernhardstraße 26, 46284 Dorsten, am 21. Februar

Klomfaß, Gertrude, geb. **Pletowski**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Gladbacher Straße 112, 40219 Düsseldorf, am 23. Februar

Murach, Frida, geb. **Loleit**, aus Forken, Kreis Samland, jetzt Lindenweg 4, 23847 Sierksrade, am 27. Februar

Ohnesorge, Erich, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Heidrehmen 17, 22589 Hamburg, am 17. Februar

Prade, Margot, geb. **Thurau**, verw. **Kroll**, aus Heiligenbeil, jetzt Im Feldbach 2, 34132 Kassel, am 22. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Arndt, Kurt, aus Heiligenbeil, jetzt Schwarzenbergstraße 14, 79183 Waldkirch, am 22. Februar

Bieniussa, Erna, aus Königsberg, jetzt Elbstraße 41, 28199 Bremen, am 27. Februar

Kessler, Erna, geb. **Nehmke**, aus Medenau, Kreis Samland, jetzt Hildesheimer Straße 8, 37581 Bad Gandersheim, am 27. Februar

Knieper, Eva, geb. **Schrader**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Hauptstraße 71, 25799 Wrohm, am 21. Februar

Pottel, Anneliese, geb. **Mett**, aus Wehlau, jetzt Schulstraße 28, 88348 Bad Saulgau, am 24. Februar

Rüger, Hedwig, geb. **Ziwitza**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Bergstraße 183, 59229 Ahlen, am 25. Februar

Sieg, Helmut, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, jetzt 2735 Miradero Dr, Santa Barbara, CA 93105-3058, USA, am 22. Februar

Sturies, Alfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Neumayer-Ring 5, 67227 Frankenthal, am 21. Februar

Trott, Gustav, aus Lissau, Kreis Lyck, jetzt Klosterberg 20, 73527 Schwäbisch Gmünd, am 22. Februar

Vogt, Erna, geb. **Petrick**, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, jetzt Siekhammer 29, 32758 Detmold, am 26. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Becker, Klaus, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Paulsenstraße 5-6, 12163 Berlin, am 17. Februar

Haschke, Grete, aus Lyck, jetzt Wellingtonweg 3, 30163 Hannover, am 22. Februar

Karkowski, Erna, geb. **Hempelmann**, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Im Schieferfeld 12B, 45702 Herten, am 23. Februar

Kindermann, Gertrud, geb. **Schwarzenberg**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Franziskastraße 16, 45131 Essen, am 24. Februar

Kurapkat, Lisbeth, geb. **Krause**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Delrather Straße 12, 41541 Dormagen, am 27. Februar

Lenk, Elly, geb. **König**, aus Schönwalde, jetzt Pestalozzistraße 20, 99092 Erfurt, am 21. Februar

Ragnitz, Otto, aus Zeysen, Kreis Lyck, jetzt In der Blemke 11, 58840 Plettenberg, am 21. Februar

Rex, Hedwig, geb. **Zacharzewski**, aus Schiemanen, Kreis Neidenburg, jetzt Lohstraße 25B, 45883 Halver, am 26. Februar

Rinck, Elfriede, geb. **Kiszio**, aus Gumbinnen, Goldaper Straße 42a, jetzt Lindenweg 4, 29451 Dannenberg, am 24. Februar

Staufenbiel, Hildegard, geb. **Michalzik**, aus Lissau, Kreis Lyck, jetzt Altjeßnitzer Straße 1, 06800 Jeßnitz, am 25. Februar

Ströhl, Gerhard, aus Wehlau, Freiheit, jetzt Lorentzenstraße 6, 23843 Bad Oldesloe, am 21. Februar

Tiedemann, Erna, geb. **Schönwald**, aus Lehmbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Andersenring 19, 23560 Lübeck, am 25. Februar

Wilzek, Irma, geb. **Deben**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Goethestraße 30, 42499 Hückeswagen, am 25. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Andrich, Erika, geb. **Korinth**, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Gutfleischstraße 3, 35390 Giessen, am 25. Februar

Basmer, Alfred, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Antoniushang 27, 45359 Essen, am 2. Februar

Buchholz, Traute, geb **Palkies**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Am Kahlen Lehn 9, 31303 Burgdorf, am 24. Februar

Chrzarnowski, Max, aus Neidenburg, jetzt Werner-Seelenbinder-Straße 25, 18069 Rostock, am 21. Februar

Graf, Herbert, aus Reichau, Kreis Mohrungen, jetzt Ravensburger Straße 58, 33602 Bielefeld, am 22. Februar

Hellfritzsch, Erika, geb. **Fischer**, aus Parnehmen, Kreis Wehlau, jetzt Wendekammer 4, 06679 Hohenmölsen, am 22. Februar

Holfert, Martha, geb. **Olschewski**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Gneisenaustraße 36, 99097 Erfurt, am 26. Februar

Hormel, Eva, geb. **Annuß**, aus Michelsdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Weingartenstraße 23, 64546 Mörfelden-Walldorf, am 22. Februar

Kähler, Horst, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Im Roggenkamp 5, 38304 Wolfenbüttel, am 25. Februar

Koczessa, Waltraut, aus Lisken, Kreis Lyck, jetzt St. Georg-Hospital, Hallesche Straße 44, c/o Katja Förster, 04509 Delitzsch, am 27. Februar

Kohtz, Günter, aus Lyck, jetzt Hofbachstraße 77, 57078 Siegen, am 22. Februar

Kunz, Bruno, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, jetzt Wilshornsfeld 15, 29229 Celle, am 21. Februar

Lubitzki, Horst, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Siedlungsstraße 4, 32051 Herford, am 25. Februar

Nagat, Kurt, aus Ebenrode, jetzt Kroonhorst 121, 22549 Hamburg, am 25. Februar

Neunfinger, Erika, geb. **Böhnke**, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, jetzt Glockenspitz 415, 47809 Krefeld, am 26. Februar

Papendick, Horst, aus Königsberg, jetzt Middelicher Straße 247, Haus B, 45892 Gelsenkirchen, am 25. Januar

Schwarz, Ursula, geb. **Heym**, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode, jetzt Frondsbergstraße 45, 72070 Tübingen, am 25. Februar

Schellong, Hildegard, aus Schalensee, Kreis Lötzen, jetzt Theodor-Heuss-Ring 8, 55597 Wöllstein, am 25. Februar

Trzaska, Otto, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Douaistraße 2B, 45665 Recklinghausen, am 21. Februar

Uerpmann, Elfriede, geb. **Gehder**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bergstraße 68, 58762 Altena/Soling, am 14. Februar

Veltman, Ursula, geb. **Koke**, aus Königsberg, Löben, Oberstraße 3, jetzt Adalbertstraße 11a, 40545 Düsseldorf, am 25. Februar

Zillmann, Dora, geb. **Paasche**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Waldenserstraße 23, 75365 Calw, am 24. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Böge, Ingeborg, geb. **Hamann**, aus Dargen, Kreis Samland, jetzt Grönhoffweg 6, 24159 Kiel, am 22. Februar

Endert, Ingfriede, geb. **Philippzik**, aus Lyck, jetzt Kaiser-Wilhelm-Straße 65, jetzt Leipziger Stra ße 35, 51373 Leverkusen, am 23. Februar

Fuchs, Herta, geb. **Kuhrau**, aus Trenk, Kreis Samland, jetzt Hauptstraße 44 ,06862 Roßlau, am 21. Februar

Gabener, Manfred, aus Gneist, Kreis Lötzen, jetzt St.-Barbara-Platz 3, 02681 Wilthen, am 27. Februar

Gierse, Elisabeth, geb. **Kahlfeld**, aus Timstern und Tilsit, jetzt Hopfengarten 8, 33442 Herze brock-Clarholz, am 22. Februar

Glashoff, Hans-Peter, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Dorotheenstraße 67, 24340 Eckernförde, am 24. Februar

Grolik, Hedwig, geb. **Heppner**, aus Groß Ladtkeim, Kreis Samland, jetzt Hauptstraße 1, 65623 Mudershausen, am 23. Februar

Henning, Waldraut, geb. **Reiter**, aus Neidenburg, jetzt Im Röhrken 60, 58456 Witten, am 27. Februar

Hoffmann, Armin, aus Seerappen, Kreis Samland, jetzt Rügen Radio 15, 18551 Glowe, am 23. Februar

Hoffmann, Hans, aus Wehlau, Klosterplatz, jetzt Mahlower Weg 1a, 14979 Kleinbeeren, am 24. Februar

Jensen, Helga, geb. **Maslo**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, jetzt Rödenbrooksweg 6, 21509 Glinde, am 26. Februar

Klatt, Grete, geb. **Rosin**, aus Sanditten, Zargen Vorwerk, Kreis Wehlau, jetzt Bochowo 5A, 77123 Rokity, am 23. Februar

Kolosko, Hildegard, geb. **Szepanek**, aus Herzogsau, Kreis Neidenburg, jetzt Holdenweg 66, 45143 Essen, am 21. Februar

Lieder, Else, aus Tilsit, jetzt Neue Torstraße 35, 31816 Schieder-Schwalenberg, am 25. Februar

Meiss, Liesbeth, geb. **Augustin**, aus Sonnau, Kreis Lyck, jetzt Weg zur Platte 70, 45133 Essen, am 27. Februar

Naujoks, Reinhilde, geb. **van der Veen**, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Un-

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16



Aus größerer Entfernung kommen unsere herzlichen Grüße und guten Wünsche. Wir sind sicher, dass sie trotz des langen Weges nichts an Kraft verlieren. Wenn sich auch nur ein Teil von ihnen erfüllt, dann sollte Dir, liebe Tante Hildegard, vor dem neuen Lebensjahr nicht für eine Sekunde bange sein.

Frau Hildegard Kleindienst, *geb.* ***Knißß***

aus Dreifelde/Kreis Johannisburg, Ostpreußen hat am **24. Februar** Geburtstag, an dem wir in Gedanken bei ihr sind.

Angela und Erhard



Wir gratulieren zum 80. Geburtstag am 5. Februar 2011

Arno Bleyer

aus Brahmannsdorf, Kreis Angerapp jetzt Simonring 12, 13599 Berlin ganz herzlich und wünschen alles Liebe, viel Gesundheit und Freude

Deine Ingrid
Elke u. Christian
Uwe u. Claudia
mit Annica, Max u. Moritz

Seinen 78. Geburtstag feierte am 9. Februar 2011

Heinz Klein

aus Willkeim/Kreis Samland
jetzt Bodelschwingher Str. 228, 44357 Dortmund

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2011

11.–13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

11.–13. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont

16./17. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg

28./29. Mai: Deutschlandtreffen in Erfurt

10.–13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein

23.–25 September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

10.–16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15.–16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

28.–30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5.–6. November: OLV in Bad Pyrmont

7.–11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 19. Februar, 14.45 Uhr, 3sat: Bilder aus Deutschland. Heimatreport.

SONNABEND, 19. Februar, 21.05 Uhr, N24: Das letzte Gefecht der Bismarck.

SONNTAG, 20. Februar, 21 Uhr, 3sat: Grenzland. „Die geteilte Natur“. Flora und Fauna entlang der österreichisch-tschechischen Grenze.

SONNTAG, 20. Februar, 0.15 Uhr, Phoenix: Die Hölle von Verdun. Dokumentation.

MONTAG, 21. Februar, 21.05 Uhr, N24: Verschrottung XXL: Lokomotiven.

MONTAG, 21. Februar, 23.15 Uhr, WDR: Turban und Hakenkreuz. Der Großmufti und die Nazis.

DIENSTAG, 22. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Mittelschicht – Angst vor dem Abstieg. Über gesellschaftliche Veränderungen in Deutschland und Frankreich.

DIENSTAG, 22. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Geheimnisvolle Orte: Hitlers Schloss in Posen.

MITTWOCH, 23. Februar, 20.15 Uhr, Arte: 1885 – Der Sturm auf Afrika.

DONNERSTAG, 24. Februar, 14.30 Uhr, 3sat: Der Bernsteinzug. Eine Reise durchs Baltikum.

DONNERSTAG, 24. Februar, 18.30 Uhr, Phoenix: Kirchen, Kühe und Kalaschnikows. Rund um Moskau auf Landstraßen und Feldwegen.

FREITAG, 25. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Versailles – Der Traum eines Königs.

FREITAG, 25. Februar, 21.45 Uhr, Phoenix: Napoleon – Legende und Wahrheit.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Mannheim – Busreise der LM Ostpreußen, Landesgruppe Baden-Württemberg & der Memellandgruppe Mannheim zum Deutschlandtreffen der LM Ostpreußen, 28.-29. Mai 2011, Messe Erfurt, vom Mittwoch 25. – Montag 30. Mai 2011. Die Landesgruppe fährt mit 2 Bussen nach Erfurt: Bus 1 ab Stuttgart mit Zusteigemöglichkeiten in Pforzheim und Ludwigsburg, Anmeldung: Uta Lüttich, Tel. (0711) 85 40 93, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Bus 2 ab Mannheim mit Zusteigemöglichkeiten in Weinheim, Heidelberg, Ludwigshafen Anmeldung: Uwe Jurgsties, Tel. (06203) 43229, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Abfahrt: Bus 1, Mittwoch, 25 Mai 2011, 8.00 Uhr Pforzheim / 9.00 Uhr Stuttgart / 9.30 Uhr Ludwigsburg / Ankunft Erfurt ca. 14 Uhr, Bus 2, Mittwoch, 25. Mai 2011: 7.30 Uhr Weinheim / 8 Uhr Heidelberg / 8.30 Uhr Mannheim / 9 Uhr Ludwigshafen, Ankunft Erfurt ca. 14 Uhr, Hotel: Park Inn in Erfurt-Apfelstädt, Programmablauf: Mittwoch, 25. Mai: Fahrt nach Erfurt. Nach dem Bezug der Hotelzimmer Stadtführung Erfurt / Abendessen, Donnerstag, 26. Mai: Tagesausflug Gotha / Stadtführung, Wartburg / Führung, Eisenach / Stadtführung, Abendessen in Eisenach, Freitag, 27. Mai: Tagesausflug zum Kyffhäuser / Führung, Bad Frankenhausen mit Panoramamuseum / Führung, Weimar / Stadtführung, Abendessen, Samstag, 28. Mai: 9 Uhr: Fahrt mit dem Bus zum Erfurter Domplatz, 10 Uhr: ökumenischer Gottesdienst in der St. Severi-Kirche, 11.30 Uhr: Weiterfahrt vom Domplatz zur Messe Erfurt, 10 Uhr: Öffnung der Hallen, 14 Uhr: Feierliche Eröffnung des Deutschlandtreffens mit Kulturpreisverleihung (Halle 1), 15.30 Uhr: Vortrag Prof. Dr. Manfred Kittel: Stiftung Flucht, Versöhnung, 17 Uhr Diashow: Ostpreußen – Land der dunklen Wälder, 19 Uhr Folkloregruppe Wandersleben: Ostpreußisches Brauchtum, Ende ca. 21 Uhr, Rückfahrt mit dem Bus zum Hotel, Sonntag, 29. Mai: 9 Uhr Fahrt zur Messe, 11 Uhr Großkundgebung (Halle 1). Ab 10.15 Uhr Vorprogramm. Nach der Großkundgebung Gelegenheit zum Besuch der Heimatkreisgemeinschaften und Ausstellungsstände in Halle 2, 17 Uhr: Fahrt mit Bus zum Erfurter Domplatz, ca. 21 Uhr: Fahrt mit Bus vom Erfurter Domplatz zum Hotel, Montag, 30. Mai: Inselsberg, Friedrichsroda, Rückfahrt nach Stuttgart und Mannheim. Programmänderungen können kurzfristig eintreten. Dass Treffen der Heimatkreise findet am Sonnabend und Sonntag jeweils ab 9 Uhr zusammen mit den Ausstellungen der gewerblichen und ideellen Aussteller statt. Preis: DZ 400 Euro pro Person, EZ 525 Euro. Leistung: Eintrittsplakette zum Deutschlandtreffen, Fahrt in bequemen Reisebussen, Reiserücktrittsversicherung, alle Rundfahrten, Führungen und Stadtbesichtigung laut Programm, 2x ÜN mit Frühstück, 3x Halbpension. Anmeldung: bis 20. April 2011 mit Überweisung des Reisepreises an Uwe Jurgsties, Heddesheim, Kto: 38470809, BLZ: 67050505, Sparkasse Rhein Neckar Nord, Verwendungszweck: Deutschlandtreffen 2011 und Name.

Reutlingen – Mittwoch, 23. Februar, 14 Uhr, Café Sommer, Wilhelmstraße, Treffen der Frauengruppe. Bitte Hütchen und kleine Dekoration nicht vergessen! – Reise der Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen. Reiseroute, Busreise Erfurt und Umland. Preis pro Person: 230 Euro im Doppelzimmer, Einzelzimmerzuschlag 40 Euro. Leistungen: 3 Übernachtungen mit Frühstücksbüffet im Hotel Park Inn, Erfurt-Apfelstadt, Hin- und Rückreise im Reisebus. Besichtigung der Wartburg, Eisenach, Eintritt für Saalfelder Feengrotten und Feenwäldchen. Anmeldungen an Ilse Hunger, Steinachstraße 54, 72770 Reutlingen, Telefon (07121) 52541. Bitte den oben genannten Betrag bis spätestens 30. April auf folgendes Konto überweisen: Ilse Hunger, „Ostpreußentreffen Erfurt“, Kreissparkasse Reutlingen, BLZ 640 500 00, Konto 53198.

Stuttgart – **Landesvorstand:** Mittwoch, 9. März, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart. Vortrag mit Beamer: „Schienenkreuzfahrt Stuttgart-Königsberg“, Referent: Christian Günther. Wir laden Sie herzlich zur ersten Veranstaltung unserer diesjährigen Vortragsreihe ein mit anschließender Diskussion. Herr Günter hat im Jahr 2010 an einer „Schienenkreuzfahrt Masuren-Königsberg-Danzig“ ab Stuttgart per Sonderzug teilgenommen. Über Thorn, der Geburtsstadt Nicolaus Copernicus', ging die Fahrt nach Masuren, eine der schönsten Naturlandschaften Mitteleuropas. Gewaltige Eiszeitgletscher haben eine bezaubernde Hügellandschaft mit fast 9000 Seen und Teichen geformt, die in eine abwechslungsreiche Waldlandschaft eingebettet sind. Inmitten der eindrucksvollen Naturkulisse finden sich viele Zeugnisse preußischer Geschichte, aus der Ordenszeit mit den gewaltigen Ordensburgen, mittelalterlichen Kirchen, erbaut in Backsteingotik, der barocken Wallfahrtskirche „Heiligelinde“ mit ihrer berühmten Orgel und ihren beweglichen Figuren. Besucht wurden die nach Krieg und Zerstörung wieder aufgebauten beziehungsweise restaurierten Städte Allenstein, Nikolaiken mit Bootsfahrt, Braunsberg, Königsberg, Rauschen, Frauenburg, dort erinnert ein Gedenkstein an die Flucht über das zugefrorene Frische Haff im Januar 1945, Danzig mit der Marienkirche, dem größten aus Ziegeln errichteten Sakralbau der Welt, sowie Marienburg, der größten Burganlage und mit dem größten Backsteinbau Europas, der von 1309-1455 Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ordens war.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Weiden – Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen. Die Kreisgruppe traf sich zur ersten Zusammenkunft im neuen Jahr im evangelischen Gemeindezentrum Kreuz Christi. Der Erste Vorsitzende Hans Poweleit begrüßte zahlreiche Mitglieder und Gäste und dankte vor allem Frau Ilse Stark für ihre Vorbereitungen und Bemühungen. Zum Kaffee und Tee hatten die Frauen Edith Poweleit, Anita und Ingrid Uschald Kuchen gebacken, die sich die Mitglieder munden ließen. „Freue dich über die kleinen Dinge des Lebens!“, so lautete der Titel des Wortbeitrags, den die Kassiererin Ingrid Uschald zu Gehör brachte. Der Zweite Vorsitzende Norbert Uschald spielte mit seiner Gattin Anita flotte Weisen zum Mitsingen und die fünfjährige Katharina Uschald begeisterte mit einigen kleinen Flötenstücken. Norbert Uschald berichtete anschließend von ostpreußischen Bräuchen und Traditionen in der Faschingszeit. Die Kulturwartin Renate Poweleit erinnerte schließlich mit ihren persönlichen Erlebnissen an die furchtbaren Ereignisse während der Vertreibung aus der Heimat Ostpreußen vor 66 Jahren. Poweleit betonte, dass sich diese Erlebnisse auch nach so langer Zeit nicht „vertreiben“ lassen, sie kehren immer wieder ins Bewusstsein zurück. Sie habe diese als Mahnung und zur Erinnerung für nachfolgende Generationen niedergeschrieben. Nach dem Lied „Kein schöner Land“ verabschiedete man sich mit guten Wünschen bis zum 6. März.

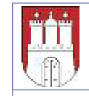


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Sonnabend, 19. Februar, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1, 14197 Berlin, Eisbeinessen. Anfragen: Elfi Fortanger, Telefon (030) 4944404.



Heilsberg – Sonnabend, 26. Februar, 16 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee, 12249 Berlin, Faschingsfeier. Anfragen Heilsberg: Benno Böse, Telefon (030) 7215570.

Rößel – Sonnabend, 26. Februar, 16 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee, 12249 Berlin, Faschingsfeier. Anfragen Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600, und über Berlin, Elisabeth Müller, Telefon (030) 6935721.

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Mittwoch, 23. März, 15 Uhr, Delegiertenversammlung der Landesgruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 8 (gegenüber S-Bahnstation Stadthausbrücke). Alle Bezirks- und Gruppenleiter mit ihren Delegierten sind herzlich eingeladen.

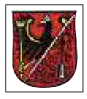
Heiligenbeil – Viertägiger Kurzurlaub in der Mitte Deutschlands. Fahrt zum Ostpreußentreffen in Erfurt vom 26. bis 29. Mai 2011. Erleben Sie an zwei Tagen einen der geschichtsträchtigen Teile Deutschlands und als Abschluss dann das Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28. und 29. Mai 2011. Preis pro Person im DZ 278 Euro, EZ-Zuschlag 48 Euro. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, Übernachtung (3x), Frühstücksbüfett und Abendessen (3x), Stadtrundfahrt und Stadtrundgang in Erfurt, Thüringenrundfahrt, Stadtrundfahrt Weimar, Transferfahrten zum Treffen. Anmeldungen bei Konrad Wien, Telefon Fax (040) 30067092, es sind nur noch wenige Plätze im Bus verfügbar. – Sonntag, 20. März, 13 Uhr, Besuch der Dittchenbühne in Elmshorn. Gespielt wird das Drama „Die Ratten“ von Gerhart Hauptmann. 13 Uhr, Abfahrt des Busses vom Gasthaus Waldquelle (Höpenstraße 88, Meckelfeld). 14 Uhr, Abfahrt Kirchenallee gegenüber vom Hamburger Hauptbahnhof. 15 Uhr, Kaffee und Kuchen sowie ein Gläschen Bärenfang. 16 Uhr, Theateraufführung. 18.30 Uhr, Rückfahrt nach Hamburg und Meckelfeld. Gesamtpreis: 28 Euro pro Person, ohne Busfahrt 18 Euro pro Person. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

Osterode – Sonnabend, 19. März, 14 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562. Einladung zum gemeinsamen Frühlingssingen mit Musikbegleitung. Eintritt frei. Gäste sind mit oder ohne Kappe herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 1. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Schrebers Café-Restaurant (im Kulturpalast), Öjendorfer Weg 30a, 22119 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

HEIMATKREISGRUPPE



Gumbinnen – Sonnabend, 5. März, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 8. Zu erreichen mit der S-Bahn, Station Stadthausbrücke oder U-Bahn Rödingsmarkt. Thema: „Im Märzen der Bauer sein Rößlein einspannt“. Nach einer Kaffeetafel erwartet Sie ein kulturelles Programm. Informationen bei Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784, oder Hans-Günter Schattling, Telefon (040) 5224379.



Heiligenbeil – Sonnabend, 5. März, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab den U-Bahnstationen: Hammer Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Von der Bushaltestelle Bauerbergweg sind es dann nur noch zwei Minuten Fußweg bis zum Treffpunkt. Der Vorstand würde sich freuen, wenn viele Mitglieder zur Jahreshauptversammlung erscheinen würden. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldungen bis zum 5. März beim Vorsitzenden K. Wien, Telefon (040) 30067092.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 28. Februar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Thema: „Wir feiern: Fasching, Frohsinn, Feiern“.

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

teres Feld 6, 33803 Steinhagen, am 25. Februar

Neumann-Holbeck, Günter, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Neugrabener Bahnhofstraße 71, 21149 Hamburg, am 27. Februar

Oesau, Hildegard, geb. **Neumann**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Ackenboer Moorweg 3, 25572 Ecklak, am 27. Februar

Polemsky, Egon, aus Egloffstein, Kreis Landsberg/Warthe, jetzt Volkmarweg 17, 16515 Oranienburg, am 26. Februar

Redmond, Inge, geb. **Trentowski**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt High Venture, Lower Cladswell Lane, Cookhill / Nr Alcester Warhs B49 5JY, Großbritannien, am 24. Februar

Rehaag, Aloysius, aus Wernegitten, Kreis Heilsberg, jetzt Am Plänksken 36, 47809 Krefeld, am 23. Januar

Seils, Traute, geb. **Krispin**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Karl-Evang-Straße 33, 42897 Remscheid, am 22. Februar

Serek, Erika, geb. **Niko**, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Uthleber Straße 14, 99735 Sundhausen, am 24. Februar

Skowronnek, Gerd, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, jetzt Am kleinen See 11, 23701 Eutin, am 24. Februar

Stadie, Emil, aus Gauleden, Bärenbruch, Kreis Wehlau, jetzt Beethovenstraße 6, 53757 Sankt Augustin, am 27. Februar

Steinbrücker, Ilse, geb. **Bähre**, aus Allenburg, Herrenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Teichstraße 5, 31319 Sehnde, am 22. Februar

Szendeleit, Lothar, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Emsstraße 7A, 48499 Salzbergen, am 24. Februar

Thiel, Gerhard, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Burgsdorffstraße 64, 46284 Dorsten, am 21. Februar

Tobias, Gerhard, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Auf der Heide 17, 32584 Löhne, am 25. Februar

Wekker, Hertha, geb. **Schulz**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt Sommerdellenstraße 124, 44866 Bochum, am 26. Februar

Wendt, Ingeborg, geb. **Kolbusa**, aus Lyck, jetzt Am Alten Birnbaum 11, 65719 Hofheim am Taunus, am 26. Februar

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt – LOW und BdD: Zum ersten Treffen im neuen Jahr konnten die Vorsitzenden im Kranichsteiner Bürgerhaus am See den stellvertretenden Vorsitzenden der Kreisgruppe Wiesbaden, Reinhard Kayss aus Ginsheim, begrüßen. Gerhard Schröder dankte zunächst Waltraud Barth für den Blumenschmuck und Gisela Keller für die Arbeit, die sie sich im Vorfeld zur Adventsfeier gemacht hatte. Er überbrachte auch Grüße von der befreundeten Gruppe aus Freiberg in Sachsen und berichtete unter anderem von der Eröffnung des neuen Grenzübergangs auf der ehemaligen Reichsstraße 1. Der Übergang hat zwölf Fahrspuren für eine Kapazität von 4000 Fahrzeugen am Tag. Die Wartezeit an der polnisch-russischen Grenze wird dadurch ganz erheblich reduziert. Das Projekt wurde mit je 13 Millionen Euro von der EU und der Russischen Föderation finanziert. Schröder erinnerte an den Danziger Astronomen Johannes Hevelius, der der bedeutendste Himmelsforscher seiner Zeit war und in diesem Januar seinen 400. Geburtstag beging. Dieter Leitner wird am 10. April einen Vortrag über ihn halten.

Erwin Balduhn leitete mit dem Gedicht „Das Alte ist vergangen“ eine pessimistische Betrachtung über das neue Jahr ein. Gerhard Turowski sprach über den Austausch der geistlichen Elemente. Wir würden nicht die Kirche bekämpfen, sondern die Kirche sich selbst. Anni Oest grüßte die Geburtstagskinder. Nach der Kaffeetafel hielt Reinhard Kayss seinen interessanten und äußerst informativen Vortrag über Möglichkeiten zur Familienforschung. Der Genealoge machte

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

deutlich, man werde bei einer eingehenden Suche nach den Ahnen schnell erkennen, dass Namen und Datumsangeben nur das „Skelett“ sind. Die eigentliche Substanz wird durch Geschichten, Erzählungen und Dokumente gebildet, durch Fotos und Bilder. Die Vorfahren lebten nicht für sich allein, sondern sie waren in ihrem Wohnort eingebunden in ein vielfältiges Geflecht kirchlicher, sozialer und wirtschaftlicher Beziehungen. Damit besteht ein Anknüpfungspunkt zur Heimatgeschichte, ein Anlass, sich der Vergangenheit zu erinnern und sie für folgende Generationen festzuhalten. Kayss hatte unzählige Bücher zur Familiengeschichte zur Einsicht mitgebracht, von denen reger Gebrauch gemacht wurde. Dieter Leitner hatte das Buch von Kaiser/Linder „Familiengeschichte und Wappenkunde“ (Weltbild Verlag, ISBN 3-8289-0325-8) ausgelegt, das fast alle Anschriften (S. 51–64) von Archiven, Vereinen und Institutionen enthält. Hier nur einige Adressen für unsere Mitglieder: Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen e.V., Reinhard Wenzel, An der Leegde 25, 29233 Celle / Salzburger Verein e.V., Memeler Straße 35, 33605 Bielefeld / Erzbistum Salzburg, Konsistorialarchiv, Kapitelplatz 2, A-5010 Salzburg / Heimatortskartei Nordosteuropa (mit Abteilungen für Ostpreußen/Memelland, Danzig-Westpreußen, Pommern u.a.), Vorwerkstraße 103, Block 33, 23554 Lübeck. Im Staatsarchiv Danzig befinden sich fast der komplette Bestand und die Originale der ältesten Danziger Kirchenbücher. Sie waren vor der Zerstörung der Stadt in den Westen ausgelagert worden und wurden nach dem Krieg von den Briten an die Polen übergeben. Die Danziger Stadtbibliothek besitzt eine umfangreiche Sammlung von Adressbüchern seit dem 18. Jahrhundert, außerdem alle Ausgaben der in der Freien Stadt erschienenen Zeitungen, ferner zahlreiche familiengeschichtliche Werke. Reinhard Kayss, der seine Forschungen seit über 20 Jahren betreibt, musste viele Fragen beantworten. Mit herzlichem Beifall wurde ihm gedankt. Er hilft gern bei Nachforschungen und ist unter der Anschrift Westerwaldstraße 12 in 65462 Ginsheim zu erreichen.

Dillenburg – Bei der ersten Monatsversammlung im neuen Jahr konnte der Vorsitzende Lothar Hoffmann leider nicht sehr viele Gruppenmitglieder begrüßen. Nach dem Kaffeetrinken stellte er zunächst fest, dass wir uns im Januar immer an Flucht und Vertreibung aus der Heimat erinnern, die für die meisten von uns ja Anfang des Jahres 1945 stattfand. So stand auch diesmal der Nachmittag unter dem Thema Erinnerung und Flucht. Zuerst las Urte Schwidrich das Gedicht „Zuhause“, in dem von all dem die Rede ist, was für uns „Zuhause“ bedeutete, zum Beispiel ostpreußische Bezeichnungen für alles Mögliche, die Gerichte, die wir noch heute gern essen. Frau Schwidrichs unverkennbarer ostpreußischer Tonfall übermittelte dabei die richtige Atmosphäre. Dann zeigte Lothar Hoffmann, als Einführung zur Geschichte „Die Flucht nach Ägypten“ von Selma Lagerlöf, drei Dias, die sich darauf beziehen. Zwei davon stammen aus der sogenannten Rembrandt-Bibel, in der zahlreiche Gemälde und Radierungen Rembrandts zu biblischen Themen zusammengefasst sind. Bei Matthäus 2, 13-15 erscheint der Engel dem Josef im Traum und befiehlt ihm, Maria und das Kind zu nehmen und nach Ägypten zu fliehen. Das ist auf dem ersten Bild zu sehen. Das zweite Bild zeigt dann Josef mit Zimmermannshandwerkszeug zu Fuß, Maria und das Kind auf einem Esel auf der Flucht. Auf dem dritten Bild ist die gleiche Szene dargestellt. Es ist das Foto eines fast lebensgroßen Mosaiks im Vorhof der koptischen Kirche Abu-Serga in Alt-Kairo, die Ingrid Nowakiewitsch und ihre Tochter bei ihrer Mittelmeerkreuzfahrt im Oktober mit anderen Sehenswürdigkeiten besucht hatten. An der Stelle dieser Kirche soll die Heilige Familie während ihres Aufenthaltes in Ägypten gewohnt haben. Dann las Ingrid Nowakiewitsch die Geschichte „Die Flucht nach Ägypten“ aus dem Buch „Christuslegenden“ von Selma Lagerlöf, erschienen 1904. In dieser Legende wird von einer uralten Palme berichtet, deren Samen die Königin von Saba in einer Oase in die Erde steckte, als sie Abschied nahm von König Salomo, der sie bis dahin begleitet hatte. Dabei sagte sie, dass die Palme erst sterben würde, wenn sie einen König, größer als König Salomo, begegnet wäre. Und das war der Jesusknabe, der ihr befahl, sich zu beugen, damit er für sich und seine Eltern Datteln aus der Krone pflücken könne, um sie vor dem Verhungern und Verdursten in der Wüste zu bewahren. Bevor der Nachmittag ausklang, gab Lothar Hoffmann noch einige Einzelheiten zum geplanten Ausflug nach Bad Ems im April bekannt.

Kassel – Die Kreisgruppe traf sich zu ihrer Jahreshauptversammlung, die mit dem Westpreußenlied eröffnet wurde. Der Stellvertretende Vorsitzende Hermann Opiolla leitete die Versammlung, sprach die Totenehrung und verlas den Tätigkeitsbericht des Vorstands. Wieder hatte es im abgelaufenen Jahr elf monatliche Treffen gegeben, der Juli ist Ferienmonat, sowie Wanderungen und Ausflüge. Die Treffen wurden von durchschnittlich 33 Mitgliedern und Gästen besucht, eine leichte Steigerung. Die Mitgliederzahl beträgt leider nur noch 67 Personen. Der Kassenbericht ergab eine kleine Bestandszunahme, die Kassen- und Buchführung wurde als einwandfrei bestätigt und dem gesamten Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Die Mitgliederversammlung dankte dem Vorstand und den Kassenprüfern, besonders Frau Deyß, für die im Jahr 2010 geleistete Arbeit. Unter „Verschiedenes“ regte Frau Fahning die Beschaffung eines – wenn auch nur kleinen – Mikrofons an, da die Hörfähigkeit bei vielen Älteren leider nachlasse. Der Vorstand wird sich hierum bemühen. Für die im Rundbrief Nr. 248 geplanten Ausflüge gab Herr Landau noch die ausstehenden Termine wie folgt bekannt: nach Bad Salzschlirf und Schlitz, Mittwoch, den 11. Mai, für Wilhelmshöhe, Dienstag, den 21. April. Nach Beendigung der Jahreshauptversammlung zeigte Herr Landau mit Unterstützung der Damen Barthel und Nitsch viele Dias mit herrlichen Wintermotiven aus verschiedenen Gegenden Ostpreußens.



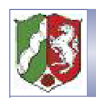
NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Sonnabend, 26. Februar, 15 Uhr, Gasthaus Zur Linde in Geismar. Jahreshauptversammlung. Im Anschluss findet das traditionelle Grützwurstessen statt. – 28./29. Mai, Fahrt zum Ostpreussentreffen in Erfurt. Im Preis von 96 Euro ist die Eintrittsplakette zum Deutschlandtreffen enthalten. Da nur noch wenige Zimmer zur Verfügung stehen, bitte schnellstmöglich anmelden. Informationen bei: Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675, Fax (0551) 6337133. Am 3. September wird der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder stattfinden.

Helmstedt – Donnerstag, 10. März, 15 Uhr, Begegnungsstätte Schützenwall 4: Jahreshauptversammlung.

Oldenburg – Bericht über Versammlung am 9. Februar 2011: Zur Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen in Oldenburg kam Prof. Dr. K. Gündisch, Historiker vom Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa BKGE in Oldenburg und brachte einen Vortrag mit Bilderpräsentation über Siebenbürgen / Rumänien und Hermannstadt als Kulturhauptstadt 2007 mit, wobei er auch die vielfältige ethnische Schichtung mit ihren historischen Wurzeln in diesem Teil des Balkans erläuterte. Prof. Gündisch, gebürtig aus Hermannstadt, konnte lebendig und anschaulich aus seiner Heimat berichten und die Verbindungen aufzeigen, die heute wieder zwischen Siebenbürgen und Deutschland präsent sind, wozu auch die Kulturhauptstadt vor vier Jahren beigetragen hat. Der deutsche Bürgermeister Klaus Johannis hat viel für die bewusst siebenbürgersächsische Identität der Stadt innerhalb des rumänischen Staatsverbandes getan, wozu auch zu zählen ist, dass der Großherzog von Luxemburg in Hermannstadt in seiner eigenen Mundart angesprochen werden konnte, weil diese beiden Mundarten verwandt sind. Bei unserem nächsten Treffen am 9. März, 15 Uhr im Stadthotel Eversten wird uns unser Mitglied Hans Rettkowski einen Dia-Vortrag „Masurische Geschichtchen“ zeigen. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Nachruf! Am 28. Januar 2011 verstarb nach schwerer Krankheit die Vorsitzende unseres Bonner Frauenkreises, Frau Anna Stomberg. Sie war seit November 1976 Mitglied unserer Kreisgruppe und hat über 30 Jahre den Frauenkreis geleitet. In der Trauerfeier am 3. Februar fand Frau Agnes Strauch passende Worte für deren 20-jährigen Einsatz in diesem Amt. Ihre Treue zur Heimat in der Gestaltung der monatlichen Treffen und Thomen sowie ihre liebenswerte Art der Anteilnahme bei allen unseren Damen zeichneten sie aus wie auch ihre Akti-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Stiftung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
„Zukunft für Ostpreußen“

Liebe Landsleute, verehrte Leserinnen und Leser der
Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt,

die Landsmannschaft Ostpreußen hat eine Stiftung ins Leben gerufen, um die Erinnerung an Ostpreußen und seine Menschen dauerhaft zu bewahren und nachfolgenden Generationen ein Bild dieser großartigen europäischen Kulturlandschaft zu vermitteln.
Ihr Name ist: Stiftung ***„Zukunft für Ostpreußen“***.

Welche Zwecke verfolgt die Stiftung?

Zu ihren wesentlichen Aufgaben zählen die Förderung von Forschung und Wissenschaft im Hinblick auf die ostpreußische Geistes-, Siedlungs- und Kulturgeschichte als Teil der deutschen und europäischen Geschichte sowie die Unterstützung der in der Heimat verbliebenen Deutschen und ihrer Nachkommen bei dem Bemühen, ihre Identität zu wahren. Großes Gewicht wird dabei der Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten eingeräumt.

Wie hilft die Stiftung?

- Vergabe von Forschungsaufträgen und Auslandsstipendien,
- Veröffentlichung und Mitfinanzierung von Publikationen,
- Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und Seminaren,
- Förderung des Jugendaustausches mit Litauen, Polen und Russland,
- Unterstützung der deutschen Minderheit in Ostpreußen, z. B. durch Förderung des deutschen Sprachunterrichts,
- Restaurierung von Bauwerken und Gedenkstätten in Ostpreußen.

Was können Sie tun?

Sie können die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch Zustiftungen oder Spenden (Zuwendungen) unterstützen.

Zustiftungen

Mit einer Zustiftung fördern Sie die Arbeit der Stiftung auf Dauer. Ihr Beitrag wird Teil des Grundstockvermögens und nur die Zinserträge werden für die Arbeit der Stiftung eingesetzt. Zustiftungen ab 5.000 Euro werden in unserem Stiftungsbuch erfasst, damit der Name der Stifter und ihr Einsatz für Ostpreußen der Nachwelt erhalten bleibt.

Erbschaften

Mit der Errichtung der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ wird auch dem Wunsch vieler Menschen Rechnung getragen, mit ihrem Erbe dauerhafte Spuren zu hinterlassen. Wenn Sie sicher sein wollen, dass Ihr Erbe ausschließlich für gemeinnützige Zwecke eingesetzt wird, ist die Stiftung das geeignete Instrument. Bekunden Sie Ihren Willen zu einer Zustiftung in Ihrem Testament. Oder machen Sie eine Teilstiftung zu Lebzeiten und verfügen testamentarisch eine Erhöhung dieses Betrages. So erleben Sie noch persönlich, welche Früchte Ihre Zustiftung trägt. Mit einem Vermächtnis können Sie der Stiftung auch Sachwerte zukommen lassen – etwa Immobilien.

Spenden (Zuwendungen)

Spenden an die Stiftung fließen nicht in das Stiftungskapital ein. Die Gelder werden zeitnah zur Verwirklichung der Stiftungsprojekte verwendet.

Steuerliche Begünstigung

Ihr Engagement für einen guten Zweck kann mit erheblichen steuerlichen Vorteilen verbunden sein. 2007 hat der Bundesrat das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ verabschiedet, womit die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für Stifter und Stiftungen erheblich verbessert wurden. Als gemeinnützige Organisation ist die Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ von der Erbschaftssteuer befreit.

Ob Sie die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch eine Zustiftung, einen Nachlass, eine Schenkung oder Spende unterstützen, entscheiden Sie. Jeder Beitrag hilft, Ostpreußen eine Zukunft zu geben. Stiftungsrat und Stiftungsvorstand sichern Ihnen eine effiziente Verwendung der Stiftungsmittel zu.

Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an den Vorsitzenden des Stiftungsvorstands, Dr. Sebastian Husen, husen@ostpreussen.de oder Tel. 040 - 41 40 08 - 23.

Wirken Sie mit an der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“!

Stephan Grigat
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsrates

Dr. Sebastian Husen
Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsvorstands

Stiftungskonto:

Fürst Fugger Privatbank
Konto-Nr.: 1001834983
BLZ: 720 300 14

Bitte vermerken Sie bei Ihrer Überweisung unter dem Verwendungszweck, ob es sich um eine Spende oder eine Zustiftung handelt. Auf Wunsch stellen wir gerne eine Zuwendungsbestätigung aus.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

vitäten und ihr Zugehörigkeitsgefühl in der Bonner Kreisgruppe. Bei den jährlich stattfindenden „Ostdeutschen Markttagen“ in Bonn war sie mit den Damen ihrer Frauengruppe stets gern im Einsatz. Sie zeigte immer viel Interesse an ihrer Heimat Ostpreußen und war beteiligt bei der Aufnahme einer CD, auf der Landsleute der Erlebnisgeneration über die Flucht aus Ostpreußen berichteten. Eine Tonbandaufnahme wurde im Mai 2001 im Westdeutschen Rundfunk in der Sendung „Alte und neue Heimat“ gesendet, in Verbindung mit der Einweihung des Gedenksteins in Frauenburg, der direkt am Frischen Haff zum Gedenken an die vielen Kriegsopfer aufgestellt worden ist. Dies war im Frühjahr 2001, denn Alma Stromberg hat auch die Flucht über das Eis im Januar / Februar 1945 selbst miterlebt. So verlieren wir einen treuen Menschen der Erlebnisgeneration, der immer ansprechbar war und mit viel Geduld und Hingabe die von ihr übernommenen Aufgaben erledigt hat. Alma Stromberg wird insbesondere unserer Frauengruppe und der Kreisgruppe in dankbarer Erinnerung bleiben.

Bielefeld – Donnerstag, 3. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Montag, 7. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße, 6. Stock, Treffen der Frauengruppe Ost- und Westpreußen.

Düsseldorf – Mittwoch, 2. März, 15 Uhr, GHH, Raum 311, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 2. März, 19.15 Uhr, GHH, Konferenzraum, Vortrag von Prof. Dr. Jürgen Förster, Universität Freiburg i. Br.: „Vernichtungskrieg ist nicht gleich Vernichtungskrieg: Die deutsche Kriegsführung gegen Polen und gegen die Sowjetunion 1939/1941“.

Gütersloh – Montag, 21. Februar, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, Ostpreußischer Singkreis, Info über Ursula Witt, Telefon 37343. – Donnerstag, 24. Februar, 15.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Güteslober Brauhaus, Unter den Ulmen 9. – Montag, 28. Februar, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, Ostpreußischer Singkreis, Info über Ursula Witt, Telefon 37343.

Mülheim a.d. Ruhr – Dienstag, 8. März, 15 Uhr, Handelshof, Jahreshauptversammlung mit Wahlen und Jahresberichten. Anschließend hält die Vorsitzende ein Referat über den Danziger Astronom Johannes Hevelius. Der krönende Abschluss wird das traditionelles „Königsberger Klops“-Essen sein.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 5. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20 in Kaiserslautern.

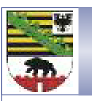
Ludwigshafen / Rhein – Freitag, 11. März, 16 Uhr, Treffen der Gruppe zum Heringsessen in der Gaststätte „Zur alten Turnhalle“, Ludwigshafen-Oggersheim, Altstadtplatz 15. Vom 27. – 30. Mai, Fahrt zum Deutschlandtreffen nach Erfurt. Es sind noch Plätze frei. Bei Interesse bitte anrufen bei Radons, Mannheim, Telefon (0621-408977). Der Preis inklusive Busfahrt und Halbpension beträgt 290 Euro.

Agnes-Miegel-Tage 2011

Freitag, 11. März, 16 Uhr: „Italien ist für mich eine ganz neue, wundervolle Welt gewesen“. Agnes Miegels erste Italienreise 1911. Lesung mit Annemete v. Vogel und Dr. Marianne Kopp. Bis 18.30 Uhr besteht die Möglichkeit, das Agnes-Miegel-Haus zu besuchen. 19 Uhr: „Der alte Mensch und seine Freunde“. Zwei Gespräche mit Agnes Miegel, 1959 und 1952.

Samstag, 12. März, 10 Uhr: Mitgliederversammlung (Einlass ab 9.30 Uhr), 14.30 Uhr: Gedenken an Agnes Miegels Grab. 15.30 Uhr: „Agnes Miegel und jüngere Diskussionen um die Dichterin“- Vortrag von Prof. Dr. Paul Leidinger (Warendorf) mit anschließender Diskussion. 16.30 Uhr „Komm doch, lieber Frühling...!“ Offenes Singen mit Pastor Adolf Höhle (Neustadt/Rbge.). 19.30 Uhr: **Lesung:** Agnes Miegel „Die Padrona erzählt“ mit Musik von Scarlatti, Steffani, Händel u.a. Arien des italienischen Barock. Ausführende: Sopran: Inge Henke; Violine: Vera Hähndel; Violoncello: Dr. Christof Schulz-Wistokat; Cembalo: Barbara von Witzleben. Continuocello: Annemete v. Vogel; Sprecherinnen: Annemete v. Vogel und Dr. Marianne Kopp, Änderungen vorbehalten. Eintritt frei.

Hotel Hannover, Buchenallee 1, 31542 Bad Nenndorf



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Magdeburg – Dienstag, 8. März, 16.30 Uhr, Vorstandssitzung in der Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

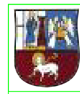
Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Kiel – 24. Februar bis 3. März, Handarbeitsausstellung derArbeitsgemeinschaft „HILFE für EUCH“, Kiel / Wiefelstede in Bad Zwischenahn, Wandelhalle., „Winter ade“, täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Die Ausstellung zeigt erlesene Handarbeiten, die in einem Hilfe-zur-Selbsthilfe-Projekt in Ostpreußen von Frauen hergestellt wurden, die mit Handarbeiten ihren Familien ein Zubrot verdienen. Die Arbeitsgemeinschaft, die dieses und andere Projekte seit 28 Jahren ehrenamtlich betreut, bringt den Frauen auf ihren Versorgungsfahrten, die sie mehrmals im Jahr unternimmt, die vorbereiteten Materialien hin und holt Fertiges ab. Auf verschiedenen Ausstellungen im norddeutschen Raum werden die Handarbeiten dann zum Kauf angeboten. Der Erlös fließt in vollem Umfang den Frauen sowie anderen Bedürftigen zu. Die Ausstellung in der Wandelhalle in Bad Zwischenahn ist auf den ersehnten Frühling abgestimmt. Es blüht auf Decken und Kissen, Bändern und Taschen. Bestickte Tücher verschönern Küche und Bad, Überhandtücher und Stickmustertücher garnieren Wand und Flur, blütenweiße Bettwäsche bestickt und behäkelt bringt Nostalgie zurück. Kostbare Decken in Weißstickerei stehen den wahren Schmuckstücken aus Filethäkelei in nichts nach. Wer kleine Dinge zum Verschenken sucht, hat auch dabei eine reichhaltige Auswahl. Außer „Stofflichem“ bietet die Arbeitsgemeinschaft auch Honig und Bernstein aus Ostpreußen, selbstgemachten Bärenfang und wohlschmeckendes Marzipankonfekt an. Die Vorschau auf den Sommer bringt auch schon „Rosiges“ in vielerlei Form zu Gesicht. Informationen über Ulrike Madeya, Ripener Weg 19, 24109 Kiel. – **Die Kreisgruppe traf sich zur ersten Zusammenkunft** im neuen Jahr im evangelischen Gemeindezentrum Kreuz Christi. Der Erste Vorsitzende Hans Poweleit begrüßte zahlreiche Mitglieder und Gäste und dankte vor allem Frau Ilse Stark für ihre Vorbereitungen und Bemühunen. Zum Kaffee und Tee hatten Edith Poweleit, Anita und Ingrid Uschald Kuchen gebakken, die sich die Mitglieder munden ließen. „Freue dich über die kleinen Dinge des Lebens!“ – so lautete der Titel des Wortbeitrages, den die Kassiererin Ingrid Uschald zu Gehör brachte. Der Zweite Vorsitzende Norbert Uschald spielte mit seiner Gattin Anita flotte Weisen zum Mitsingen und die 5-jährige Katharina Uschald begeisterte mit einigen kleinen Flötenstücken. Norbert Uschald berichtete anschließend von ostpreußischen Bräuchen und Traditionen in der Faschingszeit. Die Kulturwartin Renate Poweleit erinnerte schließlich mit ihren persönlichen Erlebnissen an die furchtbaren Ereignisse während der Vertreibung aus der Heimat Ostpreußen vor 66 Jahren. Poweleit betonte, dass sich diese Erlebnisse auch nach so langer Zeit nicht „vertreiben“ lassen, sie kehren immer wieder ins Bewusstsein zurück. Sie habe diese als Mahnung und zur Erinnerung für nachfolgende Generationen niedergeschrieben. Nach dem Lied „Kein schöner Land“ verabschiedete man sich mit guten Wünschen bis zum 6. März.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Herbert Monkowski, Hahnenbecke 12, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4147. Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen a. T. W., Postfach 12 09, 49170 Hagen a. T. W., Telefon (05401) 9770.

4. Kreisausschussitzung des 6. Kreistages – Nach der Wahl des neues Kreisausschusses vom 21. Mai 2010 kam dieser am 8. Januar 2011 in Hagen am Teutoburger Wald zu einer erneuten Sitzung zusammen. Im Vordergrund der umfangreichen Tagesordnung stand die Diskussion um das soeben erschienene Heimatjahrbuch Nr. 41 / 2010. Mit 320 Seiten Umfang und vielen mehrheitlich in Farbe wiedergegebenen Bildern sticht es aus den früheren Ausgaben hervor und wurde dementsprechend von zahlreichen Lesern positiv bewertet. Zugleich wurde zur weiteren Senkung der Druckkosten und eine noch bessere Arbeitsteilung im vergrößerten Redaktionsteam beraten. Kirchspiel- und Dorftreffen sollen künftig strenger organisiert und vom Kreisausschuss begleitet werden. Als Ansprechpartner steht der stellvertretende Kreisvertreter Hans-Peter Blasche zur Verfügung. In der Sache Franz Jäger hat der Kreisausschuss nach dessen Annahme der Wahl zum Mitglied des Kreistages laut Erklärung vom 30. Dezember 2010 beschlossen: Franz Jäger, geb. am 24. Mai 1937, Heimatort Kalborn, Seilerstraße 11, 51688 Wipperführt, Telefon (02267) 2850 ist Mitglied des 6. Kreistages und in die neue Liste der Kreistagsmitglieder unter Nr. 22 aufgenommen worden (zu vgl. Kandidatenliste Seite 217, HJB Nr. 41 / 2010).

Kreistagssitzung 2011 – Einvernehmlich mit dem Vorsitzenden des Kreistages der Kreisgemeinschaft wurde die Kreistagssitzung 2011 terminlich auf den 9. April 2011, im Rathaus in Hagen a. T. W. festgelegt. Die Kreistagsmitglieder erhalten rechtzeitig eine gesonderte Einladung unter Beifügung der Tagesordnung. Themenvorschläge können zu Händen des Kreistagsvorsitzenden Johann Certa gemacht werden.

Das Deutschlandtreffen der Ostpreußen findet am 28./29. Mai in Erfurt auf dem Messegelände statt. Die Großkundgebung ist am Sonntag, 29. Mai, 11 Uhr, Halle 1. Für Allenstein Stadt und Land sind 70 Plätze reserviert. Wir erwarten Gäste aus der Heimat. Seien Sie alle herzlich willkommen.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Abschied von Bruno Saborowski. Die Angerburger trauern um Bruno Saboworski, der am 2. Februar 2011 im Alter von 95 Jahren verstarb. 1915 in Pietzarken im Kreis Angerburg als zehntes Kind des Landwirts Carl Saborowski geboren, besuchte er von 1922 bis 1930 die örtliche Volksschule. Er war sehr sportlich und schon im SV Pietzarken von 1924 als Fußballspieler aktiv und hat später auch das „Goldene Sportabzeichen" erworben. Beruflich war er nach dem Krieg in Oldenburg (i. Oldenburg) als selbstständiger Speditionskaufmann erfolgreich. 24 Jahre war Bruno Saborowski Mitglied der Angerburger Kreisvertretung, der er von 1981 bis 2005 angehörte. Durch seine ruhige und sachliche Art wusste er in diesem Gremium zu überzeugen. Besonders am Herzen lag ihm das Kriegerdenkmal in seinem Heimatdorf Pietzarken (ab 23.9.1931 Bergensee), das er auf eigene Kosten erneuern ließ. Auch nach seinem Ausscheiden aus der Angerburger Kreisvertretung blieb er der Kreisgemeinschaft immer verbunden und besuchte trotz seines hohen Alters die Angerburger Tage und heimatpolitischen Tagungen in Rotenburg / Wümme. Sein langjähriger ehrenamtlicher Einsatz für Pietzarken und Angerburg wird uns unvergessen bleiben. **Angerburger Kulturpreis 2011:** Im Jahre 2011 wird der vom Patenkreis Rotenburg (Wümme) 1955 gestiftete „Angerburger Kulturpreis" vergeben. Dieser Preis in Höhe von 500 Euro wird alle drei Jahre verliehen. Der Preis wird ausgeschrieben für literarische und andere künstlerische und wissenschaftliche Arbeiten. Angerburger Künstler bzw. Autoren oder den Kreis Angerburg betreffende deutschsprachige Arbeiten, in denen insbesondere seine Landschaft, menschliche Atmosphäre, Kultur, Wirtschaft und Geschichte, die Völkerverständigung oder eines dieser Gebiete künstlerisch oder wissenschaftlich behandelt werden. Als solche Arbeiten zählen auch Audio- und Video-Arbeiten. Es werden nur unveröffentlichte oder nach dem 21. Januar 1955 erstmalig veröffentlichte Arbeiten berücksichtigt. Die Arbeiten sind bis zum 28. Februar 2011 an den Landkreis Rotenburg (Wümme), Amt 10, Hopfengarten 2, 27356 Rotenburg (Wümme), unter dem Kennwort „Angerburger Kulturpreis" ohne Absenderangabe einzureichen. Name, Anschrift des Verfassers und die unterschriebene Erklärung, dass der Einsender sich den Bedingungen des Wettbewerbs unterwirft, sind in einem gesonderten, gleichfalls verschlossenen Umschlag beizufügen. Über die Einsendungen entscheidet ein Preisgericht. Um rege Beteiligung bittet der Landkreis Rotenburg (Wümme).

Mittwoch, 2. März, 13 Uhr, Zeppelin, Frohmestraße 123, 22459 Hamburg, **Monatstreffen** der Heimatgruppe. Gäste und Mitglieder sind willkommen. Rückfragen bei Manfed Samel, Telefon / Fax (040) 587585. Ein Videovortrag und eine Dichterlesung über die Heimat stehen auf dem Programm. **Reise der Heimatgruppe Darmstadt** nach Insterburg und auf die Kurische Nehrung – Die Heimatgruppe führt seit 1992 Gruppenreisen nach Ostpreußen in Ihre alte Heimat beziehungsweise die Heimat Ihrer Vorfahren in Zusammenarbeit mit der Firma Greif-Reisen, 58455 Witten, durch. Bisher wurden insgesamt 22 Flug- und Busreisen durchgeführt. Auch im Jahr 2011 ist wieder eine Fahrt nach Insterburg zu dem nachfolgenden Termin vorgesehen. – **Busreise vom 18. Juni – 29. Juni 2011** – 12 Tage/11 Übernachtungen/HP/DZ, Darmstadt – Schneidemühl – Insterburg – Nidden – Danzig – Stettin – Darmstadt. Übernachtungen: Schneidemühl 1 x, Insterburg 4 x, Nidden 4 x, Danzig 1 x, Stettin 1 x. Mindestreiseteilnehmer: 25 Personen, Anmeldeschluss: 2. Mai 2011. 1. Tag – Samstag, 18. Juni: Abfahrt: 6 Uhr Darmstadt-Hauptbahnhof/Omnibusbahnhof. Weiterfahrt über BAB 5/7 nach Kassel und Braunschweig, über BAB 2 nach Magdeburg-Berlin (zu den vereinbarten Zusteigemöglichkeiten an den Autobahn-Raststätten) zum deutsch-polnischen Grenzübergang Küstrin. Weiterfahrt nach Schneidemühl. 1. Übernachtung in Schneidemühl. 2. Tag – Sonntag, 19. Juni: Frühstücksbüfett. Weiterreise nach Marienburg an der Nogat mit der größten Burg des Deutschen Ritterordens, Fotostopp, dann weiter über Elbing zum polnisch-russischen Grenzübergang Braunsberg / Heiligenbeil nach Insterburg. 2. Übernachtung in Insterburg im Hotel Zum Bären. 3. Tag – Montag, 20. Juni: Tag zur freien Verfügung zum Besuch der Heimatorte u.a.m. Die Reiseleitung ist behilflich bei der Planung und Durchführung von privaten Fahrten und Exkursionen. Geführter Stadtrundgang rund um das Zentrum von Insterburg, abends, Konzert Chor Harmonie in der Katholischen Kirche. 3. Übernachtung in Insterburg im Hotel Zum Bären. 4. Tag – Dienstag, 21. Juni: Tagesausflug nach Königsberg, Stadtrundfahrt/Stadtrundgang mit Besichtigungen: Rupp-Denkmal, Kant-Grab, Dom mit Kant-Museum, Kant-Denkmal, Schlossteich, Stadttore und anderes mehr. 4. Übernachtung in Insterburg im Hotel Zum Bären.

5. Tag – Mittwoch, 22. Juni: Fahrt nach Gumbinnen mit Fotostopp am Elchdenkmal und Besichtigung der wieder aufgebauten Evangelischen Kirche der Salzburger, Besichtigung des restaurierten Freskos in der Aula des ehemaligen Friedrichgymnasium, nach Breitenstein, Besuch des Ostpreußen-Museums. 5. Übernachtung in Insterburg im Hotel Zum Bären. 6. Tag – Donnerstag, 23. Juni: Fahrt über Georgenburg und Ragnit zum russisch-litauischen Grenzübergang in Tilsit. Über die Königin-Luise-Brücke und Heydekrug weiter durch das Memelland nach Memel mit Stadtrundfahrt/Stadtrundgang. Überfahrt auf den litauischen Teil der Kurischen Nehrung über Schwarzort nach Nidden. 6. Übernachtung in Nidden. 7. Tag – Freitag, 24. Juni: Tag zur freien Verfügung. Zeit für Strand- und Haff-Spaziergänge. Auch Ausflüge nach Sandkrug zur Süderspitze ins Meeresmuseum und Aquarium, oder nach Memel sind ebenso möglich wie Schiffs- und Segelfahrt auf dem Haff. Wie jedes Jahr im Juni findet auf der Kurischen Nehrung das Johannisfest, auch Johannisnacht genannt, statt – der Höhepunkt der Niddener Festsaison! Heute Abend feiern die Litauer die Mittsommernacht, die Johannisnacht, wir können mitfeiern – ein einmaliges Erlebnis. 7. Übernachtung in Nidden. 8. Tag – Samstag, 25. Juni: Fahrt zur Hohen Düne, Spaziergang von der Hohen Düne nach Nidden mit Stadtrundgang und Besichtigung des Bernstein-Museums, der Ev. Kirche, Kurenfriedhof und Thomas-Mann-Haus. Nachmittags zur freien Verfügung. Musik, Theater und Folkloregruppen prägen an diesen Tagen das Bild der Kurischen Nehrung. 8. Übernachtung in Nidden. 9. Tag – Sonntag, 26. Juni: Fahrt nach Schwarzort und Rundgang auf dem Hexenberg mit den großen, wunderschönen Holzskulpturen zu litauischen Sagen und Märchen und anschließend zur Haffpromenade. Nachmittags zur freien Verfügung. 9. Übernachtung in Nidden. 10. Tag – Montag, 27. Juni: Fahrt zum litauisch-russischen Grenzübergang Nidden / Pillkoppen und in den russischen Teil der Kurischen Nehrung (Naturschutzgebiet). Besichtigung der Dorfkirche und der Vogelflugwarte in Rossitten. Weiterfahrt über Cranz, Königsberg zum russisch-polnischen Grenzübergang Heiligenbeil/Braunsberg. Dann weiter über Frauenburg und Elbing nach Danzig. 10. Übernachtung in Danzig. 11. Tag – Dienstag, 28. Juni: Stadtrundfahrt/Stadtbesichtigung in Danzig mit Marienkirche und Königsweg, Hohem Tor, Lang Gasse und Langem Markt, Krantor,

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 20

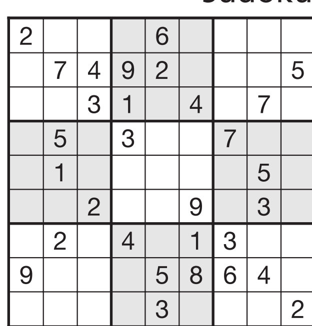


INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Ulrich Demke, Mittelstr. 9a, 49143 Bissendorf. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

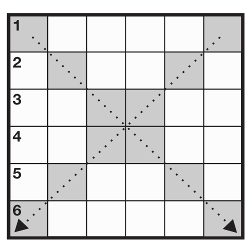
Sudoku



2				6				
	7	4	9	2				5
		3	1		4		7	
	5		3			7		
	1						5	
		2			9		3	
	2		4		1	3		
9				5	8	6	4	
				3				2

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



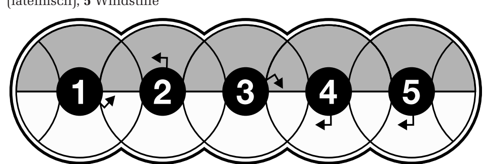
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Bezeichnungen für Verbrecher.

1 belanglos, wenig
2 Monat
3 Zeiteinheit
4 Geschütz
5 Name Gottes bei den Israeliten
6 Flugkörper

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Orchideenart.

1 Ölschiff, **2** süß schmeckende, kartoffelartige Knolle, **3** Turngerät, **4** heilig (lateinisch), **5** Windstille



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. gering, 2. Januar, 3. Minute, 4. Kanone, 5. Jehova, 6. Rakete – Ganove, Gauner

Kreiskette: 1. Tanker, 2. Batate, 3. Kasten, 4. sakral, 5. Flaute – Knabenkraut

Sudoku:

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 19

Frauengasse u.a. Weiterfahrt über Stolp und Köslin nach Stettin. Abendspaziergang zu den Hakenterrassen. 11. Übernachtung in Stettin im Hotel Radisson. 12. Tag – Mittwoch, 29. Juni: Rückfahrt zum polnisch-deutschen Grenzübergang Kolbitzow/Pomellen. Weiterreise über Berlin (zu den vereinbarten Ausstiegsstellen an den Autobahn-Raststätten) über Magdeburg, Braunschweig, Kassel nach Darmstadt, DA-Hbf-Omnibusbahnhof beziehungsweise zum Hotel in Darmstadt-Arheilgen in den Abendstunden. Weitere Auskünfte und Informationen erhalten Sie bei der Heimatgruppe Darmstadt, Reiner Buslaps, Am Berg. 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Telefon (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, oder Jürgen Pantel, Sudetenstraße 6, 63329 Egelsbach, Telefon (06103) 42744, Fax 486884.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@freenet.de

Königsberger Klopsessen – Neujahrsempfang kann jeder! Aber ein Königsberger Klopsessen für seine Paten auszurichten und es zu einer Tradition mit vielfältigen Nebeneffekten werden zu lassen – das hat für die Kreisgemeinschaft Lötzen das Ehepaar Kawlath vor einem Dutzend Jahren begründet. In Anwesenheit des Ehrenmitglieds Erhard Kawlath und der langjährigen Geschäftsführerin Nora Kawlath begrüßte der im August 2010 ins Amt gewählte Kreisvertreter Dieter Eichler besonders herzlich die 2. stellvertretende Stadtpräsidentin Babett Schwede-Oldehus und Neumünsters Oberbürgermeister Dr. Olav Tauras. Er begrüßte die Vertreter der in der Ratsversammlung der Stadt Neumünster sitzenden Parteien, die der Kreisgemeinschaft wohlgesonnenen anwesenden Mitarbeiter der Stadtverwaltung sowie die Bürger, deren Herkunft Ostpreußen ist oder die sich für Ostpreußen interessieren und engagieren und die dieser Einladung nachkommen konnten. In seiner kurzen Ansprache betonte der Kreisvertreter die Dankbarkeit für die fast sechs Jahrzehnte gelebter Patenschaft. Noch immer können sich die Lötzener darauf verlassen, daß die in der Patenschaftsurkunde aus dem Jahr 1954 formulierte Kernaussage im Bewußtsein auch der heutigen Stadtväter gilt: „Die Bürgerschaft der Stadt Neumünster nimmt offenen Herzens teil an den Sorgen, Wünschen und Hoffnungen der Heimatvertriebenen aus dem deutschen Osten.“ Und mit einem Augenzwinkern machte Dieter Eichler den Neumünsteranern klar, daß sie nicht zuletzt den Lötzenern verdanken, daß der Name ihrer Stadt auf allen Erdteilen bekannt ist. In seiner Erwiderung kam OB Dr. Tauras nicht umhin, die Finanzprobleme der Stadt anzusprechen. In seiner sachlichen, aber mit Optimismus gepaarten Rede stellte er der Kreisgemeinschaft Lötzen in Aussicht, wenn die wirtschaftliche Lage sich bessere, dann würde die Stadt Neumünster sich auch wieder großzügiger gegenüber der Kreisgemeinschaft verhalten können. Daraufhin haben die Kochklopse allen vorzüglich geschmeckt! Die das Lötzener Archiv und Heimatmuseum betreuende Ute Eichler wies die Anwesenden auf besondere Veranstaltungsangebote hin. Neu war für alle, daß es auf Einladung des Bürgervereins Neumünster am 28.11.2011 einen von ihr gehaltenen Vortrag zum Thema „Die Stadt Neumünster und die Kreisgemeinschaft Lötzen – die Geschichte einer fast 60jährigen Patenschaft“ geben wird. Mit Dank verabschiedeten sich die Teilnehmer dieses gelungenen Abends von den Lötzenern.

Veilchen vom Litauer Wall

Von Ruth Geede

Renate brachte mir Blumen. Ein kleines Sträußchen und noch einmal das; ein paar Veilchen, kurzstängelig und fast verwelkt in der warmen Kinderhand. „Die ersten Veilchen – für dich! Du liebst sie doch so. Ich hab' sie hinter der Baumschule gefunden, weißt du, am Turnierplatz, wo der Wall ist.“ Die ersten Veilchen vom Wall …

Meine Gedanken gehen einen weiten Weg zurück, über Ströme, Grenzen und Länder hinweg bis nach Königsberg, in die Stadt meiner Kindheit. Und sie finden eine Schulklasse, in der sich blonde und braune Mädchenköpfe über Mathematikhefte beugen. Es ist ein sehr enges Klassenzimmer, und es liegt hoch oben im Dachgeschoß eines schmalen, etwas düsteren Hauses in der Prinzenstraße, und wenn ich den Blick hebe, sehe ich in die noch kahlen Kronen der Kastanienbäume im Garten des Landeshauses hinein.

Und nun höre ich ein Flüstern, das nichts, aber auch gar nichts mit der ungeliebten Mathematik zu tun hat: „Du, ich hab' gestern schon Veilchen auf dem Litauer Wall gefunden.“ „Quatsch, jetzt schon Veilchen?“ „Ehrenwort, es stimmt. Kommst du heut Nachmittag?“

Die ersten Veilchen! Wenn auf dem düsteren Hof unseres Mietshauses noch die letzten grauen Schneefetzen lagen, kroch ich schon die steilen Wallhänge hinter dem Kleinbahnhof am Königstor empor, um in dem kahlen Gestrüpp nach dem ersten violetten Schimmer zu suchen. Und wenn ich es gefunden hatte, das erste Veilchen – nur ein lila Punkt in dem grünen Knospenmantel –, wurde es behutsam wie eine große Kostbarkeit nach Hause getragen: „Muttchen, die Veilchen blühen all auf dem Litauer Wall!“

Das bedeutete unendlich viel. Zuerst einmal: Es wird tatsächlich Frühling! Lange genug mussten wir ja in unserer Pregelstadt auf ihn warten. Und das heißt auch: Jetzt durfte man wieder murmeln und Kullerreifen treiben, und am Sonntag ging es mit der Kleinbahn nach Neuhausen-Tiergarten zum Anemonenpflücken und Waldmeister suchen. Und man durfte endlich wieder die schwarzen Wollstrümpfe ausziehen und Wadensöckchen tragen. Und das bedeutete vielleicht am allermeisten!

Wie ich sie hasste, diese zwei kraus, zwei glatt gestrickten, dicken, kratzenden Strümpfe, die mit einem Wäscheknopf an den grauen von der Wiste herabhängenden Gummibändern befestigt wurden. Vergeblich versuchte ich zu beteuern, dass kein anderes Kind – aber auch wirklich: kein Kind! – solche hässlichen Strümpfe bei diesem Frühlingswetter trug.

Muttchen hatte zweifellos den härteren Schädel. „Du bist viel zu piepsig, um jetzt schon Wadenstrümpfe zu tragen. Die ziehst die Wollenen an!“ Und ich trug weiter diese tintenschwarzen Alpträume meiner Kindheit und heult vor Wut, wenn ich morgens die brauen Schnürstiefel zuband. Ich wusste genau, die freche Christel von der Lomse würde wieder spotten: „Kiek die, vielleicht zieht sie auch noch Mauchen an, damit sie bloß nicht verfriert!“ Und alle anderen Mädchen würden Wadenstrümpfe oder sogar „Seidene“ tragen.

Die Seidenen! Die hatten es mir angetan. Und ich bettelte und pranzelte so lange, bis auf dem Geburtstagstisch tatsächlich kunstseidene Strümpfe lagen. „Aber die werden erst zu Pfingsten angezogen!“

Die Sonne schien so frühlingswarm in die enge Prinzenstraße. In Königseck leuchtete der erste blühende Ahorn. Und auf dem Litauer Wall blühten die Veilchen. Zu Hause gab es Sauerampfersuppe mit harten Eiern. Und wenn man es bisher noch bezweifelt hatte, daran merkte man es jetzt untrüglich: Der Frühling ist da!

„Muttchen, darf ich Wadenstrümpfe anziehen? Wir gehen auf den Wall, Veilchen suchen.“ „Unsinn, im Schatten ist es noch kalt. Du behältst die Wollenen an.“

Nach dem Essen ging Vater wieder zum Dienst, während sich Muttchen seufzend entschloss, den schon lange fälligen Besuch bei Tante Emma abzuleisten. Die Wohnungstüre klappte. Ich war allein. Nur mein großer Bruder büffelte im seinem Zimmer für das nächste Examen. War es wirklich Zufall, dass ich plötzlich vor der Kommode stand, in der meine Wäsche lag? Ich zog das zweite Fach auf: Da lagen sie, die Seidenen und glänzten in ihrer Pracht. Ganz vorsichtig strich ich über die kunstseidene Versuchung …

„Au, du hast Seidene an!“ rief Else bewundernd, als ich eine Viertelstunde später atemlos am Königstor erschien, ich wich jeder weiteren Frage aus, indem ich schrie: „Los, wer zuerst am Bahnhof ist!“ Wir peesten wie die Wilden zu dem kleinen Stationsgebäude zwischen Herzogsacker und Litauer Wall. Und dann über die Schienen rüber wie der Blitz! Die steilen Hänge hinauf bis zu den Schießscharten der ehemaligen Bastion. Unten schnaufte der „rasende Litauer“ beim Rangieren. „Damliche Kräten!“ schrie der Lokomotivführer und drohte uns mit der Faust. Wir waren aber schon in der Wildnis am Hang zum Wallgraben verschwunden.

Ja, damals war es eine Wildnis. Da gab es noch keine gepflegten Rosengärten und Bänke zum Ausruhen und keine Promenaden mit Sandwegen am Ufer des Wallgrabens. Es war ein heimliches, eigentlich verbotenes Spielparadies mit Weidenbüschen und Wildrosen, mit Kletten und Disteln. Wir banden die Husche zu grünen Lauben zusammen und spielten „Wohnungchen“. Alte Kochtöpfe, Eimer und Konservendosen lagen genug umher, leider auch Glasscherben und noch schlimmere Dinge. Aber die störten uns nicht.

Und da stand es mitten auf der Wallkrone: das erste Veilchen!“ Ich hab's, ich hab's!“ schrie ich und griff nach dem kurzen Stängelchen.

Da verlor ich das Gleichgewicht. Else schrie auf, sie sah, wie ich stürzte und den Hang hinabkollerte, fast bis vor die Schienen der Kleinbahn. Aber nicht der Schmerz – nein viele kleine Schmerzen waren es, brennende Stiche, als sei ich in ein Wespennest gewesen! Es war aber verrosteter Stacheldraht, in den ich mit voller Wucht hinein gekollert war. Mein rechtes Bein blutete, auch das linke war zerschrammt. Ich schrie wie am Spieß. Nicht wegen der Schmerzen. Nein, die Seidenen! Meine Seidenen!

„Nun, hör doch auf zu brüllen, sonst erwischt uns der Schupo!“ Das war das einzige, was die ratlose Else zu sagen wusste. Aber vor den übel zugerichteten Kunstseidenen kapitulierte auch sie. „Vielleicht kannst du sie stopfen …“, war ein schwacher Versuch, mich zu trösten. Ich schlich mich nicht über die belebte Königsstraße, sondern über das menschenleere Kasernengelände Herzogsacker nach Hause. Gott sei Dank, Muttchen war noch nicht da. Schnell schloss ich mich auf dem verschwiegensten Ort der Wohnung ein. Mit einer Stopfnadel und braunen Twist. Und dann versuchte ich, meine Seidenen zu reparieren.

Es war ein zweckloses Unterfangen. Von jedem der vielen Löcher gingen zahllos Ribbelmaschen aus. Und wo ich die dicke Stopfnadel einsteckte, liefen neue. Als nach einer halben Stunde mein Bruder energisch Einlass begehrte, öffnete ich und verschwand sofort auf meinem Zimmer.

„Was hast du denn, Ulli?“ „Och nicht …“ Aber er ließ nicht locker. „Au backe“, sagte er. „Mensch, das kann ja eine böse Blutvergiftung geben!“ Daran hatte ich noch gar nicht gedacht. Wenn er mich auch sonst piesackte, diesmal hatte er Mitleid mit seiner kleinen Schwester. Vielleicht betrachtete er als blutjunger Student der Medizin mich auch nur als willkommenes Objekt, denn er pinselte sorgfältig alle die kleinen Wunden und Risse mit Jod aus. Ich flehte ihn an, Muttchen nichts zu verraten. Die Seidenen hatte er nicht gesehen. Die hatte ich voller Wut hinter den großen Kachelofen gedämmert.

Muttchen wunderte sich wohl am nächsten Morgen, dass ich ohne zu Klagen die Schwarzen anzog. Aber dann fand sie die Seidenen! Und das hätte wohl furchtbare Folgen gehabt, wenn sie nicht auch die jodbraunen Stellen an meinen Beinen entdeckt hätte. Am nächsten Morgen durfte ich ungefragt weiße Wadenstrümpfe tragen. Muttchen hatte sie mir auf die Bettkante gelegt.

Die Veilchenknospen in dem kleinen Glas auf meinem Schreibtisch haben sich geöffnet. So süß ist ihr Duft, dass ich die Augen schließe und ihn tief einatme. Aber ich glaube, die Veilchen vom Litauer Wall dufteten viel süßer.



Diese Erzählung wurde von den ostpreußischen Kindheitserinnerungen der Autorin inspiriert, die am vergangenen Wochenende ihren 95. Geburtstag feierte.

Spannende Koffergeschichten

Sonderausstellung im Germanischen Nationalmuseum zeigt Reisebegleiter aus vier Jahrhunderten

Fast jeder Mensch besitzt einen Koffer oder eine Reisetasche. Doch noch nie ist dieser meist unverzichtbare Reisebegleiter in allen seinen unterschiedlichen Facetten ausführlich beleuchtet worden. Das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg füllt jetzt diese Lücke mit einer Ausstellung.

Als Einstimmung zur großen Ferienreisewelle im Sommer zeigt das Nürnberger Museum eine spannende Ausstellung zur wachsenden Mobilität der Menschen. Etwa 200 Objekte aus vier Jahrhunderten dokumentieren die Entwicklung des Reisegepäcks. Zu sehen sind 42 Koffer, elf Reisetaschen, acht Truhen und Kisten, vier Rucksäcke, sechs Hutschach-

Unterwegs mit der Kutsche, der Bahn oder dem Schiff

teln sowie Zubehör- und Spielzeugteile. Zeichnungen, Plakate, Fotos, Bücher, Zeitschriften und Kataloge runden das Thema Reisen ab.

Ein berühmter Reisender war der Dichter Johann Wolfgang von Goethe, der allerdings nicht aus purem Vergnügen losgezogen war. So schrieb er 1797 an Friedrich Schiller: „Für Naturen wie die meine, die sich gerne festsetzen und die wichtigen Dinge festhalten, ist eine Reise unschätzbar; sie berichtigt, belehrt und bildet.“ Und seine Mutter Catharina Elisabeth Goethe bestätigte: „Wenn mein Sohn von Frankfurt nach Mainz reist, so bringt er mehr Kenntnis heim als andere aus Amerika.“

Als der Geheime Rat Goethe sich 1786 mit der Postkutsche auf die Reise nach Italien machte, nahm er zunächst nur wenig Gepäck mit. Bei seinem ersten Halt in Regensburg kaufte er sich allerdings das Nötigste für die Weiterfahrt, so einen „Coffregen“, einen kleinen Koffer. Im Begleitbuch zur Nürnberger Ausstellung ist noch ein anderer Koffer aus dem Besitz des Dichters zu sehen, ein Kutschenkoffer, der deutliche Spuren häufigen Gebrauchs aufweist und in den Bücher und schwere Gegenstände gepackt werden konnten. Der durfte jedoch nicht auf dem Kutschendach befestigt werden, da der Wagen ansonsten durch Übergewicht umzufallen drohte.



Sperriger Reisebegleiter: Der Koffer von Thomas Mann wird in die Ausstellung gefahren. Bild: GNM

Überhaupt wurden die Reisenden damals noch von anderen Unbilden behelligt. Claudia Selheim beschreibt im Begleitbuch zur Ausstellung eine Situation, die auch heute denkbar ist: „Die zahlreichen Zollstationen und die dort durchgeführten Visitationen bargen offenbar ... Gefahren hinsichtlich des Kofferinhaltes. So las man 1813: ‚Beym Visitieren lasse man niemahls zwey Koffer etc. zugleich öffnen; denn man kann nur auf einen Acht geben, oder es kann aus dem andern etwas wegkommen oder etwas hingelegt werden, was uns hernach Verdruss macht. In vielen Ländern kann man der Unannehmlichkeit und dem Aufenthalte, seine Koffer unterwegs visitieren zu lassen, dadurch ausweichen, dass man ihn versiegelt und plombiren lässt.‘ Auf längeren Reisen wurde davon jedoch abgeraten, da die Verletzung der Plombe zu Komplikationen führen konnte.“

Mit leichterem Gepäck war der 1886 in Kulm an der Weichsel geborene Dichter Hermann Löns unterwegs, wenn er durch die Lüneburger Heide wanderte. Sein Rucksack aus einseitig beschichtetem braun-grünen Segeltuch ist in der Nürnberger Ausstellung zu sehen. Ähnliche Rucksäcke gab es in verschiedenen Ausführungen, immer jedoch praktisch, wenn auch nicht zu vergleichen mit den modernen Trekkingrucksäcken des ausgehenden 20. Jahrhunderts.

Ein wahres Monstrum war der Koffer, mit dem der Schriftsteller Thomas Mann 1952 aus dem Exil in den USA in die Schweiz übersiedelte. Der Bügelkoffer, so benannt nach den zwei den Korpus verstärkenden Bügeln, trug die Initialen H.P., die auf die frühere Besitzerin Hedwig Pringsheim hinweisen. Die Schwiegermutter Manns hatte den Koffer um 1885 im Berliner „Bazar de Voyage“, Unter den Linden 27, erworben, wie ein Etikett im Innern des Koffers belegt.

Geradezu auf einem Berg von Koffern thront Marlene Dietrich, als sie 1931 auf der „Bremen“ fotografiert wurde. Nicht alle gehörte damals der Diva, doch bereits Ende der 30er Jahre besaß sie allein acht Schrankkoffer, die sie wegen ihrer grauen Farbe, ihres Gewichts und ihrer Größe „meine Elefanten“ nannte. 1936 reiste sie auf dem Luxusdampfer mit 21 Seekoffern, 35 großen, 18 mittelgroßen, neun kleinen Koffern und fünf Hutschachteln. Zu einem Evergreen geworden ist das Chanson „Ich hab noch einen Koffer in Berlin“, mit dem später auch Hildegard Knef Erfolge feierte.

Zum 175-jährigen Bestehen der ersten deutschen Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth widmet sich die Ausstellung besonders dem Reisen mit der Bahn. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren gestickte Reisetaschen beliebt, die den technischen Fortschritt und die neue Mobilität rühmten. So ist auf einer Tasche die voll unter Dampf stehende Lokomotive „Fortuna“ (Glück) durch eine bunte Blumenranke zu sehen, während eine andere der Schriftzug „Bädeker“ (für den Reiseführer) und ein Spazierstock schmückt.

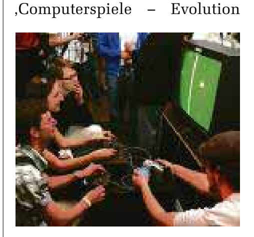
Neben den Koffern selbst entdecken die Besucher der Ausstellung auch eine Reiseapotheke, Strumpftaschen und Musterkoffer des Handlungsreisenden. Unter den prächtigsten Beispielen ist ein fast 200-teiliges „Necessaire“ um 1800 mit allem, was der Reisende meinte, unterwegs zu brauchen – vom Geschirr und Gläsern über Toilettenartikel bis zum Schreibset. *Silke Osman*

Die Ausstellung „Reisebegleiter – Koffer-Geschichten von 1750 bis heute“ ist im Germanischen Nationalmuseum, Kartäusergasse 1, Nürnberg, bis zum 1. Mai dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, mittwochs bis 21 Uhr geöffnet, Eintritt 6 / 4 Euro, Begleitbuch, 228 Seiten, 24 schwarzweiße und 160 farbige Abbildungen, gebunden, im Museum 24 Euro, im Buchhandel 33 Euro.

In Kürze

Kein reines Kinderspiel

Das Computerspielemuseum zeigt in seinen neuen Räumen in Berlin-Friedrichshain Höhepunkte aus der über 60-jährigen Entwicklung dieses Massenmediums. Vor mehr als sechs Jahrzehnten wurde der Computer zur Spielmaschine. Digitale Spiele haben seitdem mehr zur Verbreitung des Computers beigetragen als alle anderen Anwendungen. Lange Zeit als reines Kinderspielzeug verkannt, stehen Computerspiele nunmehr im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses. „In der neuen Dauerausstellung ‚Computerspiele – Evolution



Computerspielemuseum: Faszinierte Besucher Bild: Kerstin Grunde

eines Mediums‘ können sich die Besucherinnen und Besucher in die Anfänge des Massenmediums zurückversetzen“, erklärt Museumsdirektor Andreas Lange. „Auf rund 670 Quadratmetern haben wir im ehemaligen Café Warschau eine Spiel- und Experimentierlandschaft geschaffen, welche die Technik- und Kulturgeschichte des Computerspiels erlebbar macht. Unsere Ausstellung richtet sich inhaltlich wie gestalterisch an ein breites Publikum – an alle Generationen, Schulklassen, Familien, Berlin-Touristen, an Gamer und Spezialisten wie an allgemein Interessierte.“ *PAZ*

Das Computerspielemuseum, Karl-Marx-Allee 93a, Berlin, ist täglich von 10 bis 20 Uhr, außer dienstags, geöffnet, Eintritt: 8 / 5 Euro.

Zum Tee ins Palast-Hotel

Nur eine Stippvisite im Luxus: Leben wie in »Tausendundeiner Nacht«

Leise Harfentöne durchwehen die Halle des Palastes, der anmutet wie aus „Tausendundeiner Nacht“. Man versinkt in riesigen Sesseln, die um Säulen herum gruppiert sind, und genießt stilvoll seinen Tee. Allerdings keinen simplen Beutelaufguss im Glas oder Kännchen. Das wäre zu profan, denn schließlich ist man zu Gast im „Emirates Palace Hotel“ in Abu Dhabi, das als eines der luxuriösesten Häuser der Welt gilt. Hier wird ausschließlich „High Tea“ nach englischer Tradition zelebriert – das heißt diverse Sorten Tee à la carte mit Häppchen, wahlweise herzhaft wie das berühmte Gurkensandwich oder süß wie die nicht minder berühmten Scones. Diese werden laut Auskunft des livrierten Obers nach Originalrezept in der palasteigenen Bäckerei hergestellt und mit einer Auswahl an Konfitüren und Clotted Cream, einer Art dickem Rahm, gereicht. Diverse französische Kuchen und Pasteten runden das Angebot um den „High Tea“ ab, den man ohne zu übertreiben als eine nachmittägliche Hauptmahlzeit bezeichnen kann. Kostenpunkt des Vergnügens: 180 arabische Dollar pro Person, was mit den obligatorischen zehn Prozent Service plus sechs Prozent Touristensteuer auf eine Summe zwischen 40 und 45 Euro hinausläuft. Möchte man zum Auftakt oder krönenden Abschluss noch ein Glas Champagner genießen, kommen weitere 20 Euro hinzu. Serviert wird der „High Tea“ täglich zwischen 14 und 18 Uhr, wobei eine vorherige Reservierung obligatorisch ist. Im Preis inbegriffen ist, dass man sich als Gast in den öffentlichen Bereichen des Hotels zwanglos bewegen und alles in Ruhe anschauen darf und sich bei Interesse auch eines der Zimmer zeigen lassen kann. Eine Besichtigung des „Emirates Palace Hotels“ ohne Buchung eines „High Teas“ oder eines Restaurantbesuches zum Lunch oder Dinner ist nicht möglich. Geplant und erbaut wurde das Emirates Palace ursprünglich als königlicher Palast. Die Baumaßnahmen begannen im Dezember 2001 im Auftrag des damaligen Herrschers von Abu Dhabi, Scheich Zayed bin Sultan Al Nahyan. Er wollte hiermit dem



Exklusives Hotel in Abu Dhabi: Wie im Märchen Bild: Fischer

alljährlichen Treffen der Regierungschefs und Scheichs aller arabischen Emirate, das jedes Jahr in einem anderen Land stattfindet und für 2004 in Abu Dhabi geplant war, einen standesgemäßen Rahmen geben. Wenige Wochen vor dem geplanten Treffen im Dezember 2004 starb jedoch Scheich Zayed, woraufhin das Treffen an einem anderen Ort abgehalten wurde.

Sein Sohn und Nachfolger Scheich Khalifa bin Zayed Al Nahyan beschloss, den pompösen Märchenpalast, dessen Errichtung drei Milliarden Euro gekostet hatte, künftig als Hotel zu nutzen. Ähnlich wie Dubai versucht so auch Abu Dhabi, Touristen zu locken, um für künftige Zeiten die Weichen zu stellen, wenn das Erdölvorkommen irgendwann einmal zur Neige geht.

Der 2005 unter der Leitung der Kempinksi-Hotelkette eröffnete Palast verfügt über einen Park von einem Quadratkilometer Größe, einen Privatstrand von anderthalb Kilometern Länge, zehn Restaurants, 302 Deluxe-Zimmer, 92 Suiten plus sechs Regentensuiten von je 680 Quadratmetern im achten Stock. Letztere werden nicht vermietet und sind der ausschließlichen Nutzung durch die Herrscherfamilien der Emirate vorbehalten. Die „normalen“ Hotelgäste setzen sich zusammen aus Teilnehmern internationaler Gipfel und Konferenzen sowie Touristen, die es genießen, Urlaub zu machen oder zumindest einmal Tee zu trinken in einem Märchenpalast aus „Tausendundeiner Nacht“. *Angelika Fischer*

Gemüse statt Pizza

US-Soldaten sollen sich gesund ernähren

Ein Lunchbuffet aus Gemüse und Früchten, anstatt Pizza, Pommes Frites und Donuts, Milch und Säfte anstatt Softdrinks, die US-Armee macht in Sachen Gesundheit mobil. Rote und gelbe Aufkleber weisen in den Messen auf eine gesunde Ernährung hin und geben Tipps für die richtige Zusammenstellung eines ausgewogenen Menüs. Rühreier mit Speck beispielsweise werden zwar noch angeboten, aber mit Hinweisen auf eine Reduktion solcher Verzehrgewohnheiten.

Eine Revolution der amerikanischen Essgewohnheiten bahnt sich auf breiter Front an, seit festgestellt wurde, dass die Wehrfähigkeit des Landes wegen Fettleibigkeit und falscher Ernährung von Jahr zu Jahr schrumpft. Generalleutnant Mark Hertling vom Trainingskommando der Streitkräfte: „Bevor unsere Rekruten eingezogen werden, sind die meisten sieben Tage in der Woche an Fastfood gewöhnt.“

Fettleibigkeit gefährdet Wehrfähigkeit

Eine Bestandsaufnahme unter den 17- bis 24-jährigen Rekruten ergab, dass in den vergangenen zehn Jahren der Anteil der Fettleibigen von 14 auf 23 Prozent gestiegen ist. Nach Erhebungen der Armeeführung sind bereits 75 Prozent der potenziellen Rekruten für den Dienst in Uniform untauglich. 25 Prozent müssen ausgemustert werden, weil sie körperlich nicht fit genug sind – ein Problem, das man auch in Deutschland kennt.

Als Grund für diesen Trend sehen die Ausbilder die technische Explosion hin zum Computer. Die jungen Leute würden nicht mehr laufen oder joggen und nur noch ihre Hände zum Spielen benutzen. Jeder fünfte schließlich akzeptierte Rekrut müsse dennoch zuerst einige Pfunde abspecken. Einige der jungen Soldaten verloren denn auch durch entsprechendes Training bis zu 30 Kilo. Präsidentengattin Michelle Obama zeigte sich Ende Januar bei einem Besuch in Fort Jackson / South Carolina begeistert und forderte, dass das Ernährungsmodell der Armee für die viel zu fette Zivilbevölkerung den USA Vorbild werden müsse. Kalifornien, wo jedes dritte Kind übergewichtig ist, zog bereits Konsequenzen und schreibt Fast-Food-Restaurants ab kommenden Sommer zwingend vor, die Kalorien, Fette und Kohlenhydrate sämtlicher Gerichte auf den Speisekarten anzugeben. *J. Feyerabend*



Fremde Mutter

Nachlass offenbart Geheimnis

„Die ersten Kartons waren voller Bücher. Die Rücken und auch die Titel kamen mir vertraut vor, alte Büchergilde-Ausgaben, ... die Ostpreußen-Romane von Christine Brückner. Und schließlich alte Ausgaben des Ostpreußenblattes.“ Ob das überhaupt noch verlegt wird, fragt sich die Romanheldin Maja Sternberg in „Herbstvergessene“ prompt, als sie das Erbe ihrer Großmutter durchsucht, dabei hat sie viel dringendere Fragen zu klären. Eigentlich war sie auf einen Anruf ihrer Mutter hin zu dieser nach Wien gereist. Eigentlich hatten Mutter und Tochter kein gutes Verhältnis, doch der Anruf der Mutter hatte den Eindruck vermittelt, dass es dringend sei. Doch als Maja die Wohnung der Mutter erreicht, ist diese tot. Selbstmord aufgrund einer Krebserkrankung im Endstadium, so die Einschätzung der Polizei. Aber warum sollte die Mutter, obwohl sie weiß, dass sie in wenigen Stunden Besuch von ihrer selbst herbeigerufenen, seit Jahren nicht mehr gesehenen Tochter erhält, vom Balkon springen? Doch Maja findet, nachdem sie sich vom ersten Schock erholt hat, nirgendwo eine logische Erklärung. Sie durchwühlt die Unterlagen ihrer Mutter, die Kartons der verstorbenen Großmutter auf dem Dachboden und findet nur zwei auffällige, ungewöhnliche Dinge: einen Zeitungsartikel aus den 50er Jahren über den spurlos verschwundenen Arzt Dr. Sartorius aus Husum und ein Foto, das Majas Großmutter Charlotte mit einem Baby zeigt mit der Unterschrift „Wir zwei in Hohenhorst im März 1944“. Was die Tochter an dem Foto verwundert, ist der Umstand, dass ihre Mutter Lili erst im Mai 1944 geboren wurde. Nach Recherchen erfährt die Inneneinrichterin dann auch noch, dass Hohenhorst ein Lebensbornheim war. Sofort denkt sie an die angeblichen Zuchtstationen der Nationalsozialisten. Doch die nur oberflächlich geschichtlich gebildete Maja wird schnell eines Besseren belehrt.

Die Spur führt in ein Lebensbornheim

In „Herbstvergessene“ gelingt es der Autorin Anja Jonuleit hervorragend, die spannende Suche einer zuvor nicht an ihren Wurzeln interessierten 41-Jährigen mit einem unerklärlichen Todesfall zu verknüpfen. Majas Berichte werden immer wieder von den Aufzeichnungen der Großmutter unterbrochen, die Maja selber erst gegen Ende des Romans in einem Schließfach findet, so dass der Leser der Hauptfigur immer wissenstechnisch ein wenig voraus ist, was jedoch die Spannung erhöht. Daher weiß der Leser schon sehr früh, dass Majas Großmutter nicht Charlotte, sondern Emmi hieß, aus Königsberg stammte und wegen einer Affäre mit ihrem Schwager unehelich schwanger wurde und im Lebensborn Hohenhorst bei Bremen freundliche Aufnahme, Freunde und eine neue Identität erhielt.

Jonuleit, die selbst ostpreußische Vorfahren hat, unterhält hervorragend. Das vorliegende Buch ist für sie auch ein Stück Aufarbeitung. „Meine Großmutter hatte das Ostpreußenblatt abonniert“, so Jonuleit gegenüber der *PAZ*. „Irgendwie ist es Teil meiner Kindheit – so wie auch die Themen Flucht und Verlust der Heimat –, obwohl ich die Tragweite erst jetzt, wo ich älter bin, verstehen lerne. Dieses Buch, die ‚Herbstvergessenen‘, ist wohl der Versuch einer Aufarbeitung, ansatzweise. An das Thema Flucht habe ich mich nicht gewagt, das geht mir einfach zu nahe.“

Der Leser des Romans will unbedingt wissen, welches Geheimnis Majas Großmutter und Mutter hüteten, wie Majas Mutter starb, ob die nette Nachbarin der Mutter, die Maja selbstlos hilft, wirklich eine gute Seele ist, und was der von Maja kontaktierte Sohn des einst verschwundenen Dr. Sartorius weiß. Das turbulente Friede-Freude-Eierkuchen-Ende erinnert zwar ein wenig an einen oberflächlich-unterhaltsamen ARD- oder ZDF-Spielfilm, aber „Herbstvergessene“ will schließlich nur unterhalten und das tut der Roman auf eine angenehm süffige Weise. *Rebecca Bellano*

***Anja Jonuleit: „Herbstvergessene“**, dtv premium, München 2010, broschiert, 428 Seiten, 13,90 Euro*




Auch im Osten ist Europa

Entdeckungsreise in unbekannte Regionen entlang der Memel

Unter „europäischen Strömen“ stellt man sich gemeinhin sehr lange und zahlreiche Nationen berührende Flüsse wie den Rhein oder die Donau vor. In der Tat kann man aber unter diesem Gesichtspunkt auch von der Memel sprechen. Heute sind es Russen, Weißrussen und Litauer, die entlang des Flusses wohnen, in den vergangenen Jahrhunderten waren es aber auch Polen, Deutsche darunter zahlreiche Juden, die Geschicke und Geschichte des Flusses und der Region prägten.

Jedes Volk gab dem Fluss einen anderen Namen: Für die Deutschen war es die Memel oder – mit Blick auf Ober- und Mittellauf – der Njemen; die Polen nennen den Fluss Niemen, die Litauer Nemunas, die Russen Neman und die Weißrussen Njoman (zärtlich „Väterchen Njoman“). Was man im Westen Europas gar nicht so richtig weiß, was aber schon angesichts der unterschiedlichen Namensgebung zwangsläufig ins Auge springt, ist die Tatsache, dass sich hier ein ungemein vielfältiges politisches und kulturelles Geschehen abgespielt hat, das man der bewegten Geschichte etwa am Rhein durchaus an die Seite stellen kann.

Der in Berlin als Journalist arbeitende Autor Uwe Rada ist vor zwei Jahren mit einem schönen Buch über die Oder bekannt geworden. Sein jetziges Buch „Die Memel – Kulturgeschichte eines europäischen Stroms“ über die Memel ist erneut ein großer Wurf. Rada lässt sich von der Vielfalt der Ereignisse, der Personen, der Natur und den großartigen Städten und Burgen animieren und nimmt den Leser mit auf eine wahrhaft spannende Reise entlang des Flusses. Dieser ist nicht sonderlich lang, gerade rund 940 Kilometer. Davon entfallen etwa 470 Kilometer auf weißrussisches, 350 Kilometer auf litauisches Gebiet. Auf etwa 110 Kilometern Länge ist er der Grenzfluss zwischen Litauen und dem Königsberger Gebiet.

940 Kilometer, die vor Geschichte nur so strotzen

Rada geht weit in die Geschichte zurück, erzählt vom litauisch-polnischen Großreich, das auf seinem Höhepunkt bis zum Schwarzen Meer reichte, von den polnischen Teilungen, nach denen man nur noch das zaristische Russland und Preußen als Staaten in der Region sah. Nach dem Ersten Weltkrieg rückte die Armee des neuen polnischen Staates weit über den Fluss vor und besetzte die litauische Hauptstadt Wilna, weshalb Kaunas, am Fluss gelegen, provisorische Hauptstadt wurde. Nach 1945, als Polens Grenze nach Westen gerückt wurde, war die Region sowjetisch. Heute ist die polnische und litauische Grenze gegenüber Weißrussland die EU-Außengrenze.

Angesichts der ständigen Kämpfe und Grenzverschiebungen gab es Animositäten und Nationalitätenkonflikte, zugleich aber viel Gemeinsames. Wie an allen Flüssen verband auch hier der Handel die Völker. An der Memel war es das Holz, das Holz aus den gleichsam zum Mythos gewordenen „Urwäldern“ in Litauen und aus Weißrussland, das zu einer Wirtschaftsblüte aller Anrainer führte. Die gewaltigen Stämme wurden in Flößen an den Unterlauf geschifft; sie landeten meist in Tilsit und – nach dem Bau der Kanäle Alter und Neuer Friedrichsgraben – in der Stadt Memel und in Königsberg, wo große Fabriken das begehrte Holz für den Export in viele Länder Europas verarbeiteten.

Die Geschichte der Memel ist auch ein Kulturgeschichte. Große polnische Dichter wie Mickiewicz, Milosz oder Eliza Orzeszkowa haben ein weit über alles Nationale hinausgehendes Gemeinschaftsgefühl ebenso geprägt wie die Deutschen Sudermann, Agnes Miegel oder Johannes Bobrowski. Sie sind es, deren Namen bei allen Eigenheiten heute für ein Mitteleuropa stehen, das zu Recht beansprucht, als gleichwertiger Teil Europas gesehen zu werden.

Heute, 20 Jahre nach der friedlichen Revolution, lautet die große Frage: Findet die Region wieder zusammen. Rada besuchte auf einer seiner zahlreichen Reisen, durch die das Buch so anschaulich geworden ist (angesichts der vielen Orts- und Personennamen leider ohne Register!), den polnischen Autor Krysztof Czyzewski, der die Entwicklung positiv sieht: „Grenzen sind temporäre Grenzen. Früher oder später bringt uns der Fluss wieder zusammen. Gemessen an dem, was dieser Fluss erlebt hat ist die Gegenwart doch nur Oberfläche. Im Grunde gehören wir hier alle zusammen.“ Das macht Hoffnung. *Dirk Klose*

***Uwe Rada: „Die Memel – Kulturgeschichte eines europäischen Stroms“**, Siedler Verlag, München 2010, 368 Seiten, 19,95 Euro*



Wegen Zigaretten nach Sibrien

Königsberger erinnert sich an die Zeit allein in der Stadt nach 1945

Königsberg war gefallen. Am 9. April 1945 hatte General Lasch kapituliert. Die Zivilbevölkerung hatte schwer gelitten. Drei Jahre später setzt der Roman „Von der Welt vergessen“ von Hans Joachim Kroschewskys ein. Nur noch wenige Deutsche wohnen in der ostpreußischen Hauptstadt, sie führen einen täglichen Kampf ums Überleben. Zwei von ihnen sind Achim und seine Mutter Frieda. Letztere versuchts mit dem Handel von Zigaretten auf dem schwarzen Markt Geld für sich und ihren Jungen zu erwirtschaften. Dort gibt es außerdem Kleidung, Alkohol und Lebensmittel.

Dabei fällt sie der Sowjetmiliz zum Opfer. Ganze fünf Schachteln Zigaretten werden ihr zum Verhängnis. In einem Prozess der Willkürjustiz wird sie zu fünf Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt. Schon auf dem Transport dorthin sterben einige Frauen, Achims Mutter überlebt. Eine BDM-Führerin aus Königsberg fällt später unter eine Amnestie und wird vorzeitig entlassen. Achims Mutter hat nicht so viel Glück. Sie muss weiter Sklavenarbeit verrichten. Immerhin überlebt sie und kehrt 1954 nach Deutschland zurück.

Ihr Junge bleibt auch am Leben. Er erweist sich als viel cleverer als seine Mutter. Früh lernt er Not, Elend, Gewalt, Entbehrungen, Ängste und Qualen kennen. Die Miliz, russische Jugendbanden, aber auch neidische deutsche Nachbarn „umschifft“ er mühelos. Er hat eine Gruppe deutscher Jugendlicher um sich versammelt, die Altmetalle sammeln. Als Achim in einem Hotel zahllose nicht demontierte Kupferhähne entdeckt, sind er und seine Schicksalsgefährten „gemachte Leute“. Sie haben einstweilen keine Sorgen mehr. Derweil suchen die Russen nach dem Wasserhahndieb. Schließlich prahlt und protzt ein Russe auf dem schwarzen Markt mit sehr viel Geld. Die Miliz glaubt, damit den Täter gefunden zu haben. Die Jungen atmen auf. Trotz aller Widrigkeiten gewinnt der Leser den Eindruck, die Jungen hätten diese Zeit auch als eine Art spielerisches Abenteuer empfunden.

Junge überlebt dank eigener Findigkeit

Achims Mitbewohner, ein missgünstiger Mann mit seiner Familie, versucht sich in einem Kleinkrieg gegen den Jungen und scheitert grandios. Achim hat stets genug zu essen, die anderen hungern häufig. Das Ziel von allen ist durchzuhalten, bis ihre registrierten Namen für einen Umsiedlertransport aufgerufen werden. Schließlich ist es soweit. In einem Güterzug geht es westwärts. In Storkow südlich von Berlin endet die Fahrt. Achims Vater holt seinen Sohn ab. Er ist nun DDR-Bürger geworden. Auch das Leiden von Achims Mutter hatte irgendwann ein Ende.

Joachim Kroschewskys ist nicht ein professioneller Schriftsteller, aber sein Schreibstil ist lebendig und wird nicht langweilig, weil er authentisch ist. Bei jeder Seite, die man umblättert, fragt man sich besorgt, wie es weitergeht. Achim und seine Mutter stehen stellvertretend für unzählige andere Schicksale von Heimatvertriebenen und nach Sibirien verschleppten Frauen und Männern. *Hans Lody*

***Hans Joachim Kroschewski: „Von der Welt vergessen“**, Wagner Verlag, Gelnhausen 2010, broschiert, 324 Seiten 15,90 Euro*



Liebe und Leiden in Kriegszeiten

Roman um die Leben zweier unterschiedlicher Schwestern im London der 1940er Jahre

England kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges: Die beiden Schwestern Freddie und Tessa Nicholson in Judith Lennox neuem Roman „Der italienische Geliebte“ verleben in der Villa Millefiore in Florenz eine glückliche Kindheit. Doch als die Affäre der bildschönen Tessa mit dem Sohn des Hauses, Guido Zanetti, auffliegt, werden die beiden Schwestern zurück in ihre Heimat, nach London, geschickt.

Tessa macht zunächst Karriere als Mannequin, während Freddie in einem Internat noch die Schulbank drücken muss. Tessas Schicksal beziehungsweise ihr mondänes Gesellschaftsleben nimmt eine entscheidende Wendung, als sie dem verheirateten Schriftsteller Milo Rycroft begegnet.

„Gleich am Wald war ein kleiner runder Weiher, der im Sommer oft austrocknete. Als er bemerkte, dass sich hinter den Bäumen etwas bewegte, trat er an den Rand des Wäldchens und spähte durch das winterlich nackte Geäst. Eine schwarz gekleidete junge Frau auf Schlittschuhen drehte sich mit wehendem blonden Haar auf dem zugefrorenen Weiher. Milo blieb reglos stehen und sah ihr zu ... Die Füße geschlossen nebeneinander glitt sie über das Eis zu ihm hin. Ihr Gesicht hatte einen unglaublichen Liebreiz, die Haut wie Milch und Blut, leicht gerötet von der Kälte, die Augen unter den geraden Brauen von langen dunklen Wimpern umkränzt.“ So beginnt die leidenschaftliche, aber streng geheime Affäre zwischen Tessa und Milo.

Dieser setzt die Autorin jedoch nach einiger Zeit ein recht abruptes Ende, fast so, als hätte sie verhindern wollen, dass der Roman langweilig werden oder ins Kitschige abgleiten könnte. Statt eines „Friede-Freude-Eierkuchen-Endes“ erwartet den Leser ein neuer Lebensabschnitt der smarten Tessa, wenn auch jetzt deutlich weniger naiv als zuvor.

In „Der italienische Geliebte“ verfolgt der Leser über mehrere Kapital, über etliche Jahre hinweg, das Leben mehrerer Personen. Manche Romanfiguren werden unerwartet von Neben- zu Hauptakteuren, deren Charakter eine überraschende Wandlung erfährt, andere hingegen, die eben noch eine relativ wichtige Rolle spielten, verschwinden unversehens von der Bildfläche oder nehmen ein tragisches Ende.

Dieser Roman ist bereits das 16. in Deutschland erschienene Buch der britischen Autorin Judith Lennox. Und ebenso wie in vielen ihrer Romane davor spielt auch hier die Zeit vor und nach dem Zweiten Weltkrieg eine große Rolle.

Der Titel des Romans „Der italienische Geliebte“ ist aber unglücklich gewählt, da der italienische Geliebte an sich keine tragende Rolle in der Handlung einnimmt. Der englische Titel „Catching the Tide“ (in etwa: „Die Gezeiten einfangend“) erscheint sinnvoller, ist auf Deutsch allerdings nicht annähernd so klangvoll wie der gewählte deutsche Romantitel.

Lennox ist mit ihrem neuen Roman ein weiteres Mal ein stimmungsvoller und atmosphärischer Roman gelungen, auch wenn es manchmal etwas störend erscheint, dass manche Personen plötzlich aus der Handlung heraus verschwinden. Allerdings liegt vielleicht gerade dort die Parallele zum realen Leben, denn auch hier verschwinden bisweilen Menschen aus unserem Leben, die für uns eben noch sehr wichtig gewesen sind. *Vanessa Ney*

***Judith Lennox: „Der italienische Geliebte“**, Pendo Verlag, München 2011, geb., 560 Seiten, 19,95 Euro*

Weitere neue Titel

***Hermann Behr: „Die Waldbrüder – Ein Deutscher Soldat bei Estnischen Partisanen 1945 bis 1949“**, Winkelried, Dresden 2010, geb., 300 Seiten, 19,95 Euro*

***Bernhard Böttcher: „Gefallen für Volk und Heimat – Kriegerdenkmäler deutscher Minderheiten in Ostmitteleuropa während der Zwischenkriegszeit“**, Böhlau, Köln, geb., 450 Seiten, 52,90 Euro*

***Joachim F. Giessler: „Yael – Die Magie der Bestimmung“**, Verlag Neue Literatur, Jena 2010, broschiert, 171 Seiten, 14,90 Euro*

***Peter Haisenko: „England, die Deutschen, die Juden und das 20. Jahrhundert“**, Anderwelt Verlag, Lehrte 2010, gebunden, 329 Seiten, 24,90 Euro*

Wulf D. Wagner, Heinrich Lange
Das Königsberger Schloss, Bd. 2
Eine Bau- und Kulturgeschichte Bd. 2. Von Friedrich dem Großen bis zur Sprengung (1740–1967/68). Das Schicksal seiner Sammlungen nach 1945. Das 1255 vom Deutschen Orden gegründete Schloss zu Königsberg war die älteste Residenz des brandenburg-preußischen Staates und bis 1701 einer der herausragenden Herrschersitze Nordosteuropas. Band 2 der Gesamtdarstellung zeichnet die Geschichte des Schlosses von Friedrich dem Großen bis zur Sprengung 1968 nach und dokumentiert das Schicksal der Sammlungen nach 1945. Der Band beginnt mit der Huldigung Friedrichs des Großen 1740. Der weitere Weg der Schlossnutzung etwa als Residenz des russischen Gouverneurs im Siebenjährigen Krieg, als Wohnung der königlichen Familie 1806–1809 oder als Sitz von Behörden, in denen u. a. Heinrich von Kleist und Joseph Freiherr von Eichendorff wirkten, vergegenwärtigt die wechselvolle Geschichte. Das 18. und 19. Jh. sind sowohl durch Verfall wie durch großartige Umbauentwürfe gekennzeichnet, die z. T. erstmals publiziert werden. Die Krönung Wilhelms I. 1861, für die F. A. Stüler das Schloss umbaute, steht im Zentrum der Ereignisse. Nach Ende der Monarchie 1918 diente das Schloss als überregional bedeutendes Museum mit einer hervorragenden Sammlung von Expressionisten und Gemälden von Lovis Corinth. Im zweiten Teil des Bandes wird die Zerstörung des Schlosses vom Bombenangriff 1944 bis zur letzten Sprengung 1968 anhand einer einzigartigen Fotodokumentation nachgezeichnet. Ein abschließendes Kapitel gilt dem Schicksal der Sammlungen seit Kriegsbeginn 1939 – Möbel, Gemälde und die berühmte Silberbibliothek haben sich bis heute erhalten. Gesamtdarstellung mit bisher unveröffentlichtem Bildmaterial.
Geb., Großformat, 608 Seiten, Farbabbildungen: 71, S/W-Abbildungen: 671
Best.-Nr.: 7075, € 89,00

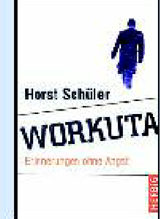
NEU

Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010
Maßstab 1 : 10.000
aktueller Plan Kaliningrads und neu gezeichneter Plan von Königsberg im Jahr 1932, beide Pläne des inneren Stadtgebietes von Königsberg/Kaliningrad (Festungsring) in vergleichender Darstellung nebeneinander auf einer Seite.
Russische Straßennamen im Plan Kaliningrad 2010 in Kyrillisch und Lateinischer Umschrift sowie ehemalige deutsche Bezeichnungen
Nebenkarten Amalienau/Rathshof/Mittelhufen und Maraunenhof 2010
Überlagerung beider Pläne mit Darstellung des verschwundenen Stadtgefüges
- Straßenverzeichnisse Russisch – Deutsch sowie Deutsch – Russisch
- Straßenumbenennungen 1933 – 1945
- Verzeichnis der wichtigsten Gebäude Königsbergs im Jahre 1931 und ihrer heutigen Nutzung / Bezeichnung



Karte 75 x 50 cm, gefalzt 15 x 25 cm
Best.-Nr.: 7007

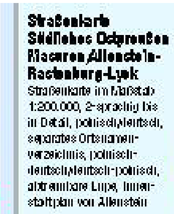
€ 5,95

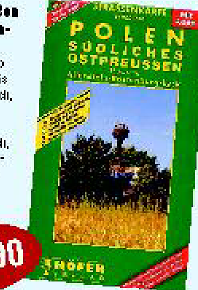


Horst Schüler
Workuta – Erinnerung ohne Angst
Geb., 236 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 1015, €9,95

Straßenkarte Südliches Ostpreußen Masuren, Allenstein-Rastenburg-Lyck
Straßenkarte im Maßstab 1:200.000, 2-sprachig bis in Detail, polnisch/deutsch, separates Ortsnamenverzeichnis, polnisch-deutsch/deutsch-polnisch, abtrennbare Lupe, Innenstadtplan von Allenstein

Best.-Nr.: 1146





€ 10,90



Wulf D. Wagner
Das Königsberger Schloss, Bd. 1
von 1255 bis 1740
Geb., 392 Seiten mit 41 farbigen Illustrationen, 315 S/W-Abbildungen und 2 Lageplänen, 30 Grundrisse
Best.-Nr.: 6536, €76,00



DVD

Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/weiß-Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 10,00

Die deutschen Hymnen und Lieder in Geschichte und Gegenwart
Gebirgsmusikkorps 8, Garmisch Partenkirchen, Ltg. OTL Michael Euler
Prolog: Europa unita, Hymne: Länderlieder und Landeshymnen der Bundesrepublik Deutschland, Historischer Anhang: Hymne an Deutschland, Hymne der DDR, Lieder der ehemaligen deutschen Ostgebiete: Danzig: Dunkle Giebel, Hohe Fenster..., Ostpreußenlied, Pommernlied, Schlesierlied, Westpreußenlied, Epilog: Europäischer Marsch
Alle 28 Titel werden instrumental dargeboten.



CD

Best.-Nr.: 3830

€ 14,95



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



statt € 26,90 nur noch € 14,95

Dolgar Sylvester / Czernetzky / Tonio (Hg.)
Ihr verreckt hier bei ehrlicher Arbeit!
Deutsche im Gulag
Geb., 307 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6862

sehensWERT!
Die DVD-Empfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Gerhard Wisnewski
Kirsten Heisig: Geheimsache Selbstmord – Ermittlungen zu einem mysteriösen Todesfall –
Wurde die Jugendrichterin Kirsten Heisig ermordet?
Sie hat aufgeregt, polarisiert und gespalten. Sie wirbelte Staub auf und ließ keinen kalt: die Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig. Jugendliche Straftäter bestrafte sie schnell und hart. Sie war am Ende ihrer Geduld, so der Titel des Buches, an dem sie schrieb. Darin sprach sie aus, was andere nur dachten – und wollte verändern, wo andere nur verwalteten. Doch plötzlich verschwand sie spurlos. Fünf Tage später, am 3. Juli 2010, wurde die 48jährige Heisig tot in einem Wald in Berlin-Heiligensee aufgefunden. »Selbstmord – Fremdverschulden ausgeschlossen«, erklärten sofort die Behörden; unabhängig behaupteten die Medien. Doch als Gerhard Wisnewski zu recherchieren begann, erlebte er eine faustdicke Überraschung: Nirgends waren Beweise für einen Selbstmord von Kirsten Heisig zu finden. Dass sie sich erhängt hatte, wollte die Staatsanwaltschaft Berlin nicht bestätigen. Ja, nicht einmal den genauen Fundort der Leiche wollte sie bekannt geben. Auch eine Klage, die Wisnewski gegen die Staatsanwaltschaft anstrengte, förderte kein Sterbenswörtchen über Heisigs Todesumstände zu Tage. Kurzerhand erklärte die Staatsanwaltschaft den Fall Heisig zum Vorwissen der Behörden über Heisigs Tod und analysiert die Bedingungen im Wald zum Zeitpunkt des Auffindens der Leiche. Anhand von zahlreichen Abbildungen und Fotos nimmt er den Zuschauer mit an den angeblichen Fundort der Toten und macht dort eine unheimliche Entdeckung …

DVD, Laufzeit ca. 45 Minuten
Best.-Nr.: 7076

€ 9,95

Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung
Wer nicht fähig ist, seine eigenen Toten zu betrauern, kann nicht ehrlich am Leid anderer teilnehmen. Das ist ein tragender Gedanke, von dem Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, sich leiten läßt. Das 20. Jahrhundert war vor allem in seiner ersten Hälfte durch ein zuvor nie erlebtes Maß an Leid für die Völker Europas geprägt. Die Erinnerung daran wird vielfach fokussiert auf einen einzigen Ursprung für alle Menschenrechtskatastrophen der Folgejahre. Das Massische »vae victis« schwingt darin mit. Millionen von Deutschen, nämlich die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, gehören auch zu den Opfern. Sie hatten nicht nur den Verlust von Angehörigen, von Hab und Gut und der angestammten Heimat zu beklagen, sondern waren nicht selten einem Mangel an Mitgefühl und Solidarität der heimischen deutschen Aufnahmegesellschaft ausgesetzt. Eine Erfahrung, die sich auch in den Erinnerungen von Erika Steinbachs Mutter widerspiegelt. Erika Steinbach macht eindringlich deutlich, dass die Tragödie der Vertreibung nicht nur die Betroffenen angeht, sondern auch die Solidarität aller Deutschen erfordert. Die Autorin zeigt auf, dass diese Vertreibung dauerhaft die Identität des ganzen deutschen Volkes berührt. Mutig und schlüssig wendet sie sich zudem gegen jegliche Relativierung der Vertreibung. Menschenrechte sind ihr auch für die deutschen Vertriebenen unteilbar. Für sie ist die Würde eines jeden Menschen unantastbar, egal welchem Volk er angehört. Die europäische Dimension und Bedeutung dieses Vorganges wird beeindruckend aufgeblättert. Ob vor Studenten der Karls-Universität in Prag, der Wyszynski-Universität Warschau oder vor dem Deutschen Bundestag: Erika Steinbach zeichnet sich durch Kompetenz und Mut zur Wahrhaftigkeit aus. Im Anhang zu dem Buch kommen neben gewichtigen Medienstimmen auch engagierte Wegbegleiter zu Wort.



Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045

€ 22,00



statt früher € 15,80 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



Marion & Michael Grandt
Das Handbuch der Selbstversorgung
Überleben in der Krise
Geb., 312 Seiten, durchgehend farbig illustriert
Best.-Nr.: 7073, € 19,95



Preußischer Kürassierhelm M1889, Replik
Originalgetreuer Nachbau in Einheitsgröße mit verstellbaren Kinnriemen
Best.-Nr.: 7036, € 119,95

Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube. Leder mit Metallbeschlägen. Einheitsgröße mit verstellbaren Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7059, € 129,95

Husaren-Manschettenknöpfe



€ 24,95

Manschettenknöpfe
Silbernes Herrschermonogramm „FW, R" mit aufgesetzter Krone auf schwarzem Grund, silbern eingefasst. Die Vorderseite ist emailliert, Maße: Breite: 17 mm, Höhe: 19 mm.
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 7017

E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Eine Tragödie der Vertreibung
In diesem Buch werden die entsetzlichen Erlebnisse und Leiden der Vertreibung aus Ostpreußen 1944/45 von einem Opfer in Tagebuchform aufgezeichnet. So wie sie haben zahllose Deutsche durch diese Hölle gehen müssen. Viele hat die Wucht und diese grausame Scheußlichkeit des Erlebten den Mund verschlossen, viele Überlebende haben nicht davon sprechen können. So stehen diese Aufzeichnungen in Tagebuchform für das Schicksal von Zehntausenden, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben und verschleppt wurden, die gequält, gefoltert und ermordet worden sind. Der fortlaufende Text des Tagebuches wurde von Prof. E. Windemuth ergänzt durch eine Anzahl wichtiger dokumentarischer Einblendungen und Zeugnisse.



Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00



Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus – Ostpreußische Küche
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001, €9,95

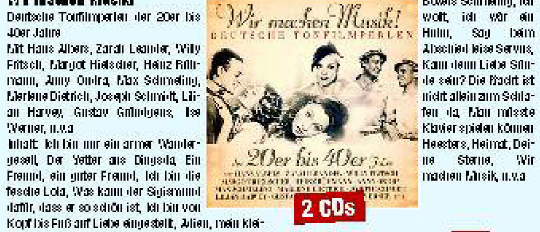
Straßenkarte West-Ost-Preußen Danzig-Elbing-Thorn
Straßenkarte im Maßstab 1:200.000, 2-sprachig bis in Detail, deutsch/polnisch, separates Ortsnamenverzeichnis, deutsch-polnisch/polnisch-deutsch, separates Ortsnamenverzeichnis, abtrennbare Lupe, Innenstadtplan von Elbing

Best.-Nr.: 1277



€ 10,90

Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann, Anny Ondra, Max Schmeling, Marlene Dietrich, Joseph Schmidt, Lilian Harvey, Gustav Gründgens, Ilse Werner, u.v.a
Inhalt: Ich bin nur ein armer Wandergesell, Der Vetter aus Dingsda, Ein Freund, ein guter Freund, Ich bin die fesche Lola, Was kann der Sigismund dafür, dass er so schön ist, Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt, Adieu, mein kleiner Gardeoffizier, Das gibt's nur einmal, Flieger, grüß mir die Sonne, Hoppla, jetzt komm ich, Es ist doch nicht zu fassen, Ein Lied geht um die Welt, Ob blond, ob braun, ich liebe alle Frau'n, Wenn die Sonne hinter den Dächern versinkt, Das Herz eines Boxers Schmeling, Ich wollt, ich wär ein Huhn, Sag beim Abschied leise Servus, Kann denn Liebe Sünde sein? Die Nacht ist nicht allein zum Schlafen da, Man müsste Klavier spielen können Heesters, Heimat, Deine Sterne, Wir machen Musik, u.v.a

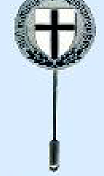


2 CDs

36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074

€ 12,95

Eichschaufel-Schlüsselanhänger rund	Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen	Ostpreußen-Schlüsselanhänger	Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger	Schlüsselanhänger Belling'sche Husaren




Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6820, € 4,95



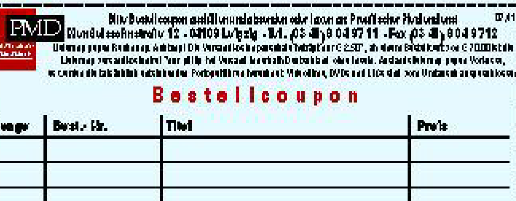

Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6025, € 6,95



Ostpreußen-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6765, € 4,95




Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler.
Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95



Inschrift: VINCERE, AUT MORI, emaillierte Vorderseite
Best.-Nr.: 6863, € 5,95

PMD

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst · Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12 — 07/11
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt € 2,50*, ab einem Bestellwert von € 70,00 ist die Lieferung versandkostenfrei. *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland, ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Russen pflegen Sowjet-Nostalgie

Moskau – Das Umfragezentrum Lewada lässt staunen: 51 Prozent aller Russen halten staatliche Planwirtschaft für „richtiger“, für 33 Prozent war die Sowjetunion „besser“, nur 23 Prozent votieren für eine „Demokratie nach westlichem Muster“. Solche Voten sind ein Abbild der heutigen russischen Gesellschaft, sagt Boris Dubin, Chef von Lewadas soziopolitischen Forschungen: Die Jungen werden weniger, die Alten mehr und mit denen auch die „Nostalgie nach sowjetischer Vergangenheit“. *W. O.*

Hitler ist Trumpf

Nürnberg – Nachdem ein Hamburger Unternehmen auf der Spielwarenmesse in Nürnberg ein „satirisches Tyrannen-Quartett“ gezeigt hat, ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen der Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen. Außerdem wird geprüft, ob es überhaupt zulässig ist, ein Hitler-Foto zu vervielfältigen. Bei dem Spiel geht es darum, die Diktatoren hinsichtlich Opferzahlen, Herrschaftsdauer und Vermögen zu messen. Die Trumpfkarte zeigt Adolf Hitler. *J. H.*

ZUR PERSON

Ein nicht ganz Unbekannter

Noch ist offen, ob und wann der „Oberste Militärrat“, der nun nach dem Abgang des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak die Staatsgewalt repräsentiert, die Macht tatsächlich an eine zivile Regierung übergeben wird und ob die von der Bevölkerung geforderten und von den Militärs zugesagten Reformen auch vollumfänglich zustande kommen. Doch nicht minder bedeutsam für die Ägypter wie für das Ausland ist, wer künftig an der Staatsspitze stehen wird. Die Muslimbruderschaft als größte Oppositionsgruppe hat bereits angekündigt, keinen Kandidaten aufstellen zu wollen, und den Repräsentanten kleinerer Alt-Parteien, die teils „belastet“ sind, sowie diverser Bürgerbewegungen werden wenig Chancen zugerechnet, es sei denn als schwache Kompromisslösung.

Doch neben dem im Ausland am besten bekannten Friedensnobelpreisträger Mohammed El-Baradei ist vor allem mit **Amr Moussa**, dem bisherigen Generalsekretär der Arabischen Liga, zu rechnen, der bereits durch Rücktritt von diesem Amt seine Kandidatur bekundet hat. Der 1936 Geborene studierte in Kairo Rechtswissenschaften und trat ins Außenministerium ein. In seiner Laufbahn war er unter anderem Botschafter in der Schweiz, in Indien, bei der Uno sowie persönlicher Berater des früheren Außenministers. 1991 wurde er selbst Außenminister – mit kritischer Haltung gegenüber den USA und den Beziehungen zu Israel. Allerdings wurde er wegen seiner sichtlichen Popularität 2001 von Mubarak in die Arabische Liga „hinaufgelobt“. Kritiker dort werfen ihm Günstlingswirtschaft vor, aber immerhin zählte er nie zum inneren Kreis des abgewirtschafteten Mubarak-Systems. *RGK*





Zeichnung: Mohr

Besonders gute Ideen

Wie Merkel im eigenen Netz zappelt, warum das früher alles Verbrecher waren, und wann wir plötzlich ganz pragmatisch werden / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Von der Bundeskanzlerin wird viel Verhandlungsgeschick erwartet, wenn es auf dem EU-Gipfel im März um die Wurst geht. Merkel hat sich einen feingesponnenen Plan zurechtgelegt, mit dem sie die widerspenstigen EU-Partner auf ihre Seite locken will. Sie sagt ihnen: Über alles, was ich von euch will, werden wir mühsam verhandeln. Alles, was ihr von mir wollt, kriegt ihr hingegen sowieso. Konkret: Ob die EU-Partner die deutschen Forderungen nach mehr Sparsamkeit, einheitlichem Renteneintritt oder harmonisierter Körperschaftsteuer zustimmen oder nicht – es bleibt dabei, Deutschland wird „alles“ tun, um das Euro-System zu retten.

Warum also sollte man auf irgendeine der Berliner Forderungen eingehen? Senkt der Basarhändler den Preis, wenn er gehört hat, dass der Käufer „alles“ bezahlen wird, was er verlangt? Im Gegenteil: Er legt nach bis es quietscht. Der Euro-Rettungsschirm? Wird mal eben verdoppelt. Und wenn das nicht reicht? Dann wird „bei Bedarf“ eben noch mal drastisch draufgelegt. Hauptzahler: die Deutschen, schließlich gibt es zum Euro ja „keine Alternative“.

Lustvoll lassen die anderen EU-Länder die Kanzlerin im Netz ihrer selbstgeknüpften „Alternativlosigkeit“ zappeln. Erst recht jetzt, da ihr der allerletzte Trumpf entglitten ist: Axel Weber. Der Bundesbankchef war der D-Mark-stählerne Plagegeist der Euro-Weichmacher. Es hätte ihnen den gut subventionierten Schlaf geraubt, wenn Axel der Schreckliche je an die Spitze der Europäischen Zentralbank gelangt wäre.

Im Grunde war die Furcht von Anfang an umsonst. Unsere schlaue Kanzlerin dachte sich das vielmehr so: Ich mache denen mit dem Weber erst mal richtig Angst. Doch in letzter Minute lasse ich ihn dann fallen dafür, dass die anderen mir irgendwas geben, womit ich mich unter die Augen meiner Wähler trauen kann.

Pustekuchen: Weber fand sich in der Rolle des Bauernopfers fehlbesetzt und verließ beleidigt die Bühne. Nun steht Merkel splitternackt im Wind ihrer eigenen Euro-Rhetorik. Wenn sie Glück hat, reichen die Partner ihre Vorschläge wenigstens an irgendwelche EU-Ausschüsse „zur eingehenden Prüfung“ weiter. Aus reiner Höflichkeit. Dort werden sie dann frikassiert und in die „Ablage für besonders gute Ideen“ gesteckt, im Volksmund Mülleimer genannt.

Wer's gehässig mag, nimmt das Debakel zum Anlass, mal ganz allgemein über die Qualität der deutschen Außenpolitik zu reden. Wir sind natürlich nicht gehässig und sehen zudem ein, dass das eigentlich zuständige Außenamt zurzeit Wichtigeres zu tun hat, als sich um Deutschlands auswärtige Angelegenheiten zu kümmern. Es geht um Raumgestaltung, genauer: um die Bilder an den Wänden unserer Auslandsvertretungen.

> Von der Sowjetunion lernen: Ahnengalerie des Außenamts wird von »Elementen« gesäubert

Pünktlich zu seinem 125-jährigen Jubiläum hat das Außenministerium bekanntlich ein kritisches Werk über seine eigene Geschichte in Auftrag gegeben, aus dem hervorgeht, dass dessen Autoren mit dem festen Willen zur Denunziation in ihre Arbeit hineingegangen sind. Nun lässt Guido Westerwelle den Worten Taten folgen und befiehlt, in den Botschaften und Konsulaten alle Bilder jener Diplomaten abzuhängen, die schon vor 1951 in deutschen Diensten standen. Das Geschichtsbewusstsein erblüht in seiner definitiven Endstufe.

Ebenso das Rechtsbewusstsein: Es soll zwar Ausnahmen geben dürfen. In gut begründeten Einzelfällen können historische Vertreter deutscher Interessen vom Bildersturm verschont werden, lässt der FDP-Chef wissen. Anders gesagt: Grundsätzlich ist jeder, der unser Land vor 1951 im Ausland vertreten hat, „nicht traditionswürdig“, also irgendwie schuldig. Alles andere soll man dem Minister erst mal beweisen. In Sankt Petersburg brüten nun die deutschen Konsularangestellten vor dem Porträt eines einstigen preußischen Gesandten beim Zaren und zermartern sich den Kopf darüber, ob jener Otto von Bismarck dem gestrengen Blick eines Guido Westerwelle moralisch standhielte.

Diplomaten der Bundesrepublik werden zwar nicht abgehängt, aber hinsichtlich möglicher Verstrickungen in das NS-Regime überprüft. Findet sich etwas, werden die Untaten in einem Text unter ihrem Bild vermerkt. Das Porträt wird gewissermaßen zum Pranger umfunktioniert. Wie praktisch.

Bislang war das beflissene Abhängen von in Ungnade Gefallenen ja eher eine Übung, die wir aus osteuropäischen Volksdemokratien kannten. Da konnte ein Halbgott der Partei über Nacht zum „feindlichen Element“ mutieren und wehe dem, der den Kerl dann noch an der Wand hatte! Bei Stalin wurden sogar Gruppenbilder ausgemistet, weshalb es mit fortschreitender Herrschaftsdauer auf den Fotos um den Diktator immer leerer wurde. Allerdings ging da auch mal was schief: Auf einem Foto hat man vergessen, auch den Fuß eines Gelöschten zu tilgen. So gab es auf dem Bild fortan mehr Füße als biologisch geläufig.

Das dürften wir angesichts der modernen, computergestützten Bildbearbeitungsprogramme heute aber im Griff haben, also kann der Außenminister im nächsten Schritt auch die Gruppenbilder säubern. Die Pannen der Kollegen von der Lubjanka passieren unseren Fachleuten gewiss nicht.

Angestoßen hatte den kritischen Umgang mit der Geschichte des Außenamts dessen damaliger Chef Joschka Fischer. Er verweigerte dem 2004 verstorbenen Franz Krapf das sonst übliche „ehrende Gedenken“, weil Krapf Mitglied von NSDAP und SS gewesen sei. Zum Ende seiner Karriere in den 70ern war der Bayer deutscher Botschafter bei der Nato.

Verwicklungen in Verbrechen konnten ihm keine nachgewiesen werden, stattdessen ein enger Kontakt zum Widerstand. Egal: Krapf war NSDAP-Mitglied, das reichte Fischer. Kein ehemaliges NSDAP-Mitglied sollte fortan mehr geehrt werden. Basta. So einfach kann der Umgang mit Geschichte sein, wenn man die Steigerung von Gerechtigkeit in Selbstgerechtigkeit gefunden hat.

Wir hätten uns gar nicht weiter mit der Sache aufgehalten, wenn nicht die Nachricht in unser Weltgericht geplatzt wäre, dass sich in den Mitgliederlisten der Hitlerpartei auch die Namen der ehemaligen Chefdiplomaten Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher finden. Dem Vernehmen nach hat Guido Westerwelle die Konterfeis seiner beiden Vorgänger und Parteifreunde allerdings noch nicht mit einem „Text“ versehen lassen. Bei Walter Scheel stünde etwa dies: „Bundesaußenminister von 1969 bis 1974, hat sich W. S. als einer der Architekten der ‚Neuen Ostpolitik‘ um die Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn verdient gemacht und war NSDAP-Mitglied von 1942 bis 1945.“

Klingt ein wenig sperrig, nicht wahr? Vermutlich hat Westerwelle bei sich selbst eine der begehrten „Ausnahmegenehmigungen“ für die beiden Ex-FDP-Chefs erwirkt. Wenn einem der eigene Rigorismus zu nahe kommt, lässt sich immer eine „pragmatische Lösung“ finden.

Pragmatismus ist die Tugend derer, die vorn im Getümmel stehen und praktische Lösungen finden müssen. Je weiter der Abstand zum Getöse, desto wärmer die Etappe und desto schärfer die moralischen Urteile. Der Abstand kann räumlicher wie zeitlicher Natur sein. Konrad Adenauer stand als erster Bundeskanzler bis zum Hals im Schlammassel des 20. Jahrhunderts. Von ihm stammt der Satz, dass er kein schmutziges Wasser wegschütte, solange nicht genügend sauberes da sei.

Das sehen seine fortschrittlichen Ankläger naturgemäß ganz anders: Sie verfahren nach der Devise: Rühre so kräftig im Schmutzwasser der anderen, dass die Leute den Gestank deiner eigenen Kloake nicht bemerken. Von einer „kritischen Auseinandersetzung“ damit, wie sich heute noch gefeierte Größen der Nachkriegszeit mit dem Stalin-Regime eingelassen haben, werden wir daher auch künftig nichts zu hören bekommen.

MEINUNGEN

Die Schriftstellerin ***Cora Stephan*** *hat 2005* ***Angela Merkel*** *gewählt. In der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ (13. Februar) bekennt sie, dass sie sehr* ***enttäuscht*** *sei von der Kanzlerin, die nur „entscheidungsschwach und matt vor sich hin regiert“:*

„Ich habe wie viele andere lange die Hoffnung nicht aufgegeben. Aber es bewegte sich einfach nichts. Und dann kam die Sarrazin-Debatte. Da ist mir der Geduldsfaden gerissen. Wie bitte? Die Frau, die von Mut und Freiheit geredet hat, erklärt ein Buch für ‚nicht hilfreich‘, das sie noch nicht einmal gelesen hat? Da erinnert sie mich an Erich Honecker. Müssen Bücher und Meinungen heute wieder ‚nützlich‘ sein? Werden sie sonst verboten?“

Mohamed El-Erian*, Chef des weltgrößten Anleihe-Investors* ***Pimco****, lobt im „Spiegel“ (7. Februar) die* ***deutschen*** *Strukturreformen der letzten Jahre und hat* ***Mitleid****, wie das Land von seinen europäischen Nachbarn mit Hinweisen auf europäische Solidarität gegeißelt wird. Bezüglich der* ***USA*** *hat er* ***klare Vorstellungen****:*

„Wenn es hart auf hart kommt, werden die USA den Inflationsweg nehmen. Deutschland ist von der Hyperinflation geprägt, Amerika dagegen von der Großen Depression der 30er Jahre. Man hat hier eine unglaublich große Abneigung gegen Rezessionen, und deswegen nimmt man lieber eine höhere Inflation in Kauf ...“

Ikonische Botschaft

Das kleine Ding kennt jeder wohl,
denn häufig wird's vergeben
und zwar, weil längst schon ein Symbol,
um was hervorzuheben.

Wer's kriegt, der trägt es im Gesicht,
daß alle gleich es sehen
und tunlichst bei der Deutung nicht
am Ende irregehen.

Mubarak etwa hat das Ding
vor kurzem erst bekommen –
vermutlich schätzt er es gering,
doch sei's ihm unbenommen.

Es hatten Arafat bereits,
Scharon, der alte Knabe,
und Netanjahu andrerseits
sowie Saddam, Mugabe.

Es war für Bush einst in Gebrauch,
wie für Obama heute,
für Chávez oder Sarko auch
und andre große Leute.

Man nahm's an Schmidt und
Kohl gewahr,
an Schröder, diesem heitern,
an Steinbrück, ja an
Ähndschie gar
und Sarrazin des weitern.

Ihr seht, das Ding wird gern benützt
und zeitigt beim Verleihen,
weil markenrechtlich nicht geschützt,
nur wenig Scherereien.

Ob angeklebt, ob aufgemalt
mit Filzstift und dergleichen –
es macht sich offenbar bezahlt
und hilft, was zu erreichen.

So kommt es, dass den kleinen Bart
die Leute nicht bloß kennen,
vielmehr ihn – fast verdächtig zart –
ein Hitler-Bärtchen nennen!

Und wetten, was schon altbewährt,
wird ewig weiterwandern,
denn Hitler, wie Erfahrung lehrt,
sind jedesmal die andern ...

Pannonicus